

AUSLÄNDISCHE STUDENTEN

BERATEN UND VERKAUFT?

Zeitschrift für Theorie und Praxis der Studien- und Studentenberatung
Heft 2 · Jahrgang 1 · 1985

ZEITSCHRIFT
FÜR
THEORIE UND PRAXIS
DER
STUDIEN- UND STUDENTENBERATUNG

Heft 2 · Jahrgang 1 · 1985

**Ausländische Studenten –
beraten und verkauft?**

Karin Gavin-Kramer
Ruf 2 165-483
Alvenslebenstr. 5
D 1000 Berlin 30

Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik
Deutschland und Berlin (West)

Verlag: Germinal Verlag GmbH, Friederikastr. 38, 4630 Bochum 1,
Tel. 0234/33 03 29

Redaktion: Dorli Schirmer, Kleff 108, 5810 Witten

Satz: Germinal Verlag

Druck: Werkstatt für Druck & Grafik, Osnabrück

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der
Herausgeber

Inhalt

EINLEITUNG

AUSLÄNDISCHE STUDENTEN AUS SICHT DER STUDIEN- UND STUDENTENBERATUNG

<i>Marlene Nielsen</i> Ausländische Studenten – beraten und verkauft?	9
<i>Kambiz Gharwami</i> Quo vadis Ausländerstudium?	13
<i>Hilmi Saleh / Elke Gossen</i> Wir wollen keine 25 Jahre mehr warten, Herr Ministerpräsident Rau!	18
<i>Barbara Schade</i> Vom Unterschied zwischen Absicht und Wirkung	21
BERATUNG UND BETREUUNG AUSLÄNDISCHER STUDENT(INN)EN – BERICHTE AUS DER PRAXIS	27
<i>Beratung ausländischer Student(inn)en am Beispiel der Universität Frankfurt</i>	
<i>John-Andrew Skillen</i> Psychosoziale Probleme ausländischer Studenten. Interventionsmöglichkeiten innerhalb einer zentralen Studienberatungsstelle	27
<i>Ulrike Hammer / Mechtild Jansen</i> Beratung für ausländische Studentinnen in der KHG	37
<i>Betreuung ausländischer Student(inn)en an den Universitäten Dortmund und Bochum</i>	
<i>Fatemeh Serdani / Taber-Moussavi</i> Ein didaktisches Betreuungskonzept für ausländische Studenten an der Universität Dortmund	44
<i>Annette Wolff</i> Prophylaxe von Studienschwierigkeiten und psychosozialen Problemen bei ausländischen Studenten in Bochum	48

Seite

Orientierungsmaßnahmen für ausländische Studenten am Beispiel der Universität Marburg

<i>Martina Haun</i> Bericht über die Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger	52
<i>Bernd Sandhaas</i> Ausländische Studenten als paraprofessionelle Berater: Das tutorengestützte Orientierungsprogramm für ausländische Studenten (TOFAS)	60
Überregionale Projekte	
<i>Ulf Baumgärtner</i> Das »Studienbegleitprogramm für Student(inn)en aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg« (STUBE)	69
<i>Arun Kotenkar</i> Politische Bildung und berufliche Orientierung. Entwicklungspolitisches Begleitprogramm für die Stipendiat(inn)en des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED)	72
ANHANG	
Große Anfrage an die Bundesregierung vom 9.7.1985: Situation und Perspektiven des Studiums ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland	77
<i>Fritz Knacke</i> Protokoll der Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten zum Thema: »Ausländerrecht für Studierende – gegenwärtiger Stand und mögliche Entwicklung«	81
Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Studienangebot für Studenten aus Entwicklungsländern	85
Nachlese zu Heft 1	
<i>Günter Rietbrock</i> Ein Nachrichtenmagazin weiß Rat	94

Seite

Autorenverzeichnis

- Ulf Baumgärtner
Studienbegleitprogramm für Student(in-
nen) aus der Dritten Welt in Baden-
Württemberg (STUBE)
ein Projekt der Evangelischen Akademi-
kerschaft in Deutschland (EAiD) e. V.
Kniebisstraße 29
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/282016
- Kambiz Ghawami
world university service
Deutsches Komitee e. V.
Kurt-Schumacher-Ring 18
6200 Wiesbaden
- Elke Gossen
Zentrale Studienberatung (ZSB)
Universität Münster
Schloßplatz 5
4400 Münster
Tel.: 0251/8323-57, 58, 59
- Ulrike Hammer
Katholische Hochschulgemeinde (KHG)
Beethovenstraße 28
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/748077
- Martina Haun
Philipps-Universität
ZAS - Zentrale Arbeitsstelle für
Studienorientierung und Beratung
Biegenstr. 12
3500 Marburg/Lahn
Tel.: 06421/285171
- Mechtild Jansen
Katholische Hochschulgemeinde (KHG)
Beethovenstr. 28
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/748077
- Fritz Knacke
Universität Dortmund
Akademisches Auslandsamt
Postfach 500500
4600 Dortmund 50
Tel.: 0231/755-2484
- Dr. Arün Kotenkar
ESG-Geschäftsstelle
Kniebisstr. 29
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711/281034, 281035
- Marlene Nielsen
Allg. Studienberatung
Fachhochschule Hamburg
Präsidialverwaltung
Winterhuder Weg 29
2000 Hamburg 76
Tel.: 040/29188-3650

- Günter Rietbrock
Ruhr-Universität Bochum
Studienbüro
Beratungsdienst für Studierende
Universitätsstr. 150
4630 Bochum 1
Tel.: 0234/700-3865 - 2435
- Hilmi Saleh
Vorsitzender der Ausländischen
Studentenvertretung der Westfälischen
Wilhelms-Universität Münster
Schloßplatz 1
4400 Münster
Tel.: 0251/832291
- Bernd Sandhaas
Georg-August-Universität
Institut für Kommunikationswiss.
Abteilung Allgemeine Didaktik und
Unterrichtsforschung
- TOFAS-Projekt -
Geiststr. 11
3400 Göttingen
Tel.: 0551/394890
- Barbara Schade
Akademisches Auslandsamt der
Universität Hamburg
Edmund-Siemers-Allee 1
2000 Hamburg 13
Tel.: 040/4123-3310
- Dorli Schirmer
Ruhr-Universität Bochum
Studienbüro
Beratungsdienst für Studierende
Universitätsstr. 150
4630 Bochum 1
Tel.: 0234/700-3865, 2435, 3856
- Fatemeh Serdani/
Taher-Moussavi
Hochschuldidaktisches Zentrum (HDZ)
der Universität Dortmund
Rheinlanddamm 199
4600 Dortmund 1
Tel.: 0231/126045
- John-Andrew Skillen
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität
Zentrale Studienberatung
Senckenberganlage 31
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/798-2263
- Annette Wolff
Ruhr-Universität Bochum
Studienbüro
Beratungsdienst für Studierende
Universitätsstr. 150
4630 Bochum 1
Tel.: 0234/700-3865, 2435, 7651

EINLEITUNG

Die »Zeitschrift für Theorie und Praxis der Studien- und Studentenberatung« will als Diskussionsforum für Schwerpunkte und Problemfelder von Studium und Studentenberatung dienen.

Barbara Schwarze hat in ihrer Einleitung zu Heft 1 dieser Zeitschrift der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß kommende Hefte nicht nur von Studienberatern geschrieben und gelesen werden, sondern daß auch Studenten, Hochschullehrer, Studentenpfarrer und viele andere Interessierte motiviert sein könnten, an einem bestimmten Themenschwerpunkt mitzuarbeiten.

Durch das Thema: »Ausländische Studenten aus Sicht der Studien- und Studentenberatung« ergibt sich zwangsläufig ein erweiterter Kreis von Beratern und Interessenten.

Es gibt innerhalb der ausländischen Studentenschaft Kommunikations- und Informationsschienen, die sich von der formalen Struktur der Beratung von ausländischen Studenten bzw. Studentinnen unterscheiden. Informationen laufen über Studenten älterer Semester, über Freunde, Bekannte aus dem Heimatland oder Verwandte. Ansprechpartner sind Hochschullehrer, die aus eigenen Erfahrungen oder Interesse heraus oder aufgrund ihrer wissenschaftlichen oder Forschungsarbeit sich für das Ausländerstudium engagieren. Die informellen Kanäle sind jedoch schwer erfäßbar.

Einfacher ist es, auf die Personen oder Institutionen zurückzugreifen, die auch qua Amt mit der Betreuung und Beratung ausländischer Studenten befaßt sind. Auch hier tummeln sich noch genug Institutionen, die miteinander oder nebeneinander die Beratung von ausländischen Studenten als ihre Aufgabe ansehen. Am Beispiel Bochum ließen sich da aufzählen: Neben der Studienberatungsstelle und der Berufsberatung für Abiturienten und Hochschüler (BBAH) das Akademische Auslandsamt, die evangelische wie die katholische Studentengemeinde, das Ausländerreferat des AStA, die Berater für ausländische Studenten innerhalb der Abteilungen, das Studienkolleg und demnächst noch ein Ausländerbeauftragter für den Bereich der Universität,

der aufgrund der neuen Grundordnung gewählt wird. Vergleichbare Angebote gibt es auch in anderen Universitätsstädten. Die Verteilung der Beratungskompetenzen kann jedoch sehr unterschiedlich sein. Hinzu kommen noch die überregionalen Organisationen (z. B. DAAD), die kirchlichen (KAAD, KED) sowie die staatlichen oder politischen Stiftungen (z. B. Otto-Benecke-Stiftung, Carl Duisberg-Gesellschaft), die über Informationsbroschüren oder spezielle Veranstaltungen an der Beratung und Betreuung ausländischer Student(inn)en teilhaben.

Die Studienberater(innen) für ausländische Studenten treffen sich außerhalb der Tagung der »Arbeitsgemeinschaft der Studentenberater in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West)« (ARGE) zweimal jährlich in Frankfurt. Aus dem Arbeitszusammenhang der auf der letzten Tagung im April dieses Jahres anwesenden Berater heraus fanden sich die Autor(inn)en dieses Hefes.

Auf diese Weise wurde es möglich, nicht nur Berater aus den allgemeinen oder psychotherapeutischen Studentenberatungsstellen anzusprechen, sondern auch Studienberater des Akademischen Auslandsamts. Berichte von Beratern bzw. Betreuern aus der katholischen Studentengemeinde oder vom Hochschuldidaktischen Zentrum stehen neben Abhandlungen über Modellversuche. Stichpunktartig entsteht so ein Überblick von dem, was zur Zeit an einzelnen Hochschulen getan wird. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wurde dabei von vornherein nicht angestrebt, auch wenn z. B. Berichte über überregionale Projekte das Bild abzurunden scheinen. Den Berichten aus der Praxis zur Beratung ausländischer Studenten und Studentinnen (aus Frankfurt, Dortmund, Bochum und Marburg) wurden Beiträge aus der Studienberatung vorangestellt, die sich von den meisten Praxisberichten fundamental unterscheiden.

Die Auseinandersetzung des Studienberaters für ausländische Studenten mit der eigenen Tätigkeit führt zwangsläufig dazu, die Grenzen der Beratung zu sehen. Hier geht es weniger um die Probleme ausländischer Studenten – darüber wird in den Berichten aus der Praxis noch genügend geschrieben – sondern eher um die Probleme der Studienberater, ihrer Hilf- und Machtlosigkeit in der Beratung, die dazu führt, andere Wege zu suchen.

Marlene Niensens Artikel »Ausländische Studenten – Beraten und verkauft?« zeigt deutlich, daß wir keine andere Wahl haben, die Situation ausländischer Studenten zu verbessern, als uns über die Einzelberatung hinaus für eine Verbesserung des Ausländerstudiums einzusetzen. Soll unsere Arbeit nicht der besagte Tropfen auf den heißen Stein sein, bleibt nur das Engagement innerhalb unserer Hochschule, bleibt nur das Aufmerksammachen regionaler Politiker auf örtliche Mißstände (siehe die Bestandsaufnahme von Hilmi Saleh / Elke Gossen aus Münster) und bleiben nur Stellungnahmen bis hin nach Bonn (siehe Kambiz Ghawami – Quo vadis Ausländerstudium?). Mit der Beratung und Betreuung einzelner Studenten, mit Gruppenarbeit, Tutorenprogrammen, Orientierungseinheiten oder Studienbegleitmaßnahmen wird sicherlich die Situation an der jeweiligen Hochschule günstiger gestaltet. Aber solange die Beratung ausländischer Studenten oft nur von der Initiative einzelner Personen oder der finanziellen Ausstattung der jeweiligen

Hochschule abhängt, wird damit die Gesamtsituation ausländischer Studenten in der bundesdeutschen Hochschullandschaft noch lange nicht verändert.

Alle Maßnahmen zum Ausländerstudium waren in den letzten Jahren hauptsächlich durch ein Klima der Restriktion und Verschärfung gekennzeichnet. Die in letzter Zeit zurückgehende Zahl ausländischer Studienanfänger ruft jedoch mittlerweile auch in politischen Kreisen Besorgnis hervor. Es scheinen hauptsächlich wirtschaftliche Erwägungen zu sein, die sich in der Sorge um das Ausländerstudium niederschlagen. Einen deutlichen Ausdruck findet dies in der Großen Anfrage an die Bundesregierung vom 9.7.85¹, in der es um die »Situation und Perspektiven des Studiums ausländischer Studierender« geht. Als künftige Partner sollen die in unserem Land Ausgebildeten der Entwicklung der Handelsbeziehungen und der zukünftigen Exportchancen dienen. Im Protokoll der Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten² kann nachgelesen werden, was unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten ermöglicht werden kann.

Aus diesen Quellen geht hervor, daß »die Sicherung und Verbesserung des Ausländerstudiums [...] für die Bundesrepublik Deutschland selbst, für die Studienbewerber aus Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie für die hier aufgewachsenen Ausländer (sog. Bildungsinländer) von großer Bedeutung ist«³.

Nun ist aber noch offen, welche Antwort die Bundesregierung auf die Anfrage findet. Auch ist nicht absehbar, welche Maßnahmen folgen werden, die als Verbesserung qualifiziert werden können.

Wir hoffen, daß dieses Heft Diskussions- und Nachdenkenswertes bietet, und würden uns über kritische Stellungnahmen und weitere Anregungen freuen.

ANMERKUNGEN

- 1 Große Anfrage an die Bundesregierung vom 9.7.85, Drucksache 10/3635, im Anhang abgedruckt
- 2 Protokoll der Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten zum Thema: »Ausländerrecht für Studierende – gegenwärtiger Stand und mögliche Entwicklung«. Im Anhang abgedruckt.
- 3 Große Anfrage ...

Dorli Schirmer

AUSLÄNDISCHE STUDENTEN AUS SICHT DER STUDIEN- UND STUDENTENBERATUNG

Marlene Nielsen

Ausländische Studenten – beraten und verkauft?

Seit 2 Jahren berate ich Studenten und Studieninteressierte der Fachhochschule Hamburg. Solange (oder »-kurz«) befaße ich mich in der Studienberatung mit dem Ausländerstudium: Einzelberatung und -Therapie mit ausländischen Studenten, Betreuung der Internationalen Studentengemeinschaft der Fachhochschule Hamburg (ISG = Selbsthilfeeinrichtung ausländischer und interessierter deutscher Studenten), Gestaltung von Wochenendseminaren für und mit ausländischen Studenten in den einzelnen Fachbereichen, fachliche Beratung des (Fachhochschul-)Konzilausschusses »Probleme ausländischer Studenten«, Mitarbeit im Arbeitskreis »Ausländerstudium« der Hamburger Hochschulen und Studentengemeinden, Mitglied im »Verein der Förderer ausländischer Studenten ...« und einer Anzahl von Einzelaktivitäten/-projekten. Andere in diesem Bereich tätige Berater werden diese Liste, bezogen auf ihre Hochschule, ergänzen können.

Angesichts dieser Vielfalt, des persönlichen Einsatzes und intensiver Suche nach neuen Ideen könnte der Berater stolz auf seine Tätigkeit und seine Einflußmöglichkeiten sein. Die Vielfalt der Aktivitäten mag ihn und die entsprechende Hochschule in der Öffentlichkeit als besonders ausländerfreundlich und problembewußt erscheinen lassen. Trotzdem gedeiht die Profilneurose. Bei einigen Beratern steigt das Unbehagen und das Gefühl der Resignation. Zu wissen, die Probleme einzelner ausländischer Studenten lindern und oft sogar lösen zu können, bringt nur noch kurze Zeit Befriedigung. Die Aussagen einzelner Studenten, wie: »Wenn Du nicht gewesen wärest, hätte ich es nicht

geschafft«, können das Unbehagen, auf politischer und humanitärer Ebene nichts oder kaum etwas verändern zu können, nicht mehr übertönen.

Fast alle Maßnahmen (unsere Beratertätigkeit inbegriffen) setzen beim einzelnen an, sie gehen von einem individuellen Versagen oder einer Störung aus. Es wird in der Beratung versucht, Abhilfe oder Erleichterung zu schaffen, wenn der Betroffene beispielsweise Schwierigkeiten mit irgendwelchen ordnungsrechtlichen Maßnahmen hat, z. B. bei der Verlängerung seines Studienaufenthaltes in der Bundesrepublik Deutschland. Aufgrund von Gesprächen mit dem Studenten wird beim zuständigen Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde versucht, das »entwicklungspolitisch Sinnvolle« (was das auch immer im einzelnen beinhalten mag) des weiteren Studiums dieses ausländischen Studenten unter Beweis zu stellen. Der Zusatz, daß durch eine sofortige Ausweisung dieses Ausländers das bisherige Studium (sprich: Steuergelder deutscher Bürger) als Fehlinvestition zu betrachten sei, tut ein übriges. Die gutachterliche Stellungnahme einer deutschen Studienberaterin erleichtert dem Sachbearbeiter, sich zu einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis durchzuringen. Die drei Beteiligten haben erreicht, was sie wollten, und könnten zufrieden sein: Das Ausländerstudium (hier am Einzelfall betrachtet) ist gesichert, ebenso wurden die Interessen der Bundesrepublik Deutschland gewahrt.

Neben der persönlichen Profilierungsebene (viele Deutsche setzen sich in aufopfernder und bemutternder Art und Weise für einzelne Ausländer ein) geht es fast immer in der Diskussion um das Ausländerstudium darum, die deutschen nationalen Interessen (politische und ökonomische) zu wahren und zu fördern.

Entsprechend heißt es von offizieller Seite:

»Die Bundesregierung mißt dem Studium von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung bei. Die Bundesrepublik Deutschland muß aufgrund ihrer geographischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Verflechtung mit dem Ausland sowie ihrer kulturellen und wissenschaftlichen Tradition in besonderem Maße daran interessiert sein, daß Ausländer sich in der Bundesrepublik Deutschland aus- und weiterbilden können. Viele der in unserem Land Ausgebildeten werden nach der Rückkehr in ihr Heimatland Partner der Bundesrepublik Deutschland in Wissenschaft und Forschung, in der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Damit trägt das Ausländerstudium wesentlich zur internationalen Verständigung und zur Entwicklung der internationalen Beziehungen der Bundesrepublik zu anderen Staaten bei. Auch unsere Handelsbeziehungen und zukünftigen Exportchancen sind von dem hier ausgebildeten Kräftenachwuchs anderer Länder abhängig.« (Aus: Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage im Deutschen Bundestag zum Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 10/497 vom 18.10.83).

Von »humanitärer Hilfe« auf der Grundlage eines partnerschaftlichen Miteinanders wird selten gesprochen; und wenn es geschieht, dann zumeist mit dem Beileidgeschmack der Barmherzigkeit und des Mitleids, womit zugleich hierarchische Strukturen (Wir = reiches, hochentwickeltes Industrieland; Sie = armes, unterentwickeltes Land) festgeschrieben werden.

Die Maßnahmen, die im Hochschulbereich zur »Förderung« des Ausländerstudiums entwickelt und durchgeführt und von staatlichen Stellen finanziert werden, zielen auf eine Definition des Ausländerstudiums i. S. eines wirtschaftlichen/deutsch-nationalen Interesses ab. Verpackt in eine pseudo-humanitäre Ideologie und Terminologie werden Maßnahmen zur »Reintegration« durchgeführt, was nichts anderes beinhaltet als »Ausländer raus«. Entsprechend des deutsch-nationalen Abgrenzungsdenkens, wie aus den von Politik und Wirtschaft gesetzten Zielen des Ausländerstudiums hervorgeht, sind die daraus sich ergebenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen zu interpretieren.

Wenn ich als Beraterin heute vom Unbehagen spreche, dann ist mir nicht erst jetzt klar, daß es mir nicht darum gehen kann, meinen Ideenreichtum für weitere Einwerbung von finanziellen Mitteln, Konzeption und Durchführung neuer »Maßnahmen zur Förderung des Ausländerstudiums« einzusetzen. Denn dies heißt, die politisch Verantwortlichen in ihrer Zieldefinition zu bestätigen und zu unterstützen. Vielmehr kann es dem Berater nur darum gehen, seine Energie und seinen persönlichen Einsatz für die grundsätzliche Diskussion und Veränderung der Zieldefinition für das Ausländerstudium zu investieren.

Unter dem Ziel des Ausländerstudiums verstehen die einen »Optimierung des wirtschaftlichen deutsch-nationalen Interesses«, die anderen »humanitäre Hilfe«. Solange hier keine Übereinkunft gewonnen ist, werden »Maßnahmen zur Förderung des Ausländerstudiums« (und eine Vielzahl von Beratertätigkeiten) wie auch die restriktiven ordnungsrechtlichen Maßnahmen (z. B. Aufenthalts- und Arbeitsrecht) als Ausfluß einer inhumanen, ausländerfeindlichen Politik zu verstehen sein.

Viele im Ausländerbereich Tätige finden sich tagtäglich mit der mangelnden bzw. schwerfälligen Beteiligung ausländischer Studenten an Förderungsmaßnahmen oder entsprechenden Veranstaltungen konfrontiert. Da ist so mancher Berater erstaunt, wenn er nach Jahren des Kampfes um Gelder und Konzeptionsfindung endlich ein Projekt starten will und sich vor fast leeren Stühlen wiederfindet (im übrigen ist dies für Skeptiker des Ausländerstudiums ein »gefundenes Fressen«; sie sehen ihre Auffassung vom Ausländer als desinteressiertes oder faules Individuum bestätigt. Für andere ist die mangelnde Beteiligung Beweis dafür, daß die Probleme der ausländischen Studenten nicht groß sein können). Der ausländische Student hingegen vermutet hinter dieser Maßnahme (Veranstaltung oder Projekt) oft zu Recht eine weitere Variante der restriktiven, vorwiegend ökonomisch orientierten bundesdeutschen Politik und antwortet mit seiner Teilnahmeverweigerung und Abwesenheit.

Gäbe es von den politisch Verantwortlichen eine veränderte Zieldiskussion und -definition für das Ausländerstudium – Abkehr vom kapitalistisch geprägten nationalen Abgrenzungsdenkens in Richtung eines übernationalen und humanitären Denkens –, so könnten sich Studienberater endlich anderen Aufgaben widmen als denen, die sich aus den Schwierigkeiten der einzelnen ausländischen Studenten mit den ordnungsrechtlichen Maßnahmen ergeben. Der humanitäre Aspekt des Ausländerstudiums beinhaltet eine Beratungstätigkeit.

tigkeit, die Schwierigkeiten im Ausländerstudium in Form einer kooperativen Verhaltensmodifikation *aller* Beteiligten zu lösen sucht (was gleichzeitig eine Veränderung der situativen, sozialen und politischen Bedingungen bewirkt).

Einzelberatung und / oder Maßnahmen, die sich ausschließlich auf einen Beteiligten als Sündenbock konzentrieren, ihn behandeln und bevormunden, gehören hier nicht hin.

Kambiz Ghawami

Quo vadis Ausländerstudium?

Der Wissenschaftsrat¹ hat am 10. Mai 1985 in einer Stellungnahme »Zum Studienangebot für Studenten aus Entwicklungsländern« in sieben Punkten aufgezählt, welche Maßnahmen zur Verbesserung der Studiensituation von Studenten aus Entwicklungsländern an bundesdeutschen Hochschulen und in West-Berlin nötig wären. Im einzelnen sind dies

- die Überwindung von Sprachhemmnissen
- die Förderung von durch Leistungsnachweise als qualifiziert ausgewiesenen Studenten der Entwicklungsländer, auch schon zur Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse
- die Ausweitung der Stipendienmittel für grundständige Studien an den Fachhochschulen
- die Entwicklung und der Ausbau postgradualer Studienangebote und Studien
- die Unterstützung der projektbezogenen Zusammenarbeit zwischen deutschen Hochschulen und Hochschulen in Entwicklungsländern und zwischen deren Hochschullehrern einschließlich des Austausches von Lehrkräften
- die Förderung von Vorhaben, bei denen die Initiative von einem Entwicklungsland ausgeht und die auf Zusammenarbeit mit deutschen Partnern zielen
- die Pflege von Nachkontakten mit ehemaligen Studenten aus Entwicklungsländern, insbesondere in den Heimatländern.

Diese (löbliche) Aneinanderreihung von Maßnahmen läßt eine klare Gesamtkonzeption zur Förderung des Studiums von Studenten aus »Entwicklungsländern« vermissen. Sie erweckt vielmehr den Eindruck, als würde der Versuch unternommen, Partikularinteressen einzelner Institutionen bzw. Lobbyisten zusammenzufügen und als »die« Förderung schlechthin zu präsentieren. So lobenswert das Engagement des Wissenschaftsrates auch ist, so bescheiden ist seine Stellungnahme vom 10. Mai 1985 ausgefallen.

Dieses Ergebnis ist jedoch nicht verwunderlich, bedenkt man den mühseligen und teilweise anekdotenhaften Diskussionsverlauf zwischen den beteiligten Ministerien seitens des Bundes und der Länder sowie der »unabhängigen« Experten. Von einem »voluminösen« Werk blieben letztlich nur 19 Seiten übrig.

Sprachkenntnisse (-bemmnisse)

Als größtes Problem der Studenten aus Entwicklungsländern wird vom Wissenschaftsrat mangelnde Sprachkenntnisse diagnostiziert und als Therapie vorgeschlagen, »die sprachlichen Anforderungen bei der Zulassung an einem angemessenen Standard zu orientieren«. Dies bedeutet, daß die Sprachausbildung an Privatinstitutionen ins Ausland bzw. an die Goethe-Institute verlagert wird und somit eine 1. Selektionsstufe über das Instrument »Sprachausbildung« eingesetzt wird. Dies ist allerdings keine originäre Erfindung des Wissenschaftsrates, sondern vielmehr die getreue Übernahme entsprechender Empfehlungen der Kultusministerkonferenz vom 8. Oktober 1981 aus ihrem damaligen »Bericht zur Situation der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik Deutschland«, die bereits diesen Selektionsmechanismus empfahlen und quasi eine Privatisierung der Sprachausbildung vorzeichneten. Diese Privatisierung bedeutet in Anbetracht der hohen Kursgebühren der Sprachlehrinstitute im Ausland und der fast ausschließlichen Ansiedlung der Sprachinstitute in den jeweiligen Hauptstädten, daß sich nur eine relativ kleine finanzstarke Schicht diese Kosten leisten kann und die große Zahl von Studieninteressierten aus der Arbeiterschicht und aus ländlichen Regionen von einer realen Studienchance an bundesdeutschen Hochschulen von vornherein ausgeschlossen ist. Abgesehen von dieser metropolistischen Ausgrenzung widerspricht es jeder lerntheoretischen Erkenntnis, die Sprachausbildung außerhalb des originären Sprachraumes, sprich des deutschsprachigen Raumes, anzusiedeln. Spätestens seit Mitte der 60er Jahre gibt es eine Reihe von Vorschlägen, wie eine sinnvolle Sprachausbildung als Teil eines Propädeutikums gestaltet werden kann, und zwar in der Bundesrepublik Deutschland an den jeweiligen Hochschulen. Es ist von entscheidender Bedeutung, daß diese Vorschläge als Teil der Aufgaben der Hochschule erkannt und realisiert werden, so wie es das Hochschulrahmengesetz im § 2 Abs. 5 vorsieht. Teil eines Propädeutikums deshalb, weil die Rolle der Studienkollegs nach über 25 Jahren modifiziert werden muß. Sie müßten, so wie es jetzt in Hessen vorgesehen ist, in die Hochschulen als Zentrale Betriebseinheiten integriert werden und im Rahmen dieser Modifizierung auch eine erweiterte Aufgabenstellung erhalten. Und zwar dahingehend, Sprachkurse anzubieten, die auf grundsätzliche Prozesse zum Erwerb und zur Beherrschung notwendiger verbaler und non-verbaler Kommunikationskompetenz ausgelegt sind und nicht wie bisher in den Privatinstitutionen eine formalisierte Grammatik vermitteln, die zur Imitation und Verwendung von Trivial-Dialogen animiert.

Das Problem der verbalen und nonverbalen Kommunikation wird vom Wissenschaftsrat erkannt (Punkt II c), jedoch statt diese Kommunikationsfertigkeiten gezielt über entsprechende »Trainingsangebote« zu vermitteln, wird die Einsetzung von Tutoren, Paten und ein »ausgewogenes Verhältnis« zwischen ausländischen und deutschen Studenten in den Wohnheimen vorgeschlagen. Zwar ist der Einsatz von Tutoren zu begrüßen und seit längerem eine der Hauptforderungen nicht nur der Akademischen Auslandsämter und Studienberatungsstellen. Der Einsatz von »Paten« ist jedoch strikt abzuleh-

nen, da dieser auf dem angelsächsischen »Brother-Sister«-Modell fußende Vorschlag im bundesdeutschen Kontext nicht zu vertreten ist: das nötige »Umfeld« hierzu fehlt schlichtweg. Die isolierte Übertragung dieses »Paten-schaftsmodells« ist kontraproduktiv und wird zu einer Diskriminierung ausländischer Studenten und Studentinnen führen. Geeigneter ist es, »natürliche« Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, wie z. B. Internationale Clubzentren, Einsatz ausländischer wissenschaftlicher Hilfskräfte, Durchführung von Seminarveranstaltungen zu internationalen Fragestellungen usw. Es geht letztendlich um die Anerkennung der kulturellen Identität ausländischer Studenten und Studentinnen und die Nutzung ihrer kulturellen Vielfalt, die das gemeinsame Studium von Deutschen und Ausländern bietet.

Finanzielle Förderung

Einhergehend mit der ökonomischen Krise in West-Europa und in den meisten Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hat sich die finanzielle Situation sehr vieler ausländischer Studenten und Studentinnen an bundesdeutschen Hochschulen verschlechtert. Die studienbezogenen Folgen wie z. B. Studienzeitverlängerung oder Studienabbruch sind die auffälligsten Indikatoren – Indikatoren, die »meßbar« sind. Was aber nicht so sehr »auffällt«, ist die dramatische Zunahme psychosomatischer Krankheiten, die wiederum die Studienleistungen beeinträchtigen.

Dieses Problem ist vom Wissenschaftsrat ebenfalls erkannt worden (Punkt II d). Die daraus abgeleiteten Empfehlungen, »daß entsprechende Stipendienmittel« in größerem Umfang als bisher zur Verfügung gestellt werden sollten, bedürfen m. E. einer weiteren inhaltlichen Ausformulierung. Bund und Länder sollten sich verpflichtet fühlen, bestehende Stipendienprogramme dahingehend zu überprüfen und gegebenenfalls zu verändern, daß jenen Studenten und Studentinnen ein Studium an bundesdeutschen Hochschulen finanziell ermöglicht werden sollte, die unverschuldet in Not geraten sind und als bonafide-Flüchtlinge an bundesdeutschen Hochschulen bereits ein Studium begonnen haben. Andererseits sollte ein zusätzliches Stipendienprogramm für ausländische Studentinnen aus sog. »Entwicklungsländern« angeboten werden, um auch Frauen das Menschenrecht auf Bildung, in diesem Fall auf ein Hochschulstudium, ein Stück »zu entwickeln«. Angesichts der bundesdeutschen Erklärungen anläßlich der Weltfrauenkonferenz in Nairobi im Juni 1985 und der gemeinsam verabschiedeten Abschlusserklärung von Nairobi ist es nun nötig, den Absichtserklärungen Taten folgen zu lassen. Ein neues Stipendienprogramm für Frauen aus sog. LDC (Last Developed Countries) wäre ein sinnvoller Beitrag der Bundesrepublik Deutschland. Eine weitere Prioritätengruppe der Stipendienvergabe sollten Studenten und Studentinnen von Befreiungsbewegungen sein. Entsprechende Stipendienprogramme sind seit Jahren in skandinavischen Ländern bereits vorhanden und tragen maßgeblich zur Glaubwürdigkeit dieser Demokratien und ihrer außen- und bildungspolitischen Absichten bei. Wie wichtig und sinnvoll solche Stipendienprogramme sein können, zeigen Beispiele aus der Arbeit des World University

Service (WUS). So hat der WUS 10 000 zimbawische Stipendiaten im damaligen Rhodesien gefördert, z. T. mit finanzieller Unterstützung skandinavischer Länder, über 1000 Stipendiaten im südlichen Afrika, palästinensische Stipendiaten in Gaza und auf der West-Bank, Stipendiaten aus Chile und El Salvador, um nur einige Beispiele zu nennen. Diese Programme auch seitens der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen, wäre sicherlich auch ein Beitrag zur Abschaffung kolonialer Relikte und Diktaturen und ein Beitrag zur Verwirklichung des Menschenrechtes auf Bildung.

Studienbegleitprogramme

Die qualitative Verbesserung des Ausländerstudiums an bundesdeutschen Hochschulen stellt seit jeher eine Herausforderung an Bildungspolitikern dar. Mittlerweile haben einige Bundesländer und das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft begonnen, entsprechende Aktivitäten zu entfalten. So fördert z. B. seit 1979 Berlin entsprechende Programme der TU Berlin, fördert seit 1983 Baden-Württemberg ein Studienbegleitprogramm² für ausländische Studenten und Studentinnen in Baden-Württemberg und fördert seit 1985 das Land Hessen erstmalig entsprechende Aktivitäten. Vorbereitungen in anderen Bundesländern zur Implementierung entsprechender Studienbegleitprogramme sind bereits getätigt, so daß in absehbarer Zeit ein flächendeckendes Begleitprogramm für ausländische Studenten und Studentinnen existieren dürfte. Konzeptionelle Vorarbeiten für all diese Studienbegleitprogramme wurden vom WUS in Zusammenarbeit mit ausländischen Studenten und Studentinnen geleistet. Je nach länderspezifischen Gegebenheiten werden diese Programme vom WUS selbst als Träger durchgeführt bzw. von speziell hierfür gebildeten »Arbeitsgemeinschaften«.

Wesentlich bei diesem Begleitprogramm ist es, nicht nur bei den Studenten und Studentinnen »anzusetzen«, sondern auch verstärkt Weiterbildungsveranstaltungen für Hochschullehrer, wissenschaftliche Mitarbeiter und Verwaltungsmitarbeiter anzubieten, und zwar ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wissen über den soziokulturellen Hintergrund ausländischer Studenten und Studentinnen und ihre spätere berufliche und gesellschaftliche Realität in den jeweiligen Heimatländern bei den Hochschulmitarbeitern und -mitarbeiterinnen nicht vorhanden ist.

Internationalität der Hochschulen

Die Internationalität der bundesdeutschen Hochschulen ist spätestens seit der Plenarveranstaltung der Westdeutschen Rektorenkonferenz 1982 in Konstanz ins Blickfeld bundesdeutscher Bildungspolitikern und Hochschuladministratoren geraten. Internationalität wird allerdings in dieser Diskussion gleichgesetzt mit Partnerschaften mit Hochschulen in Industriestaaten bzw. Partnerschaften mit Hochschulen in »Schwellenländern«. Bisher völlig außer acht gelassen ist die internationale Verpflichtung bundesdeutscher Hoch-

schulen, all jenen Kollegen und Kolleginnen und somit den Hochschulen solidarisch beizustehen, wenn staatliche und halbstaatliche Übergriffe zur Einschränkung bzw. Abschaffung der Hochschulautonomie führen, wenn Hochschulangehörige von staatlichen und halbstaatlichen »Sicherheitskräften« willkürlich »verhaftet werden«, »spurlos verschwinden« und ermordet aufgefunden werden, wo Hochschulen militarisiert und instrumentalisiert werden. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Situation deutscher Wissenschaftler und Studenten während der Zeit von 1933-1945 im Ausland, an türkischen Hochschulen zum Beispiel, wo sie Schutz und Arbeit finden konnten und somit sich vor Verfolgung in Sicherheit bringen konnten. Stellt man der damaligen großzügigen Aufnahmepolitik der Türken das jetzige Verhalten bundesdeutscher Ministerien und Hochschulen gegenüber, in einer Zeit, in der seit dem Militärputsch 1980 in der Türkei tausende von Studenten zwangsexmatrikuliert wurden und über 2000 Wissenschaftler mit Berufsverboten belegt sind, so kommt man nicht umhin festzustellen, daß eine bundesdeutsche Solidarität mit türkischen Hochschulen beschämenderweise fehlt. Trotz entsprechender Initiativen ist es bisher nicht gelungen, in nennenswerter Zahl türkischen Studenten und Wissenschaftlern ein »bildungspolitisches Exil« zu bieten und damit beizutragen, daß all jene demokratischen Kräfte überleben können, die zum demokratischen Wiederaufbau nötig sind, so wie Ernst Reuter aufgrund seines »Überlebens« in der Türkei bis 1945 später einen wesentlichen Beitrag zum demokratischen Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland leistete.

ANMERKUNGEN

- 1 siehe Anhang
- 2 Ferienakademien – Entwicklungspolitische Studienbegleitung – Auszeit 10, Hrsg. World University Service, Wiesbaden 1984 und Ghawami, Kambiz, »Ferienakademien – studienbegleitende Reintegrationsmaßnahme für ausländische Studenten« in Auszeit 6

Hilmi Saleh / Elke Gossen

Wir wollen keine 25 Jahre mehr warten, Herr Ministerpräsident Rau!

Im August besteht das Studienkolleg an der Universität Münster 25 Jahre. Im Studienkolleg werden ausländische Studienbewerber unterrichtet, deren Reifezeugnisse aus ihren Heimatländern *nicht* als gleichwertig mit dem deutschen Abitur anerkannt werden. Das Studienkolleg ist in Kellerräumen untergebracht, gelernt werden muß tagaus tagein bei künstlichem Licht und folglich schlechter Beleuchtung, direkt neben Toiletten. Die Studierenden wie auch die Lehrenden klagen über Kopfschmerzen, Übelkeit, Erbrechen. Die Motivation zum Lernen leidet. Dabei müssen gerade von ihnen gute Noten erbracht werden, um die gewünschten Studien aufnehmen zu können. Aber die graue Atmosphäre wirkt auf alle deprimierend. Darüber hinaus reichen die Kellerräume nicht aus, und so wird der Unterricht über die ganze Stadt verteilt in verschiedenen Gymnasien erteilt. Durch die durch die Hetze von Ort zu Ort entstehende Zeitknappheit werden die Studienkollegiaten des öfteren gezwungen, auf Mittagsmahlzeiten zu verzichten, und darüber hinaus in eine starke Isolation gedrängt.

Seit 20 Jahren bemühen sich die Studierenden sowie die jeweiligen Leiter des Studienkollegs um neue Unterrichtsräume. Bisher leider immer noch ohne Erfolg. In diesem Jahr ist wieder von Seiten der Ausländischen Studentenvertretung ein erneuter Versuch unternommen worden, die verantwortlichen Stellen auf ihre Situation aufmerksam zu machen und für Abhilfe zu sorgen.

Die hier aufgezeichnete Chronologie ihrer Bemühungen von Februar bis Juli 1985 soll Einblick gewähren, welche Schritte unternommen worden sind, wie mühselig, zeitaufwendig und doch so wenig erfolgreich ihr Engagement ist.

- 28.2.1985 Schreiben der Ausländischen Studentenvertretung (ASV) an den Leiter des Studienkollegs, in dem sie in schärfster Form gegen die menschenunwürdigen Raumverhältnisse protestierten.
- 7.3.1985 Antwortschreiben des Leiters des Studienkollegs an die ASV. Er bringt zum Ausdruck, daß er sich – wie sein Vorgänger bereits seit *20 Jahren* – um eine angemessene Unterbringung in Zusammenarbeit mit der Universität bemühe. Bedauerlicherweise ohne Erfolg. Er werde sich weiter bemühen.
- 11.3.1985 Schreiben des Leiters an die ASV. Ankündigung eines Besichtigungstermins mit dem Leiter der Schulabteilung beim Regierungspräsidenten

- 19.3.1985 Schreiben des Leiters an die ASV
3 Lösungsmöglichkeiten würden gegenwärtig diskutiert. Aber noch seien keine Räume greifbar in Sicht.
- 18.4.1985 Die ASV wendet sich in einem Offenen Brief an Ministerpräsident Rau
Johannes Rau im Wahlkampf: »Wir hier ... lassen niemanden abseits stehen, bei uns wird niemand ausgegrenzt oder über einem 'Aufschwung' einfach vergessen.«
Die ASV erinnert in ihrem Offenen Brief Johannes Rau an seine Worte. Zitat:
»Wir haben das Gefühl, daß wir schon lange vergessen sind: abgedrängt ins Abseits, real in den Keller und zwar in den Keller des größten Hörsaalgebäudes der Universität. Hier sollen wir lernen, das deutsche Abitur als Eingangsvoraussetzung zur Universität erwerben – und das nun schon seit *25 Jahren*. In den vergangenen Jahren ist es wieder und wieder versucht worden, für das Studienkolleg geeignete Räume zu finden ähnlich wie in Bonn (eigene Gebäude) oder Aachen (eigene Gebäude). Trotz der Anerkennung der 'eigentlich unzumutbaren Form' der jetzigen Unterbringung von verschiedensten Seiten ist es bisher nicht gelungen, 'eine Wende zum Besseren' zu erreichen. Der als berechtigt anerkannte Anspruch auf bessere Räumlichkeiten wurde stets im Hinblick auf finanzielle Probleme abgewiesen bzw. wurde immer wieder vertröstet. Das nun schon seit 25 Jahren.
'Bei uns wird niemand ausgegrenzt oder über einem Aufschwung einfach vergessen ...', wir erlauben uns, ein Fragezeichen hinter diesen Ihren Ausspruch zu setzen.«
- 26.4.1985 Münsterische Zeitung
Skandal: Studium im Keller mit Gestank
- 26.4.1985 Westfälische Nachrichten
Ausländische Studenten kämpfen um Räume
- 24.4.1985 Schreiben des Leiters des Studienkollegs an den ASV
Der Leiter teilt den Stand der Verhandlung mit. »Es zeigt sich, daß eine langfristige oder endgültige Lösung offenbar erst in Jahren gefunden werden könnte.« Der Leiter fordert die Universität auf, dann wenigstens eine sofortige Zwischenlösung ins Auge zu fassen, z. B. durch Anmietung einer freistehenden Schule. Die Mittel solle das Wissenschaftsministerium kurzfristig bereitstellen.
- 3.5.1985 Minister Krumsiek beantwortet den Offenen Brief (sinngemäß):
Recht haben Sie! Was Sie schreiben, trifft leider alles wirklich zu. Das hat auch eine Ortsbesichtigung am 19.3.85 in Münster ergeben. Aber: Ich kann da nichts tun, wenden Sie sich doch bitte an die Universitätsverwaltung.

- 12.5.1985 Ministerpräsident Rau antwortet auf den Offenen Brief (sinngemäß):
Ich danke für Ihren Brief. Die Probleme sind selbstverständlich bekannt. Verhandlungen zwischen der Universität und der Verwaltung laufen. Er hofft auf eine schnelle Lösung, »damit auch die Studierenden des Studienkollegs sich nicht länger 'ausgegrenzt' fühlen!«
- 6.5.1985 Schreiben des Petitionsausschusses an die ASV (sinngemäß):
... kann die Beratung Ihrer Petition einige Zeit in Anspruch nehmen. Bitte haben Sie Verständnis und gedulden Sie sich.
- 24.5.1985 Resolution der Vollversammlung der Studierenden des Studienkollegs, die noch einmal der Forderung nach neuen Räumen Nachdruck verleiht.
- 9.7.1985 Schreiben der ASV an den Bürgermeister der Stadt Münster:
»[...] Leider scheiterten bisher alle Bemühungen, das Studienkolleg in der Antoniusschule unterzubringen, an der Frage der Finanzierung. Alle beteiligten oder von uns angesprochenen Stellen bis hin zum Ministerpräsident Rau haben uns entweder vertröstet oder aber weiter- bzw. zurückverwiesen. [...] möchten wir Sie bitten, sich für unser Anliegen einzusetzen, das Studienkolleg in der genannten Schule unterzubringen.«
- 12.7.1985 Antwortschreiben des Oberbürgermeisters an die ASV:
»[...] eine ausführliche Antwort kann ich Ihnen erst geben, wenn ich die Berichte hierzu geprüft habe.«

Es ist nicht von der Hand zu weisen: Die Verantwortlichen schieben das Problem weiter vor sich her bzw. untereinander hin und her. Die Frage der Finanzierung ist weiterhin offen. Und das seit nunmehr 20 Jahren

Nachlese:

- 15.7.1985 Münsterische Zeitung
600 Mikrocomputer für die Fachbereiche
Ministerpräsident Rau hat zugesagt, der Universität in den nächsten Jahren 9 Millionen DM zur Verfügung zu stellen zur Anschaffung von 600 Mikrocomputern.

Dem bleibt nichts mehr hinzuzufügen!

Barbara Schade

Vom Unterschied zwischen Absicht und Wirkung

Anfang Juni dieses Jahres gab die dpa folgende Pressemitteilung heraus:
Studentenaustausch - Jeder dritte ausländische Student bricht sein Studium ab - Mainz - Jeder dritte ausländische Student bricht sein Studium an den Hochschulen in der Bundesrepublik vorzeitig ab. Wie aus einer am 3. Juni veröffentlichten Projektstudie der Mainzer Johannes-Gutenberg-Universität hervorgeht, sind es bei den Studenten der Geistes- und Sozialwissenschaften sogar bis zu 90 Prozent. Zur Verringerung dieser hohen Mißerfolgsquote empfahlen die Wissenschaftler ein »Brother-Sister-Programm«, bei dem ein deutscher Student einen ausländischen Kommilitonen betreut.

(dpa-dienst für kulturpolitik, 10. Juni 1985, S. 12)

Die Zeitungen griffen diese Meldung gern auf - weiß man doch, daß so etwas Wasser auf die Mühlen bestimmter und großer Leserkreise ist und zudem in die gegenwärtige Stimmung in diesem unserem Lande gut hineinpaßt. Es fanden sich fast wortgetreue Meldungen in der »Welt«, der »Süddeutschen Zeitung«, der »Frankfurter Rundschau«, der AZ und anderen Zeitungen wieder.

Kenner der Materie können bei einer solchen verkürzten Meldung nur den Kopf schütteln. Spätestens seit Erscheinen der großangelegten isoplanstudie¹ steht fest, daß der Anteil der sogenannten drop-outs unter den ausländischen Studenten bei 25 Prozent liegt, daß das Ausländerstudium keineswegs von Mißerfolg gekennzeichnet ist, und vor allem, daß bei der Ermittlung von Abbrecherquoten äußerste Differenzierung geboten ist: Als Abbrecher gelten nicht und dürfen deshalb nicht gezählt werden

- die Fachwechsler
- die Hochschulwechsler
- die Wechsler von Universität zu Fachhochschule
- die Studenten, die von Beginn an dezidiert keinen Anschluß anstreben (Austauschstudienten, Forschungsstipendiaten etc.)

Diese Besonderheiten wurden bei der Mainzer Studie jedoch nicht beachtet. Fakten und Daten hierüber zu ermitteln, ist ein aufwendiges Unternehmen, erfordert sorgfältige Recherchen und muß sogar teilweise am Datenschutz scheitern (Hochschulwechsel). Die isoplan-Studie hat diese Arbeit dennoch in geradezu vorbildlicher Weise geleistet und müßte eigentlich als »Bibel« des Ausländerstudiums gelten. Daß dies nicht der Fall ist, daß anstelle ihrer bis heute noch die niederschmetternde Grüneberg-Studie zitiert und zu Kassandrarufer herangezogen wird, kann ich mir nur so erklären, daß das Ergebnis der isoplan-Studie den Auftraggebern schlichtweg nicht ins Konzept paßte. Man brauchte Mißerfolgswahlen, um restriktive Maßnahmen begründen und durchsetzen zu können - da kommt eine Meldung wie die aus Mainz sicher besser an!

Über Inhalte und Vorgehensweise der Projektstudie kann hier nicht berichtet werden, da sie z. Z. nur in zwei Kopien vorhanden und niemandem zugäng-

lich ist (die Autoren stehen in Vertragsverhandlungen). Soviel aber ist allemal bekannt, daß nämlich bei der »statistischen« Arbeit mit Schätzungen und Umfragen, mit Stichproben und Hochrechnungen gearbeitet wurde. In einer Pressekonferenz wurde dann die Studie der Öffentlichkeit vorgestellt, und was dabei herauskam, zeigt der oben zitierte dpa-Text.

Was war geschehen? Bei dem Versuch, fördernde Maßnahmen wie u. a. ein »Brother-Sister-Programm« einführen zu wollen, war man auf die Notwendigkeit gestoßen, dies auch zahlenmäßig begründen zu müssen. Dazu mußten Mißerfolgszahlen her – nichts einfacher als das. Man unterstelle den Autoren keine unlauteren Absichten. Anliegen der drei Wissenschaftler war und ist es, Maßnahmen zu schaffen, die allgemein zum Erfolg des Ausländerstudiums beitragen. Nun ist das Heulen und Wehklagen groß, man fühlt sich mißverstanden, falsch wiedergegeben, vielleicht sogar benutzt. Selbstverständlich gab es in den Zeitungen dann die üblichen Richtigstellungen in Form von Leserbriefen der Autoren und deren Kollegen – allein, ein jeder weiß, was ein Dementi nutzt, ist die Meldung erst einmal auf dem Tisch und gelesen.

Das eben ist die Gefahr bei der Verkürzung von Mißständen gegenüber einer Öffentlichkeit, von der man weiß (oder nicht?), daß sie damit nicht konstruktiv umgehen wird, sondern die Mißstände als solche anprangern wird.

Sehen wir uns doch einmal an, was in dieser kurzen, auf den ersten Blick harmlos erscheinenden Meldung wirklich steckt:

Da ist also die Rede von »den ausländischen Studenten« an »den Hochschulen der Bundesrepublik« – es handelt sich aber um eine Studie der Mainzer Universität, die auch lediglich diesen Raum zur Untersuchung herangezogen hat. Ob die Verallgemeinerung von den Autoren der Studie selbst oder von der Presse zu verantworten ist, vermag ich nicht zu beurteilen – unlauter ist sie allemal.

Sodann stürzt man sich mit Verve auf die Geistes- und Sozialwissenschaften und entdeckt in diesen Fächern eine Abbruchquote von 90 Prozent. Das klingt wahrhaftig erschütternd, läßt selbst den engagiertesten Kollegen in Zweifel über den Sinn und Zweck des Ausländerstudiums geraten. Andere, weniger mit dem Ausländerstudium vertraute Kollegen mögen sich in ihren schon immer vorhandenen Zweifeln bestätigt sehen – nach dem Motto: »In der Mensa sitzen so viele Ausländer – aber im Examen war bei mir noch kein einziger!«

Und nun gar der Zeitungsleser Otto Redlich, der nichts anderes zu seiner Wissensbildung zur Verfügung hat als Zeitungsmeldungen dieser Art. Dreierlei deftige Reizthemen werden ihm da mit der morgendlichen Lektüre zum Frühstück serviert:

1. Ausländer – das heißt Problemgruppe schlechthin, man liest ja alle Tage davon.
2. Studenten – ein Begriff, der seit Ende der sechziger Jahre negativ belastet ist und sich davon bis heute nicht erholt hat.
3. Geistes- und Sozialwissenschaften – diese brotlosen Künste, die den Steuerzahler Geld kosten, aufmüpfige Querulanten hervorbringen und doch zu nichts anderem als Arbeitslosigkeit führen.

Dazu noch die Abbruchquote von 90 Prozent – da haben wir die Bestäti-

gung für die Punkte 1-3, und zwar von Leuten, die selbst an der Universität arbeiten und etwas davon verstehen! So erhält Otto Redlich einen wissenschaftlich fundierten Beweis zur Verteidigung seiner Vorurteile. Auf seinem Weg zur Arbeit wird er mindestens einem Ausländer begegnen und sich an das Gelesene erinnern. Mit welchen Gefühlen wird er diesen Ausländer wohl anschauen?

Das ist ja aber nicht alles, was in dem Text steht. Es schließt sich an der eigentlich wichtigere Teil, die Empfehlung des »Brother-Sister-Programmes«. Wieviel aber wiegt diese Empfehlung noch im Verhältnis zu dem Vorangegangenen? Nimmt der geneigte Leser sie überhaupt noch zur Kenntnis?

Die Wichtigkeit der Aussage ist gering, zumal auch hier noch einmal der negative Begriff »hohe Mißerfolgsquote« auftaucht und sich geradezu in den Vordergrund drängt. Dazu wirkt das Verb »empfehlen« in diesem Zusammenhang und insbesondere gegenüber den vorangehenden klaren und eindeutigen Aussagen eher wie eine vage Vorstellung, eine Idee oder Anregung – nicht aber wie ein im Detail ausgearbeitetes Programm, eine begründete und sinnvolle, erfolgversprechende Maßnahme, für die man sich begeistern könnte.

Ob der letzte Satz beim Leser überhaupt noch ankommt, ist also stärkstens zu bezweifeln. Man mache die Probe aufs Exempel und gebe Freunden den Artikel zu lesen. Die weitaus größte Zahl wird sich in mehr oder weniger klugen Reden über das Ausländerstudium an und für sich ergehen, einige werden von eigenen Erfahrungen mit Ausländern berichten – der Tenor dabei ist stets: »Ausländerstudium ja – aber ...« Von dem empfohlenen Programm redet kein Mensch mehr. Schließlich legt ja bereits die Überschrift den Akzent auf den Mißerfolg der ausländischen Studenten, nicht etwa auf das Anliegen der Studie, die Forderung nach kontaktfördernden Maßnahmen begründen zu wollen.

Wenn eines der Hauptanliegen der Studie darin bestand, aufzuzeigen,

- a) daß ausländische Studenten unter Kontaktmangel zu ihren deutschen Kommilitonen leiden,
- b) daß sich dies auch unter Umständen negativ auf den Studienerfolg auswirken kann und
- c) daß deshalb kontaktfördernde Maßnahmen sinnvoll und geboten erscheinen

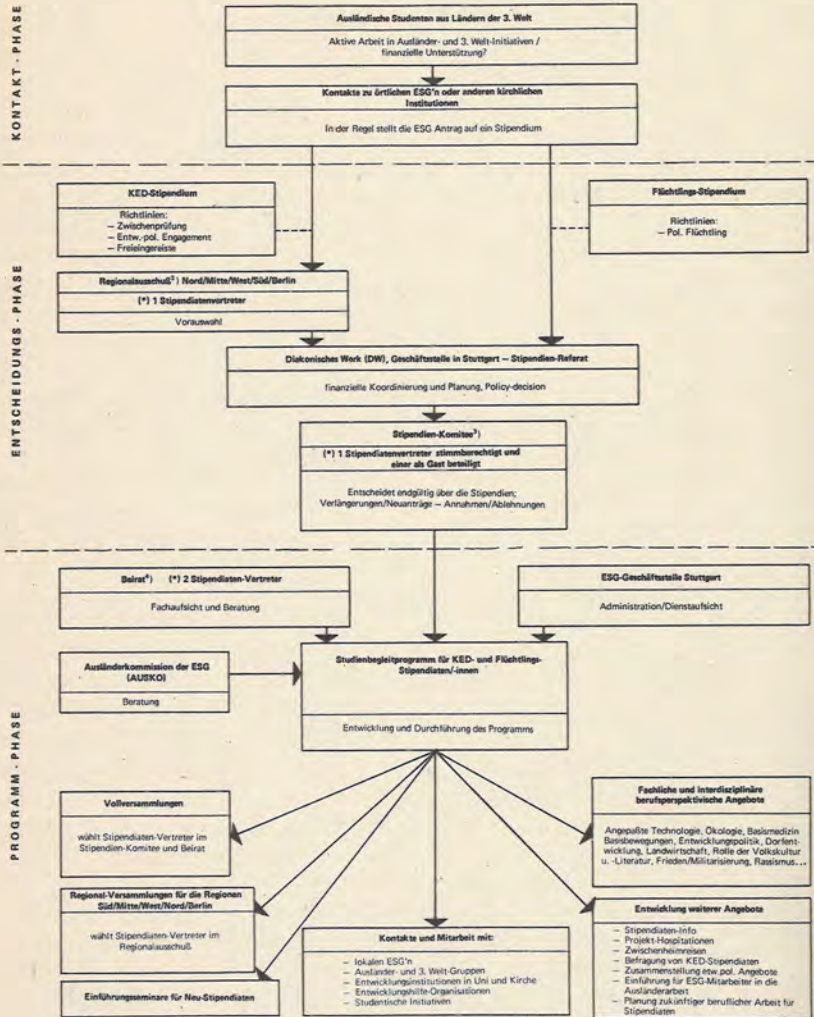
und wenn dann diese Studie auf einer Pressekonferenz vorgestellt wird, und wenn dabei auch das Hauptanliegen deutlich und verständlich gemacht wird, dann müßte die dpa-Meldung heißen: *Jeder dritte ausländische Student ist einsam!* Aber wen interessiert das schon?

Das Ergebnis in Form der Kurzmeldung ist nicht allein übles Machwerk der Journalisten. Der Vorwurf zumindest des unsensiblen Umganges mit den Informationen in der Öffentlichkeit ist den Autoren nicht zu ersparen, und es steht zu befürchten, daß bei breiterer Veröffentlichung der Studie noch größerer Schaden angerichtet wird.

WAS KÖNNEN WIR DARAUS LERNEN?

Man hüte sich also – und dies als ernstgemeinte Warnung an alle Kolleginnen und Kollegen, die mit dem Ausländerstudium in irgendeiner Form befaßt sind – man hüte sich außerordentlich, Vorschläge zur Verbesserung des Aus-

KED¹⁾ - und Flüchtling-Stipendien-Programm
Eine Übersicht der beteiligten Gremien und Institutionen



¹⁾ KED: Kirchlicher Entwicklungsdienst
²⁾ Regionalausschuss: Vertreter von regionalen Diakonischen Werken /Landeskirchen/ESG's/2 Studenten/-innen/ferner beratende Gänge
³⁾ Stipendiaten-Komitee: Vertreter von Diakonischen Werken/Ökumenisches Studien-Werk (OSW)/3 stimmberechtigte Stipendiaten/ferner beratende Gänge
⁴⁾ Beirat: Vertreter vom Diakonischen Werk (DW), Stgt./Ökumenisches Studienwerk /OSW/Dienste in Übersee (DU)/2 ESG-Studenten/ferner/ESG-Geschäftsstelle (Ökumenischerat)/2 Stipendiaten
⁵⁾ Beteiligung der Stipendiaten/-innen

Stand: Juni 84

BERATUNG UND BETREUUNG AUSLÄNDISCHER STUDENT(INN)EN -
BERICHTE AUS DER PRAXIS

Beratung ausländischer Student(inn)en
am Beispiel der Universität Frankfurt

John-Andrew Skillen
Psychosoziale Probleme ausländischer Studenten.
Interventionsmöglichkeiten innerhalb einer
Zentralen Studienberatungsstelle

1. Rahmendaten

An der Universität Frankfurt studierten im Sommersemester 1985 fast 30000 Studenten, 2600 davon sind Ausländer. 60% der ausländischen Studenten kommen aus Entwicklungsländern, 1/3 sind Bildungsinländer, haben eine deutsche Hochschulreife. Diese Zahl wächst stetig. Im Studienkolleg bereiten sich ca. 200 Studenten auf das Fachstudium vor, in den Sprachkursen des Arbeitsbereiches »Deutsch als Fremdsprache« befinden sich ca. 150 Teilnehmer, von denen viele später in Frankfurt studieren werden. Die am stärksten vertretenen Länder sind Griechenland, Türkei und Iran.

Fragt man die ausländischen Bewerber und Studenten, was sie nach Frankfurt bringt, erhält man in der Regel zwei Antworten: Die breite Fächerauswahl der Universität im natur-, sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich und die wirtschaftliche Position der Metropole Frankfurts, die auf Jobmöglichkeiten hoffen lässt. Zudem sind derzeit über 25% der Einwohner Frankfurts Ausländer, die für Kinder im stärkeren Maße als früher höhere Bildung anstreben, die aber selten die finanziellen Möglichkeiten haben, ihnen eine andere Universität als die Frankfurter zu ermöglichen.

Von der Nachfrage her sind die beliebtesten Fächer Medizin und Wirtschaftswissenschaften. Von der Zahl der Studierenden her sind die wichtigsten Fächergruppen: Neuere Philologie, Medizin, Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften, Pädagogik und Jura.

Den 30000 Studierenden, den Schülern aus Frankfurt und Umland und den ausländischen Bewerbern steht eine Zentrale Studienberatungsstelle gegenüber, die mit ungefähr 30000 Beratungskontakten im Jahr mehr als ausgelastet ist. Diese Nachfrage wird von 9 hauptberuflichen Studienberatern (davon 4 auf halben Stellen), 3 Sekretärinnen (davon 2 halbe Stellen) und derzeit 19 studentischen Mitarbeitern mit und ohne Abschluß aufgefangen. Neben einer separaten Anlaufstelle für Erstkontakte steht ein Gruppenraum mit Infothek zur Verfügung, in der studien- und berufskundliches Material eingesehen und gelesen werden kann. Die Zentrale Studienberatung ist in der Universitätsverwaltung eingebunden und räumlich stark mit dieser verwoben. Diese Nähe zum Studentensekretariat und zur Akademischen Auslandsstelle hat den Vorteil der kurzen Wege und Verweisungsmöglichkeiten, doch auch den Nachteil, daß die Studienberatung nicht als etwas Eigenständiges identifiziert wird, sondern als Teil der Verwaltung von den Ratsuchenden verstanden wird. Vor allem ausländische Ratsuchende haben es schwer, zwischen Beratung und Verwaltung zu unterscheiden, doch davon später mehr.

1980 wurde vom Lehr- und Studienausschuß der Universität der besonders schwierigen Lage ausländischer Studenten dadurch Rechnung getragen, daß eine innerhalb der Zentralen Studienberatung auszuscheidende Stelle eines Studienberaters für die Beratung ausländischer Studenten ausgewiesen wurde. Dieser – der Autor dieses Artikels – wurde im Januar 1981 eingestellt. Somit wurde die Beratung von dem Zulassungsbereich, dem eigentlichen Verwaltungsgeschäft, eindeutig getrennt. Für die Ratsuchenden wurde damit mehr Klarheit geschaffen, für die Mitarbeiter der Akademischen Auslandsstelle wurden belastende Rollenkonflikte vermieden. Trotzdem mußte meine Arbeit als Ausländerberater in der Zentralen Studienberatung in vielen Dingen eng mit der Akademischen Auslandsstelle koordiniert werden, um Informationsaustausch und effektive Beratung und Verwaltung im Sinne der Ratsuchenden zu gewährleisten. Zum Beispiel konnten negative Verwaltungsentscheidungen zurückgenommen werden, weil ich Mißverständnisse zwischen der Akademischen Auslandsstelle und den Ratsuchenden aufdecken und zwischen beiden vermitteln konnte.

Dies ist das Setting, in dem an der Universität Frankfurt Ausländerberatung stattfindet, eine Beratung, die ungefähr 2000 bis 2500 Beratungskontakte jährlich zustandebringt. Ich will mich nun dem eigentlichen Thema zuwenden, den Ratsuchenden, die mit psychosozialen Problemen in die Beratung kommen. Was sind das für Probleme, gibt es typische Fälle? Jeder Fall ist in sich einzigartig, aber ich will jetzt einige beschreiben, die für mich und den Fortgang meiner Arbeit wichtig waren.

2. Fallbeispiele

Nachfolgend möchte ich einige Fallbeispiele beschreiben, die innerhalb der letzten zwei Jahre in der allgemeinen Studienberatung aufgetreten sind.

Fall 1:

Griechin, in der BRD aufgewachsen, 21 Jahre alt. Beratungsanlaß war ein Fachwechsel weg von Volkswirtschaftslehre, begründet mit mangelnder Identifikation mit dem Fach und dessen theoretischer Grundlage. Im Gespräch zeigt die Klientin depressive Züge, äußert Selbstmordabsichten und berichtet von konkreten Versuchen. Sie berichtet auch von einem Erstgespräch in einer psychiatrischen Klinik, weshalb von einer sofortigen Verweisung abgesehen wird.

Es folgen 12 Sitzungen als Einzelgespräche mit folgender Zielsetzung:

- Die Gespräche sollen feste Orientierungspunkte sein und Gegengewicht bilden zum Abgleiten in Regression und Depression;
- Die bereits ansatzweise vorhandene Therapiebereitschaft soll verstärkt werden;
- Die Problematik des Fachwechsels soll durch Finden eines geeigneten Studienfachs gelöst werden, das mit der zeitlichen Inanspruchnahme durch die Therapie und den Wünschen der Klientin im Einklang steht.

Nachdem die Therapie andernorts angefangen wurde, laufen die Gespräche in der Studienberatung aus (Fading), die Klientin fühlt sich in dem gewählten Studiengang Anglistik wohl.

Problem für den Berater war der Umgang mit der Übertragung des Vaterkonflikts der Klientin, was in einer Supervisionssitzung bearbeitet wurde.

Fall 2:

Grieche, 28, 16 Jahre in der BRD. Beratungsanlaß war das erstmalige Scheitern an der Zwischenprüfung in Physik und der Wunsch, das Studium aufzugeben. Hintergrund des Scheiterns waren Prüfungsängste und Arbeitsstörungen, verbunden mit einer sehr dominanten Mutter.

In der Beratung wurde versucht, zweigleisig zu verfahren. Mit eher verhaltenstherapeutisch orientierter Stütze versuchte der Klient einen zweiten Versuch der Zwischenprüfung. Die Organisation der Prüfungsvorbereitung wurde gemeinsam erarbeitet, es gab häufige Kontakte zur Kontrolle des Arbeitsverlaufs. Parallel wurde in Gesprächen die Familienproblematik aufgearbeitet. Selbstwertgefühl und Identität gestärkt, um ein eventuelles Versagen bei der Zwischenprüfung aufzufangen.

Nach dem nochmaligen Scheitern in der Prüfung wurde in einer Teambesprechung mit der Berufsberatung versucht, Alternativen in Berufstätigkeit und Ausbildung zu finden. Der Klient entschloß sich zu einem Überwechseln auf die Fachhochschule, unter der Erkenntnis, daß er seine Prüfungsangst in kleineren und atmosphärisch besseren Gruppen und intensiverem Kontakt zu den Dozenten besser kontrollieren könne.

Fall 3:

Iranerin, 24, Flüchtling (Kurdin), seit 4 Jahren in der BRD, Asylantrag gestellt. Beratungsanlaß: Prüfungsängste und Arbeitsstörungen verbunden mit Kontaktschwierigkeiten im Vorfeld der Vordiplomprüfung Soziologie. Vorher hatte bereits Kontakt zur Psychotherapeutischen Beratungsstelle bestanden, eine 10-stündige Gesprächsberatung hatte stattgefunden. Dabei

war es zu kommunikativen Problemen zwischen Therapeut und Klientin gekommen, die keine gemeinsame Sprachebene finden konnten. Die Psychotherapeutische Beratungsstelle verweist an die Allgemeine Studienberatung.

In zwei Gesprächen wird die Prüfungsangst eingegrenzt: Sie hat Angst, ungenügend vorbereitet zu sein, Angst vor denen, die sie persönlich als unangenehm empfindet. Sie hat kaum Kontakt zu Deutschen, wünscht sich aber eine gemeinsame Lerngruppe. Sie braucht Kontrolle, weil sie nicht weiß, ob sie das Richtige lernt. In einer Teambesprechung mit dem Fachberater des Fachbereichs wird versucht, die Prüfungsvorbereitung zu organisieren und bei der Bildung einer Arbeitsgruppe zu helfen. Bei näherer Bearbeitung der Prüfungsängste stellt sich heraus, daß die Klientin bereits in einer Therapiegruppe für Prüfungsängste ist. Die Beratung wird beendet unter Aufrechterhaltung eines weiteren Kontaktangebots.

Fall 4:

Türkin, 23, seit 6 Jahren in der BRD. Beratungsanlaß ist Scheitern in der Zwischenprüfung der Wirtschaftswissenschaften.

Nach dem Erstgespräch empfiehlt der Berater eine Informationsphase in bezug auf andere Studiengänge, nach dem Wunsch der Klientin besonders bei den Naturwissenschaften. Dies bringt für die Klientin keine Klarheit, ihre Entscheidungsunsicherheit bleibt bestehen.

In weiteren Gesprächen, an denen zwei Studienberater beteiligt sind, wird deutlich, daß gegenwärtig keine angstfreie Entscheidung möglich ist, da von Seiten der Familie Druck ausgeübt wird und die Angst vor der Wiederholung negativer Erfahrungen in einem neuen Studiengang sehr groß ist. Die Gespräche dauern zur Zeit noch an.

Störende Faktoren von außen sind hierbei: Termindruck, da der nächste Bewerbungstermin vor der Tür steht, drohende Exmatrikulation und Verlust der Aufenthaltserlaubnis.

Fall 5:

Jordanier, 42, seit 1963 in der BRD. Beratungsanlaß ist die Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten für Studiengebühren. Der Klient hat bereits 33 Semester erfolglos Medizin studiert. Als Grund für das Scheitern gibt er an, er hätte seinen Lebensunterhalt durch Jobben verdienen müssen, darunter hätte das Studium gelitten. Ein neuer Start in Physik ist trotz finanzieller Unterstützung durch die Evangelische Studentengemeinde nicht gelungen, nach 7 Semestern hat er keinen Schein gemacht. Nach eigenen Angaben ist der Klient zur Zeit ohne festen Wohnsitz, hat kein Geld, die Aufenthaltserlaubnis ist abgelaufen. Er hat keine engeren Freunde mehr in der BRD (»die sind alle schon fertig«), zum Heimatland bestehen keinerlei Kontakte mehr. In einer Teambesprechung mit der Berufsberatung werden Möglichkeiten außerhalb der Hochschule durchgesprochen, allerdings besteht das Problem, daß – wegen zunehmender Restriktion auf diesem Gebiet – er keine Arbeitserlaubnis erhalten wird.

Wegen der komplexen Probleme und Mangel an Hilfsmöglichkeiten wird der Klient an die Evangelische Studentengemeinde verwiesen, die ihm bei

einer Rückkehr ins Heimatland helfen kann.

Fall 6:

Iranischer Student, geb. 1943, seit 17 Jahren in der Bundesrepublik. Abgebrochenes Studium der Agrarwissenschaften an anderen Universitäten, in Frankfurt Immatrikulationen in Geophysik, bislang erfolglos. Seit mehreren Jahren ist er chronisch krank: Schlafstörungen, Kreislaufprobleme. Diese Symptome wurden von seinem Hausarzt medikamentös behandelt. Den bisherigen Mißerfolg im Studium begründet er mit der Krankheit. Der Ratsuchende hat die Vorstellung, daß andere Iraner ihm etwas in seine Getränke oder sein Essen tun, was seine Kreislaufstörungen oder Schlafschwierigkeiten verursacht. Dieselben Leute würden auch mit gefälschten Zeugnissen handeln und Devisenbezug aus dem Iran ermöglichen – allen anderen, außer ihm. Er kommt in die Beratung in der Hoffnung, ein Fachwechsel oder Ortswechsel könne ihm helfen, er glaubt, wieder erfolgreich im Landwirtschaftsstudium einsteigen zu können und mit einem Ortswechsel die Verfolger loszuwerden.

Den Wechsel hat er im Beratungszeitraum mehrfach versucht, vergebens, da die Zulassungsstellen in der Regel neue oder erfolgreiche Studenten in aufnahmebeschränkten Fächern bevorzugen. Bei Gesprächen über seine Krankheit ist seine Abwehr sehr stark. Es ginge ihm eigentlich gut, wenn nur die anderen ihn in Ruhe ließen ...

Da er auf dem Gebiet seiner Krankheit sehr unzugänglich ist und ich den Eindruck habe, nicht weiterzukommen, versuche ich ihn an einen Kollegen beim Psychosozialen Zentrum in Frankfurt zu überweisen, der persisch spricht und Erfahrung hat in der Arbeit mit iranischen Studenten. Ich hoffe, er könne die Widerstände des Ratsuchenden leichter überwinden. Zuerst wollte dieser nicht hingehen, doch schließlich bemüht er sich um eine telefonische Kontaktaufnahme, allerdings in der etwas irrigen Hoffnung, beim Psychosozialen Zentrum könne man ihm beim Fortgang seines Studiums helfen.

3. Symptome und Ursachen psychosozialer Probleme ausländischer Studenten

Anhand der aufgeführten Fallbeispiele und Erfahrungen aus anderen Beratungen folgere ich, daß hauptsächlich die folgenden Probleme im Vordergrund stehen:

- Prüfungsangst, Arbeitsstörungen, Blockaden, die zu Prüfungsversagen und Studienabbruch führen;
- Entscheidungs- und Orientierungsprobleme;
- Familiär bedingte Schwierigkeiten und Krisen, vor allem bei Ablösungsversuchen: besonders gravierend bei traditionellen Familienstrukturen;
- Depression, Selbstmordabsichten;
- Allgemeine Ängste in bezug auf Lebensumstände in der BRD und in der Heimat;
- Probleme mangelnder sozialer Beweglichkeit, Kontaktarmut zu anderen Studenten, besonders zu Deutschen;

- Schwere psychische Traumata aufgrund von Erlebnissen bei Flucht oder Folterung;
- Psychosomatische Symptome, v. a. im Magen- und Herzbereich;
- Psychische und körperliche Deprivation, bis hin zur Verwahrlosung und Nichtseßhaftigkeit;
- Psychotische Störungen, Wahnvorstellungen, paranoide Symptome.

Besonders in den Fallbeispielen wird deutlich, daß meistens mit den psychischen Problemen dicht soziale Schwierigkeiten verwoben sind, z. B. Finanzierungs- und Wohnungsfragen. Dazu kommen oft institutionell indizierte Probleme, wie Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, Bewerbungsfristen, Zeugnisbewertung, Fachbindung, Zulassungsbeschränkungen. All dies muß in die Beratung mit einbezogen werden, die psychische und soziale Seite müssen gleichwertig angegangen werden, damit eine Lösung überhaupt praktikabel und für den Klienten akzeptierbar ist. Selten hat die Charakterisierung »psycho-sozialer Probleme« die Lage besser beschrieben als bei ausländischen Studenten. Die »Doppelstrategie« in der Beratung greift in den Fällen, in denen die Klienten sozial einigermaßen abgesichert sind, besser. Bei Häufung negativer sozialer Faktoren werden die Schwierigkeiten für die Studienberatung immer unlösbarer (Fall 5).

An sich ist die tiefergehende Bearbeitung psychischer Probleme mit Klienten, deren Sozialisation weitgehend in der BRD stattgefunden hat, leichter, diese sind für Beratung und Therapie offener. Bei vielen Klienten aus der Dritten Welt, die erst wenige Jahre in der BRD sind, können oft nur Lösungen für soziale Probleme versucht werden, die Bearbeitung psychischer Schwierigkeiten wird oft abgelehnt und mit mangelndem Leidensdruck begründet. Bei den der Studienberatung zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Gesprächsberatung ist zudem der Beratungserfolg eine Funktion der sprachlichen Verständigung; je besser, um so erfolgreicher, wie die Fälle 1 und 2 zeigen.

Der unübersehbare Vorteil der Studienberatung ist, daß sie als Informations- und Beratungsstelle nachgefragt ist und durch das Fehlen eines offensichtlichen therapeutischen Anspruchs die Schwellenangst auch therapiefreier Klienten herabsetzt. Bei letzteren hat die Studienberatung die Chance, langsam ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, ein Arbeitsbündnis mit klaren Verabredungen einzugehen, erst die sachlichen und sozialen Probleme anzugehen und, die Bereitschaft des Klienten vorausgesetzt, endlich die psychischen Schwierigkeiten zu bearbeiten.

Es wird durch Erfahrungen von Kollegen der Psychotherapeutischen Beratungsstelle und Aussagen von Ausländern bestätigt, daß über Probleme nur im engsten Familien- und Freundeskreis gesprochen wird.

Besonders schwierig in der Arbeit mit Studenten aus Entwicklungsländern ist deren Wahrnehmung von Beratung und Verwaltungsentscheidungen. Beratung als eigenständige Leistung ohne Entscheidungsbefugnisse ist ihnen oft unbekannt. Es ist für sie schwer zu verstehen, daß jemand, der in der Bürokratie arbeitet und ein eigenes Zimmer mit Schreibtisch, Telefon und Sprechstunden hat, nicht einen Studienplatz oder ein Stipendium vergeben kann. Die Enttäuschung dieser Erwartungen ist hinderlich für den Aufbau eines Vertrauensverhältnisses und des Arbeitsbündnisses, auf das eine Beratung, die

etwas bewirken und verändern soll, beruhen muß.

Eine Diskussion der Ursachen psychischer Störungen ausländischer Studenten muß den Rahmen dieses Praxisberichts sprengen und sollte Ziel weiterer Untersuchungen sein. Aus den Erfahrungen in der Arbeit und aus Gesprächen mit engagierten ausländischen Studenten und Klienten scheinen sich folgende Ursachenbereiche herauszukristallisieren:

»Entwurzelung« (uprooting, untersucht und beschrieben in einer Studie der WHO von Zwingmann, 1983, siehe Anmerkung 1). Entwurzelung bedeutet Abbruch des physischen und sozialeffektiven Kontakts mit libidinös besetzten Objekten, Unterbrechung des kulturellen, kognitiven, sprachlichen Kontakts und der damit verbundenen Gewohnheiten, bedeutet Konfrontation mit einem unbekanntem, indifferentem oder gar feindlichen Milieu. Die Entwurzelung findet in der Regel in einer Phase der Adoleszenz statt, in der sich durch Herauswachsen aus der Familie, Gewinne neuer Wertorientierungen und Notwendigkeit des eigenständigen Zurechtkommens unter weiter bestehender emotionaler und finanzieller Abhängigkeit für die Betroffenen eine besondere Belastung entsteht.

Die Reaktionen auf Entwurzelung reichen von der adäquaten Anpassung an gegebene Zustände ohne tiefere Traumatisierung über die inadäquate Reaktion, die mit Frustration und Leiden verbunden ist, bis zur pathologischen Reaktion, die physische und psychische Erkrankungen nach sich zieht. Die beiden inadäquaten Reaktionsweisen, die Zwingmann unter »Entwurzelung« zusammenfaßt, sind abhängig von verschiedenen Faktoren.

Individuelle Faktoren: psychische und physische Konstitution, Hautfarbe, Sozialisationserfahrungen, Familienbindung, frühe Traumata.

Gesellschaftliche Faktoren des Heimatlandes: Lern- und Schulsystem, Position in der Hierarchie, Zugehörigkeit zu ethnischen oder religiösen Minderheiten.

Gesellschaftliche Faktoren der Bundesrepublik: Institutionelle Einflußnahme, wie Aufenthaltserlaubnis, Visum, Zulassung und sozialpsychologische Faktoren, wie Angst vor Fremden, Diskriminierung etc.

Ob Entwurzelung letztlich zu einem Trauma für den Betroffenen wird oder ob sie seine Fähigkeiten erweitert, ist eine Frage, wie diese Faktoren zusammenspielen. Als Hypothese möchte ich aufstellen, daß dort, wo institutionelle und sozialpsychologische Hemmnisse in der bundesrepublikanischen Gesellschaft auf individuelle, in Familie, Sozialisation oder in der Kindheit des Betroffenen erlebte Defizite stößt, die Wahrscheinlichkeit für eine mißlungene Überwindung der Entwurzelung größer ist. Das ist übrigens bei deutschen Studenten nicht anders, nur haben diese eher eine politische Lobby, tun sich mit Beratung und Therapie nicht ganz so schwer und brauchen vor allem keine Aufenthaltserlaubnis!

4. Möglichkeiten und Grenzen der Intervention innerhalb einer Zentralen Studienberatungsstelle

Hauptsächliches Arbeitsinstrument im Umgang mit den psychischen Problemen der Klienten und deren sozialen Bezügen ist das mindestens einstündige Einzelgespräch. Im Erstgespräch wird versucht, die Problematik herauszuarbeiten und einzugrenzen, Aufmerksamkeit wird gelegt auf das Ausleuchten der Hintergründe in Leben und Familie des Klienten. Danach folgt die Skizzierung einer Beratungsstrategie zusammen mit dem Klienten. Weitere Verabredungen werden getroffen oder offengelassen. Der zeitliche Horizont bewegt sich zwischen 2 und 15 Sitzungen, auch ein langjähriger Kontakt, besonders in Problemabschnitten des Studiums, ist möglich. In schwierigen Fällen wird ein Kollege hinzugezogen, was sowohl Kontroll- als auch Fortbildungseffekte hat.

In Frankfurt gibt es vielfältige Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen. Gemeinsame Beratungen werden durchgeführt mit für psychosoziale Probleme offenen und z. B. auch ausgebildeten Kollegen in den Fachbereichen, die dort Fachberatung machen, und mit Mitarbeitern der Berufsberatung für Abiturienten und Hochschulüler. Hierfür steht ein fester Termin in der Woche zur Verfügung.

Verwiesen werden Klienten an die Studentengemeinden (bei überwiegen der sozialen Problematik) und an das Psychosoziale Zentrum der Flüchtlinge in Frankfurt/Main. Mit diesen Einrichtungen gibt es einen ausführlichen Informationsaustausch, eventuell werden für konkrete Fälle bestimmte Verabredungen getroffen, um beratungsstrategisch in eine Richtung zu arbeiten.

Als gutes Instrument für Informationsaustausch und konkrete gegenseitige Unterstützung haben sich Arbeitskreise der mit Ausländerproblemen befaßten Einrichtungen erwiesen.

Seit 1982 gibt es den Frankfurter Arbeitskreis Ausländerstudium, in dem Vertreter der mit Ausländerstudium befaßten Institutionen mitarbeiten, das sind: Akademische Auslandsstelle, Zentrale Studienberatung, Evangelische und Katholische Studentengemeinde, Studienkolleg, Otto-Benicke-Stiftung, Carl-Duisberg-Gesellschaft und das Ausländerreferat des AStA.

In den ersten Jahren befaßte sich der Arbeitskreis hauptsächlich mit Informationsaustausch und Suchen von Lösungswegen bei besonders schwierigen Beratungsfällen. Als im Zuge immer restriktiverer Maßnahmen gegen Ausländer den Mitgliedern des Arbeitskreises klar wurde, daß sie letztlich auslöffeln mußten, was ihnen andere – politische Instanzen – eingebrockt hatten, beschlossen sie, einen Teil ihrer Aktivitäten auch auf eine politische Ebene zu heben. In Gesprächen mit Landtagsabgeordneten und Ministerialbeamten wurden Themen vertreten und diskutiert, wie Notfonds für ausländische Studenten, Zulassung iranischer Studenten und Verbesserung des Status des Studienkollegs.

Die beschriebene inter-institutionelle Kooperation hat den Mut der einzelnen Mitarbeiter, auch an schwierige psychosoziale Beratungen heranzugehen, gestärkt. Gemeinsame Gespräche über gemeinsame Arbeitsprobleme haben bewiesen, daß die einzelnen Berater nicht allein sind, daß man gemeinsam

Lösungswege suchen und finden kann und daß selbst Experten bei psychischen Problemen ausländischer Studenten oft ratlos sind, aber Phantasie, Einfühlungsvermögen und gemeinsames Nachdenken oft einiges bewirken können.

Ein Versuch, neue Beratungsformen außerhalb des institutionellen Rahmens zu finden, ist die Unterstützung durch die Studienberatung und der Studentengemeinden beim Aufbau eines Internationalen Studententreffpunkts (IST), der ein von ausländischen Studenten selbstverantwortlich getragenes Kommunikations- und Beratungszentrum an der Universität werden soll. Die Mitarbeit erfolgte in Form von Institutionsberatung und Ansprechen und Schulen von Multiplikatoren, also engagierten Studenten, für den Ausländerbereich. Zusammen mit den Studentengemeinden wurden ein Semester lang jeden Donnerstag Abendveranstaltungen zum Thema Ausländerstudium angeboten, um den IST bekannt zu machen, Studenten über ihre eigene Problematik anzusprechen, Informationen zu geben und zur Selbsthilfe anzuregen. Schwierigkeiten bereiten rivalisierende politische Gruppen ausländischer Studenten, die sich gegenseitig ausschließen möchten, die Unsicherheit, ob die vorhandenen Räume gehalten werden können und die Lethargie vieler ausländischer Studenten, die mit Problemen wie Jobsuche oder Prüfungsvorbereitung konfrontiert sind.

Eine andere Form der Bearbeitung psychosozialer Probleme kombiniert mit Studienorientierung wird in der Informationswoche für ausländische Studienanfänger erprobt, die die Studienberatung jedes Semester vor Veranstaltungsbeginn anbietet. Für verschiedene Fächergruppen wird die in der Info-Woche begonnene Arbeit in semesterbegleitenden Arbeitsgruppen fortgeführt. Orientierungslosigkeit, Kommunikationsschwierigkeiten und Ängste werden in der Gruppe thematisiert und durch eine für ein Semester stabile Gruppe begegnet.

5. Forderungen an eine ausreichende psychosoziale Versorgung ausländischer Studenten

Ich versuche zum Schluß, die Fehler und Defizite in der psychosozialen Versorgung ausländischer Studenten zusammenfassend positiv in Form von Postulaten oder Forderungen an die Hochschulen und Politiker der BRD zu formulieren.

- Die theoretische Fundierung des Wissens über psychische Störungen ausländischer Studenten und deren Ursachen muß verbessert werden und die gewonnenen Erkenntnisse müssen durch Fortbildung der betroffenen Berater und Therapeuten in die praktische Arbeit einfließen.
- Dies bedeutet konsequent Bewußtmachung und Fortbildung der Mitarbeiter sämtlicher relevanter Beratungseinrichtungen, auch über einen längeren Zeitraum.
- Dies kann effektiv nur geschehen durch die Schaffung eines regionalen und überregionalen Beratungsverbundes nach dem Vorbild psychosozialer Arbeitskreise und Arbeitsgemeinschaften (vorgeschlagenes Modell der

Psychiatrie-Enquête). Dies gewährleistet zudem Informationsaustausch und Planung gemeinsamer Beratungsaktivitäten zwischen verschiedenen Einrichtungen.

- Die Beratungsaktivitäten müssen ansetzen an bereits vorhandenen Versuchen der ausländischen Studenten zur Selbsthilfe und deren Förderung und Unterstützung einschließen. Dies impliziert, daß in der psychosozialen Arbeit und in dem Begriff von psychischer Störung die Selbstverantwortung und Selbsthilfefähigkeit des Klienten mit einfließen muß. Der Helfer muß sich als Berater, nicht als Betreuer verstehen.
- Zum Schluß sollte betont werden die Notwendigkeit der besseren institutionellen Absicherung des Ausländerstudiums in der BRD. Die Freiheit in der Ausbildung muß auch für ausländische Studenten gewahrt sein, der Aspekt von Entwicklungshilfe im Ausländerstudium muß durch die Möglichkeit der freien Einreise und Studienorientierung für ausländische Studenten aus allen Ländern garantiert werden.
Die Unsicherheit bezüglich Zulassung, Aufenthaltserlaubnis, die Angst vor Schikane von Behörden und ein zunehmend restriktiveres politisches Klima in der Bundesrepublik bleiben ansonsten bedeutsame Faktoren in der Genese psychischer Störungen ausländischer Studenten.

Ulrike Hammer / Mechthild Jansen

Beratung für ausländische Studentinnen in der KHG

Der folgende Praxisbericht wurde von den beiden weiblichen Referenten der KHG Frankfurt verfaßt. Die Autorinnen schildern Ansätze aus ihren jeweiligen Arbeitsfeldern mit deutschen und ausländischen Studentinnen. Sie möchten den Blick darauf lenken, daß jene Arbeitsprojekte aus konzeptionellen Diskussionen entstanden sind, die zum Ziel hatten, die nur auf die Einzelfallhilfe bezogene Beratungstätigkeit zu überwinden. Hiermit soll die Ausländerarbeit innerhalb der KHG aus ihrer »klassischen« Isolation herausgeführt werden. Es werden die ersten Schritte einer Konzeption von interkulturellen Arbeits- und Erfahrungszusammenhängen von und für ausländische sowie deutsche Studentinnen und Studenten beschrieben.

Täglich kommen ausländische Studenten in die KHG und suchen Rat und Unterstützung in Studienfragen, bei finanziellen Notlagen, der Wohnungssuche und persönlichen Problemen. Sie brauchen Rechtsbeistand in aufenthaltsrechtlichen Schwierigkeiten oder bitten um Begleitung beim Gang zur Ausländerbehörde.

Ausländische Studenten verstehen die KHG jedoch nicht *nur* als Beratungseinrichtung und als Institution, die Stipendien vermittelt, Überbrückungsbeihilfen zahlt und bei drohenden Kündigungen mit dem Vermieter verhandelt, sondern auch als Ort der Begegnung, wo gemeinsam diskutiert und politische Arbeit geleistet wird. Sie fragen nach Räumen, in denen sie sich treffen und Feste feiern können, und verstehen die Studentengemeinde als Forum ihrer Belange und Interessen:

Die sozialen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in den Heimatländern werden diskutiert, über Verfolgung und die Situation von Flüchtlingen wird informiert, über die Ursachen von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft gearbeitet. Ausländische Studenten fordern unsere Mitarbeit und finanzielle Unterstützung für Treffen, Seminare und Diskussionsveranstaltungen.

Ausländerarbeit in der KHG – darunter wollen wir mehr verstehen als die sozial-integrative Betreuung.¹ Wichtig erscheint es uns, das Ausländerstudium als Chance der Begegnung und Auseinandersetzung von deutschen und ausländischen Studenten zu sehen und Konzepte für eine inhaltliche Arbeit mit ausländischen Studenten zu entwickeln und auszubauen.

Orientierung und Beratung für ausländische und deutsche Studentinnen – Frauenfragen und Frauenerfahrungen – ein Ansatzpunkt für interkulturelles Arbeiten

Ein besonderes Beratungs- und Orientierungsangebot für ausländische Studentinnen gibt es in der KHG Frankfurt seit dem Sommersemester 1980. Durch Gespräche mit ausländischen Studentinnen, die in die Sprechstunde kamen, und durch die Zusammenarbeit mit Frauen aus anderen Institutionen und Initiativgruppen, die zunehmend die besonderen Probleme von Ausländerinnen in die öffentliche Diskussion brachten, waren wir für diese Fragen sensibilisiert und begannen, an einer Konzeption zur Beratung ausländischer Studentinnen zu arbeiten.

Ein Bedarf für eine besondere Beratung bestand für ausländische Studentinnen sicherlich. Dies zeigte die steigende Zahl von Studentinnen, die sich an uns wandten und deren Fragen und Schwierigkeiten im Rahmen von Einzelfallberatung nicht angegangen werden konnten. Ihnen fehlte z. B. der Austausch mit anderen Studenten oder eine Arbeitsgruppe, in der das Referat oder die Examensarbeit besprochen werden konnte, oder es gab Probleme mit den Kindern.

Bei der Analyse der bestehenden Aktivitäten in den Studentengemeinden, der Diskussionsangebote und Treffpunkte von studentischen Gruppen, des AStA etc. wurde uns deutlich, daß *eine* Gruppe der ausländischen Studenten hier kaum zu finden und noch weniger »zu hören« war: *ausländische Studentinnen*.

In Frankfurt studieren 2600 ausländische Studenten, ein Drittel von ihnen sind Frauen. Dennoch wurden ausländische Studentinnen als eigene Gruppe mit spezifischen Problemen und einem daraus resultierenden Beratungsbedarf von der Universität kaum wahrgenommen.² Schon deutsche Studentinnen haben es schwerer als ihre männlichen Kommilitonen, sich im Wissenschaftsbetrieb durchzusetzen. Die Chancen für ausländische Studentinnen, diesen Prozeß der Anpassung und Durchsetzung im Studienbetrieb zu schaffen, sind aufgrund ihres soziokulturellen Hintergrundes, der jeweiligen Sozialisationsmodelle und der damit verbundenen Rollenzuweisung noch schlechter. Sie haben Angst, in den Seminaren einen Beitrag zu halten, in Vorlesungen Fragen zu stellen, Hochschullehrer anzusprechen. Viele Studentinnen aus den Entwicklungsländern haben auch in massiven finanziellen Notlagen nicht den Mut, sich an die entsprechenden Institutionen zu wenden. Oft stellen sie ihre Probleme sehr zurückhaltend dar, sind unsicherer im Auftreten und weniger beharrlich als ihre männlichen Studienkollegen. Dies hat zur Folge, daß ihre Probleme weniger gravierend erscheinen und sie geringere Unterstützung erfahren, was bei der Durchsicht von Förderungsstatistiken unmittelbar ins Auge springt.

In den Beratungsgesprächen fiel uns auf, daß Studentinnen ihre Deutschkenntnisse häufig als sehr mangelhaft einschätzten und daher zu ihren eigenen Formulierungs- und Sprachfähigkeiten in Examensarbeiten und Referaten wenig Vertrauen hatten.

Für ausländische Studentinnen ist das Problem der Isolation und Kontakt-

armut besonders groß. Ihre soziale Integration in den studentischen Lebenszusammenhang und in die Hochschule ist wesentlich schlechter als die von ausländischen Studenten. Zudem fehlt den Studentinnen oftmals der Rückhalt und der Sozialkontakt in den Nationalitätengruppen. Frauen spielen in diesen Gruppen weitgehend eine marginale Rolle. Es ist für sie aufgrund bestehender Normen- und Wertestrukturen nicht so einfach möglich, über persönliche Fragen, familiäre Schwierigkeiten, Studienprobleme oder Examensängste zu sprechen. Ausländische Studentinnen sind häufig »Kontrollmechanismen« der Nationalitätengruppe oder der Familie ausgesetzt. Dies gibt ihnen auf der einen Seite Schutz und Hilfe in der fremden Kultur, auf der anderen Seite werden ihre Möglichkeiten, Kontakte zu deutschen Student(inn)en zu finden und einen Zugang zum studentischen Lebensumfeld zu bekommen, erschwert.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen und Überlegungen zur Situation und zu den Problemen ausländischer Studentinnen erschienen uns folgende Punkte für eine Orientierungs- und Beratungskonzeption relevant:

- die Beratung muß sich darauf konzentrieren, die isolierte Stellung ausländischer Studentinnen zu durchbrechen,
- die Vermittlung und Herstellung von Kontakten zwischen deutschen und ausländischen Studentinnen muß sowohl hochschulbezogene Probleme als auch Fragen des außeruniversitären Lebenszusammenhangs erfassen,
- die Beratungsarbeit muß an dem frauenbezogenen Erfahrungshorizont und seiner Thematisierung ansetzen, um einen interkulturellen Lernprozeß institutionalisieren zu können,
- neben der themenbezogenen Diskussion muß Raum existieren zum Einbringen persönlicher Probleme und zum Besprechen von studienbezogenen Fragen: z. B. Vorstellen von Examensarbeiten, gegenseitige Hilfestellung bei Prüfungsängsten, Besprechen von Referaten, Austausch von Literatur,
- die gemeinsame Partizipation an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, hochschul- und wissenschaftspolitischen Diskussionen sollten auch unter frauenspezifischen Aspekten betrachtet werden.

Im folgenden sollen die vorstehenden Überlegungen und allgemeinen Orientierungshinweise an zwei Projekten der interkulturellen Arbeit mit Studentinnen verdeutlicht werden:

1. dem deutsch-ausländischen Frauentreff, der von 1980-1984 existierte und
2. an dem Jour-fixe, einer Einrichtung, mit der wir vor zwei Semestern begonnen haben.

1. Deutsch-ausländischer Frauentreff – ein interkulturelles Diskussionsforum

Mit der Einrichtung dieses Treffpunkts wollten wir über das Thema Frauenbewegung und die Situation von Frauen in den verschiedenen Ländern (1. Welt – 3. Welt) deutsche und ausländische Studentinnen in einen gemeinsamen Arbeits- und Diskussionszusammenhang bringen. Ein schwieriger Umstand war zunächst, daß der Diskussionsprozeß, wie er von Frauen an der Hochschule geführt wurde, von ausländischen Studentinnen zurückhaltend

oder ablehnend betrachtet wurde, und auch die Kommunikations- und Verhaltensweisen in »deutschen Frauenzusammenhängen« ihnen fremd waren. Begriffe wie Feminismus, Patriarchat, Sexismus, aber auch die Betonung subjektiver Erfahrungen waren oft von ausländischen Studentinnen negativ besetzt.

Es war unsere Erfahrung, daß ausländische Studentinnen zwar im Einzelgespräch ihre Fragen und persönlichen Probleme einbringen konnten, in einer Gruppe ihnen dies jedoch nur möglich wurde, wenn über einen längeren Zeitraum hin ein Vertrauensverhältnis zu den anderen entstanden war.

Der Ansatz, sich über die verschiedenen Länder zu informieren, Vergleiche zu ziehen, Verschiedenheiten zu diskutieren, vermochte Verständigungsbarrieren abzubauen und ein Klima für gegenseitiges Interesse zu wecken. Wichtig war, daß die Treffpunkte zeitlich nicht limitiert waren und nach dem »offiziellen Teil« – dem inhaltlichen Gespräch – über persönliche Fragen, Beziehungsprobleme, Sozialisationsverläufe, studienbezogene Fragen, Wohnungs- und Jobfragen, aktuelle politische und kulturelle Ereignisse in einem Café oder einer Kneipe weitergeredet werden konnte. Es gelang uns, einen gemeinsamen Lern- und Erfahrungsprozeß zu organisieren, in dem die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen, Werte- und Normensysteme sowie Lebensformen kritisch zur Disposition gestellt wurden.

Die Bewältigung der Probleme, die sich in Examenssituationen stellten, waren ebenso Thema wie das Lernverhalten von Frauen und die Schwierigkeiten von Studentinnen im Wissenschaftsbetrieb. Auch ganz praktische Aufgaben wie Tipphilfe bei Examensarbeiten oder die Unterstützung bei der Organisation des Haushalts, z. B. Einkaufen, Kochen, die Kinder versorgen – wurden angegangen.

Nicht zuletzt konnte über diesen Zusammenhang Stützung in finanziellen Notlagen, Wohnungsfragen und persönlichen oder familiären Konfliktsituationen gegeben werden.

Im Rahmen dieses Zusammenhangs haben wir 14-tägige internationale Frauen-Work-Camps veranstaltet. Das gemeinsame Arbeiten an Frauenthemen in schöner Umgebung, einmal »Weg-von-Frankfurt-Sein«, Ferienmachen mit den Kindern oder das gelungene Experiment, die Arbeitsergebnisse in verschiedenen Theaterdarstellungen zum Ausdruck zu bringen,¹ brachte nicht nur einen Erkenntnisgewinn, sondern für die Teilnehmerinnen eine Erholung und psychische Stabilisierung.

Dieses Projekt hat seinen Abschluß gefunden einerseits durch biographische Gründe (Examensabschlüsse, Rückkehr ins Heimatland etc.), andererseits hat sich das Projekt in einem gewissen Sinne verselbständigt und eigene Formen der Organisation herausgebildet. So ist zum Beispiel die Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen in Frankfurt entstanden, die von einigen Teilnehmerinnen des zuvor geschilderten Projekts mitgetragen wird.

2. Jour-Fixe für ausländische und deutsche Studentinnen – ein Kolloquium zur Examensvorbereitung

Nachdem immer häufiger ausländische und deutsche Studentinnen in die Beratung kamen, um über das Konzept ihrer Examensarbeit sowie über Prü-

fungsvorbereitungen zu sprechen, entstand die Idee, gemeinsam mit einer Lehrbeauftragten ein Kolloquium zur Prüfungsvorbereitung für ausländische und deutsche Studentinnen anzubieten. Angesprochen waren Frauen, die an den gesellschaftlichen Fachbereichen (Pädagogik, Soziologie, Politologie, und Germanistik) studierten.

Wichtig war, daß an dieser Gruppe nicht nur ausländische, sondern auch deutsche Studentinnen teilnahmen.

Sicherlich sind die Problemlagen unterschiedlich, aber gerade in der Examensphase standen alle unter Druck. So gab es hier eine gute Möglichkeit, »ihren Druck« gemeinsam anzugehen und sich gegenseitig zu unterstützen. Die ausländischen Kommilitoninnen hatten hierbei auch die Möglichkeit zu sehen, daß sie mit ihren Problemen bei den Examensvorbereitungen nicht allein waren. Außerdem konnten die Frauen sich gegenseitige Hilfestellung bei sprachlichen Problemen geben, was besonders für die Ausländerinnen wichtig war.

Das Kolloquium sollte drei Funktionen erfüllen:

1. Hilfe bei der Themensuche,
2. Besprechung der Examensarbeiten,
3. Vorbereitung auf die Prüfung (mündlich und schriftlich).

Es stellte sich heraus, daß die meisten Frauen Interesse an sogenannten Frauenthemen hatten. Gerade für die ausländischen Studentinnen bot sich hier eine Gelegenheit, Erfahrungen aus ihren Heimatländern einzubringen, nach Theorien zu suchen und Fragestellungen, die sie in bezug auf Frauenfragen in ihren Heimatländern hatten, zu sichten und aufzuarbeiten.

Ein wichtiger Punkt, der sehr gründlich durchgearbeitet und diskutiert werden mußte, war die Themensuche und -formulierung für die Examensarbeit. Wir gingen nach folgenden Kriterien vor: Worüber möchte ich gerne schreiben? Was für ein Material gibt es? Wie zugänglich ist es (bestimmte Frauenthemen sog. 3. Welt-Länder)? Ist es ausreichend? Was interessiert mich besonders an diesem Thema? Wie weit bin ich persönlich in dieses Thema involviert? Kann eine zu starke emotionale Beteiligung die Arbeitsfähigkeit behindern? Wie grenze ich das Thema ein, damit es nicht ein Jahrhundertwerk wird? Werden nicht gerade ähnliche Arbeiten geschrieben? Wer ist der/die beste Betreuer/in für das Thema?

Es zeigte sich, daß eine Gruppe von Frauen wesentlich kreativer sein kann als einzelne Frauen. Hinzu kam der positive Effekt, daß die anderen Frauen immer wieder nachfragten, wenn etwas nicht klar und eindeutig erschien, so daß die einzelne gehalten war, ihre Gedanken noch präziser zu formulieren. Manchmal stellte sich auch schon auf dieser Stufe heraus, daß ein Thema so nicht zu bearbeiten war.

Die Arbeiten wurden kontinuierlich vorgestellt und es wurde dann gemeinsam darüber diskutiert. Dies geschah entweder kapitelweise oder die Frauen stellten nur die Teile vor, in denen sie für sich Probleme sahen. Dies lag aber ganz im Ermessen jeder einzelnen Frau.

Das Durchsprechen der Arbeiten hatte für alle Vorteile. Zweifellos hatten die Frauen, die die betreffende Arbeit schrieben, am meisten davon. Aber auch die anderen lernten dazu, zum einen, wie eine Arbeit aufgebaut und

strukturiert wird, zum anderen durch die Bekanntmachung neuer Themen. Gerade das Nachfragen der »unwissenden Frauen« führte zu korrekterer Formulierung und saubererer Ausarbeitung. Die Ausländerinnen konnten hier auch mit den deutschen Frauen gemeinsam Sprachprobleme angehen.

Gerade bei der Arbeitsbesprechung stand auch der Aspekt des interkulturellen Arbeitens im Vordergrund. Die deutschen Frauen erfuhren vieles über Frauen und Frauenprobleme der Heimatländer der Studentinnen, die ausländischen Frauen über die Aufarbeitung der Frauenprobleme im Gastland.

Bei der Prüfungsvorbereitung ging es ebenso um Themenfindung, Abgrenzung, Literaturhinweise, Gliederung, Erstellung von Thesenpapieren bis hin zur Simulation der Prüfungssituation. Die zu prüfende Frau wurde von der Gruppe zu ihrem Thema befragt. So war es einmal möglich, freies Sprechen und Formulieren von Antworten zu üben. Dies fiel den ausländischen und deutschen Studentinnen erst besonders schwer, da sie oft zu sehr am Vorbereitungspapier »klebten«. Dabei wurden häufig Lücken und Fehler aufgedeckt, die anschließend noch bearbeitet werden konnten. Nicht zuletzt diente diese Simulation dem Angstabbau vor der Prüfungssituation.

Ein nicht zu unterschätzender Nebeneffekt dieses Kolloquiums war, wie oben bereits erwähnt, der interkulturelle Aspekt, inhaltlich bezogen auf Frauenthemen, sowie das gemeinsame Lernen. Gerade in der Zeit, in der die Abschlußarbeit geschrieben wird und die Prüfung ansteht, ziehen sich viele Studentinnen zwangsläufig aus dem Unibetrieb zurück. Sie arbeiten eher einzeln zu Hause oder in der Bibliothek. Der Kontakt zu anderen Kommilitonen ist dabei oft eingeschränkt. So bot das Kolloquium eine Gelegenheit, kontinuierlich Kontakt mit Frauen in der gleichen Situation zu pflegen, um sich hier gegenseitig Stütze und Ermutigung geben zu können. Auch war es möglich und wurde oft genutzt, gemeinsam formale Prüfungsangelegenheiten (z. B. den Gang zum Prüfungsamt, die Vervollständigung der Unterlagen etc.) zu regeln.

ANMERKUNGEN

- 1 Die Vielfalt der Probleme ausländischer Studenten läßt jedoch wenig Platz für Überlegungen, die über die soziale Betreuung hinausgehen. Finanzielle Schwierigkeiten, die im Studium aufgrund veränderter politischer und wirtschaftlicher Bedingungen im Heimatland und der schlechten Arbeitsmarktlage am Studienort auftreten, haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Durch Devisenausfuhrvorschriften sind iranische Studenten besonders stark betroffen, aber auch für palästinensische Studenten ist dieses Problem aufgetreten. Nicht zuletzt hat die weitere Verschärfung der administrativen, politischen und ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen des Ausländerstudiums zur Verschlechterung der Lage der ausländischen Studenten beigetragen.

- 2 Ein Bewußtsein darüber, daß ausländische Studentinnen besondere Integrations-schwierigkeiten haben und daß sich für sie, die aus der 'cross-culture'-Situation entstehenden Akkulturations- und Sozialisationsprobleme schärfer stellen als für ihre männlichen Kommilitonen, beginnt seit Ende der 70er Jahre in verschiedene Bereiche der Universität einzudringen. In den Diskussionen um Frauenfragen, Frauenstudien und Frauenforschung und in der Forderung nach Frauenlehrstühlen haben Frauen an den Universitäten in Ringvorlesungen, Lehrveranstaltungen und Uni-Frauengruppen auch die Situation von ausländischen Studentinnen zum Thema gemacht. Daß für Ausländerinnen ein besonderer Beratungsbedarf besteht, wurde von Studienberaterinnen auf einer Tagung in Frankfurt 1984 festgestellt. Hier wurde ein Erfahrungsaustausch organisiert.
- 3 Iranische Studentinnen haben diese Idee aufgenommen und in einer iranischen Frauen-Theatergruppe weitergeführt.

Betreuung ausländischer Student(inn)en an den Universitäten Dortmund und Bochum

Fatemeh Serdani / Taber-Moussavi

Ein didaktisches Betreuungskonzept für ausländische Studenten an der Universität Dortmund

Seit ca. 3 Jahren beschäftigen wir uns mit der didaktischen Betreuung ausländischer Studienanfänger an der Universität Dortmund.

Die Notwendigkeit einer solchen Betreuung ergab sich für uns aus der aktuellen Lage ausländischer Studenten, die sich durch Kontaktarmut, Schwierigkeiten bei der Studienplanung und beim erfolgreichen Abschluß von Prüfungen, lange Studiendauer, hohe Studienabbruchsquoten und allgemeine Schwierigkeiten charakterisieren läßt.

Wir bemühten uns zunächst durch die Kooperation mit Abteilungen der Universität Dortmund und dem Akademischen Auslandsamt um eine Einschätzung der Probleme ausländischer Studenten und um die Suche nach Möglichkeiten, wo von Seiten des Hochschuldidaktischen Zentrums am ehesten Abhilfe geschaffen werden könnte. Dabei erwies sich die Studieneingangsphase als besonders problematisch, so daß wir ein Konzept zur didaktischen Betreuung ausländischer Studenten für diese Phase entwickelten.

Dieses Konzept erfaßte folgende Elemente:

- Orientierungsphasen (speziell für ausländische Studienanfänger)
- fachsprachliche Tutorien
- Seminare über Studienplanung
- Wochenendseminare
- abteilungsspezifische Seminare zu den fachsprachlichen Tutorien und allgemeinen Problemen der ausländischen Studierenden in ihren Fachbereichen.

Zu den Seminaren wurden in der Regel alle Betroffenen, die Fachberater, der Ausländerbeauftragte und die Fachschaftsvertreter eingeladen.

Im folgenden soll eine detaillierte Darstellung der Orientierungsphasen und der fachsprachlichen Tutorien erfolgen.

Bericht über die Orientierungsveranstaltungen vom WS 84/85

1. Ausgangslage

Wir haben in unseren Betreuungsarbeiten für ausländische Studierende feststellen müssen, daß der Erfolg bzw. das Versagen der ausländischen Studierenden oft von ihren Anfangsschwierigkeiten abhängt. Z. B.: Ein Informatikstudent – schon im 5. Fachsemester – mußte mit den Erstsemestern zusammenarbeiten und alles von neuem wiederholen, weil er zu Anfang des Studiums nicht genügend beraten worden war. Seine Sprachbarrieren konnte er noch nicht überwinden, da er für eine lange Zeit allein und isoliert im Keller einer Privatwohnung weit entfernt von der Universität gelebt hatte. Er wurde uns durch seinen deutschen Kollegen vorgestellt, der ihn kurz davor kennengelernt hatte und seine Probleme erahnte.

Seit unserem Treffen in der Orientierungsphase arbeitet er mit der Tutoriengruppe für ausländische Studenten in seinem Fach.

Einerseits werden die ausländischen Studenten durch die – verglichen mit ihren deutschen Kommilitonen – größeren Anfangsschwierigkeiten, nämlich persönlichen und sozialen Problemen, vom Studium abgehalten. Auf der anderen Seite konzentrierten sich die herkömmlichen Orientierungsveranstaltungen ausschließlich auf die für deutsche Studierende relevanten Themen; denn die spezifischen Probleme ausländischer Studierender sind den Veranstaltern völlig unbekannt bzw. werden wegen der relativ geringen Anzahl von Ausländern als irrelevant betrachtet.

Angesichts dieser Tatsache entsteht oft ein unbegründetes Ablehnungsverhalten bei den ausländischen Studienanfängern, die die Orientierungsveranstaltungen besuchen. Hinzu kommt, daß viele über wichtige Termine oft nicht Bescheid wissen.

Um erstens mehr ausländische Studienanfänger für herkömmliche Orientierungsphasen zu gewinnen und zweitens in diesen Veranstaltungen mehr ausländerrelevante Themen anbieten zu können, wurde folgendes getan:

1. Jeder Student erhielt im Akademischen Auslandsamt mit der Einschreibung eine Liste der wichtigsten Termine.
2. Während der Vorbereitungen für die Orientierungsphasen durch Fachschaften führten wir mit den Teams und Fachschaften jeder Abteilung ein grundsätzliches Gespräch über die Gestaltung der Orientierungsveranstaltungen (Ideenkonzept: »Orientierungsphase mit ausländischen Studenten«), was die Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der ausländischen Studienanfänger betrifft.

2. Einführungsveranstaltungen

In 6 Abteilungen (Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauwesen, Raumplanung, WiSo und Informatik) wurde während der Orientierungsphase den ausländischen Studienanfängern eine Informationsveranstaltung angeboten.

Zu diesen Veranstaltungen sind Fachschaftsvertreter, der fachsprachliche

Tutor und der Ausländerbeauftragte eingeladen worden.

Zum Gespräch standen folgende Programmpunkte:

- Vorstellungen aller Teilnehmer.
 - Sinn des Treffens (generelle Bejahung der gemischten O-Phase durch Fachschaften mit integrativem Charakter).
 - Spezielle Fragen und Probleme der ausländischen Studierenden.
 - Erfahrung der Studenten in der bisherigen Orientierungsphase (Inhalte, Defizite, Kontakte).
 - Hinweis auf die naheliegenden Angebote für ausländische Studenten.
 - Thema »Studienschwierigkeiten und gemeinsames Lernen« (Hinweis auf fachspezifische Tutorien und studienbegleitende Sprachkurse).
 - Ansprechpartner:
Studenten, Fachschaft, Fachstudienberater, Assistenten, Professoren, Zentrale Studienberatungsstelle.
 - Kontaktmöglichkeiten (z. B. Hinweis auf allgemeinen Hochschulsport).
- Eine fächerübergreifende Orientierungsveranstaltung fand zum Thema *Studienberatung und Lerntechniken* statt. Mit dem Schwerpunkt »von älteren ausländischen Studenten lernen« haben die Studenten ihrer Fachrichtung entsprechend in Kleingruppen gearbeitet.
- Einführungswochenende in Willebadessen mit Vertretern des Akademischen Auslandsamts, der zentralen Studienberatungsstelle, des Hochschuldidaktischen Zentrums und der Studentengemeinde.
- An dieser Veranstaltung nahmen ausländische Studenten aller Semester teil, um Kontakte zwischen älteren und Erstsemesterstudenten zu erleichtern.

3. Vergleichender Rückblick auf die Orientierungsphase im WS 84/85

Im WS 83/84 haben wir zum ersten Mal versucht, anhand einer kurzen Abhandlung die spezifischen Anfangsprobleme von ausländischen Studenten in Form eines Ideenkonzepts als »Orientierungsphase mit ausländischen Studenten« den Fachschaften einzureichen.

Es hat sich jedoch gezeigt, daß allein dieses Papier nicht zu großer Resonanz führte.

4. Auswertung der Orientierungshilfen im WS 84/85

Trotz aller Bemühungen kamen wenige ausländische Studienanfänger zu den Orientierungsphasen. In unseren Einführungstreffen konnten wir feststellen, daß

- sie über die wichtigsten Termine nicht genügend Bescheid wußten,
- ihre Anfangsprobleme so verschiedenartig und groß waren, daß sie nicht dazu kommen konnten, im gegebenen Zeitraum »etwas mehr« zu unternehmen (dazu kam sicherlich auch die Verwirrung der Anfangsphase im Großbetrieb Universität),
- ein noch größerer Teil der ausländischen Studenten Sprachprobleme hat, wobei die Ausländer zweiter Generation eindeutig die zusätzlichen Ange-

bote für ausländische Studenten mehr begrüßten und besser besuchten (sowohl im Bereich der Orientierungsphase als auch der Tutorienarbeit der fachübergreifenden Aktivität).

5. Tutorienarbeit

Als Konsequenz des hochschuldidaktischen Projekts »Als Ausländer in Dortmund studieren« bemüht sich das HDZ in jedem Semester um die Initiierung von speziellen Tutorien für ausländische Studenten in Fachbereichen mit hohem Ausländeranteil. Die Zielsetzung derartiger Tutorien besteht darin, den ausländischen Studenten bei ihren mannigfaltigen Schwierigkeiten in den Anfangssemestern behilflich zu sein und die als notwendig erachtete Zusammenarbeit zwischen den Studenten auch außerhalb dieser Tutorien zu fördern.

Die Tutorien existieren in folgenden Fachbereichen: Informatik, Maschinenbau, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bauwesen, Elektrotechnik, Raumplanung. Sie werden von den beteiligten ausländischen Studenten mit großer Regelmäßigkeit besucht, was häufig ein besseres Abschneiden in Prüfungen zur Folge hat.

6. Betreuung und Beratung für Tutoren

Die Tutoren, die als Betreuer dieser speziellen Tutorien für ausländische Studenten fungieren, werden vom HDZ beraten und betreut. Dies erfolgt sowohl im persönlichen Beratungsgespräch mit den entsprechenden Beauftragten des Hochschuldidaktischen Zentrums als auch im Tutorentaining durch das HDZ.

Der jeweilige Tutor ist dazu verpflichtet, am Ende des Semesters einen Arbeitsbericht zu schreiben. Dies wird ergänzt durch eine Auswertungssitzung gegen Semesterende, zu der der einzelne Tutor, die beteiligten ausländischen Studenten, der Ausländerbeauftragte der Abteilung, Fachschaftsvertreter und ein Vertreter des AAA und des HDZs geladen wurden.

Annette Wolff
**Prophylaxe von Studienschwierigkeiten und
 psychosozialen Problemen bei ausländischen
 Studenten in Bochum**

Rahmenbedingungen

Von den ca. 30000 an Ruhr-Universität (RUB) und Fachhochschule Bochum eingeschriebenen Studenten kommen etwa 2000 aus dem Ausland, vorrangig aus den Ländern: Türkei, Iran, Griechenland, Süd-Korea, VR China, Indonesien, Jugoslawien u. a. Besonders stark frequentiert werden von ihnen lt. Uni-Statistik die Fächer Elektrotechnik, Maschinenbau, Germanistik, Wirtschaftswissenschaften und Medizin.

Der Anteil der sogenannten Bildungsinländer – also der ausländischen Studienbewerber mit deutschem Abiturzeugnis – ist in den letzten Jahren erheblich und stetig gestiegen. An der RUB liegt er derzeit zwischen 30 und 40 %.

Psychosoziale Beratung im Umfeld

Ausländische Studenten haben mit einer Vielzahl spezifischer Probleme zu kämpfen, die das Studium zusätzlich erschweren. Die bisher relativ geringe Inanspruchnahme der Studienberatung läßt u. a. darauf schließen, daß die traditionelle institutionsbezogene Beratung nicht der Motivations- und Bedürfnisstruktur ausländischer Studenten entspricht. Aufgrund dieser Annahme hat sich das Bochumer Studienbüro (allgemeine und psychologische Beratungsstelle für Studierende an der RUB) zu einem Versuch entschlossen. Zum Sommer '84 wurde ein Projekt mit zwei ABM-Stellen eingerichtet, dessen Ziel der Aufbau und die Erprobung eines umfeldbezogenen Beratungsangebotes »mit niedriger Schwelle« sowie die Werbung und Anleitung von Gastfamilien für ausländische Studienanfänger ist.

Vorsichtige kontinuierliche Kontaktaufnahme, personelle Kontinuität und ständige Präsenz im sozialen Umfeld sind entscheidende Voraussetzungen, um überhaupt ein von den Betroffenen akzeptiertes Beratungsangebot allmählich schaffen zu können. Das heißt für die Projektmitarbeiter z. B.:

- Anwesenheit bei der Einschreibung
- Einführungsveranstaltungen im Studienkolleg
- Teilnahme an und Mitgestaltung von Veranstaltungen des Ausländerreferats, der ESG und KSG, des Vereins »Hilfe für ausländische Studierende e. V.«, der ausländischen Studentenvereine u. a.
- Teilnahme an und Mitgestaltung von Seminaren der Otto-Benecke-Stiftung u. a.

Als Erweiterung des allgemeinen und psychologischen Beratungsangebots

des Studienbüros werden seit Anfang '85 regelmäßig offene Sprechstunden in einem der größten Studentenwohnheime und im Studienkolleg angeboten.

Die Fragen und Anliegen der Ratsuchenden bewegen sich in einem breiten Spektrum von

- ausländerrechtlichen Problemen
- Zulassungsfragen
- Anerkennung von Qualifikationen aus dem Heimatland
- Studienfachwechsel
- Arbeitsstörungen, Prüfungsängsten und Prüfungsversagen
- Kontaktschwierigkeiten
- Problemen in binationalen Partnerschaften

bis hin zu massiven psychischen Störungen.

Bedingungsvariablen für diese Problemkreise können sein:

- Unterschiede der Lehr- und Lernsysteme im Heimatland im Vergleich zu westdeutschen Bildungseinrichtungen
- mangelhafte Kenntnisse über Studieninhalte und -verlauf
- besonders zu Beginn: gravierende Sprachprobleme
- Defizite in Lern- und Arbeitstechniken
- relative Isolation (geringer Kontakt zum Lehrkörper und zu deutschen Kommilitonen)
- geringe Möglichkeit, das Wunschfach zu studieren
- Ausländergesetzgebung und herrschende Ausländerfeindlichkeit
- Selbstwertprobleme
- soziale Ängste

In den meisten Fällen häufen sich die Schwierigkeiten der einzelnen, so daß es für die Projektmitarbeiter notwendig ist, Kontakte zu anderen Institutionen herzustellen bzw. diese zu Rate zu ziehen. Nach und nach hat sich so ein Netz der Zusammenarbeit entwickelt mit inner- und außeruniversitären Einrichtungen, Gruppen und Einzelpersonen, die mit den Problemen ausländischer Studenten befaßt sind.

Koordinationsarbeit

Neben Einzelberatungen im Hause und vor Ort sind Koordinationsaufgaben sowie die Kooperation mit den verschiedenen Institutionen dementsprechend ein notwendiger Bestandteil der Projektarbeit geworden. Um das Beratungsangebot sinnvoll zu koordinieren und gegebenenfalls zu erweitern, wurden ständige Arbeitsgruppen eingerichtet.

Mitarbeiter von ESG/KSG, des Ausländerreferats, Studienbüros, der FH Bochum, des Vereins »Hilfe für ausländische Studierende e. V.«, des Akademischen Auslandsamts der RUB und des Studienkollegs treffen sich zum Informationsaustausch, zur Diskussion neuerer Entwicklungen und Planung gemeinsamer Aktivitäten. Die Anliegen dieser Gruppen liegen u. a. darin, die Öffentlichkeit auf die Situation ausländischer Studenten an der RUB aufmerksam zu machen und ein breites Netz der Zusammenarbeit für die Hilfe jedes einzelnen aufzubauen.

Gastfamilien für ausländische Studenten

Dieses Projekt soll dem ausländischen Studienanfänger eine Hilfe beim Einleben in den für ihn fremden Kultur- und Sozialkreis bieten, der Orientierungslosigkeit und Isolation entgegenwirken.

Im WS 84/85 begann die Suche nach geeigneten Familien über Pressemitteilungen, Plakate und Handzettel. Es meldeten sich 15 Familien und Einzelpersonen, die einen Gast während des ersten Semesters begleiten wollten. Die Motivation der einzelnen Familien ist sehr unterschiedlich. Die einen wollen 'etwas Gutes tun', andere erhoffen sich, ihre eigenen Fremdsprachenkenntnisse aufzubessern oder haben Interesse an einem ganz bestimmten Kulturkreis.

Die Anwerbung von Gaststudenten erfolgte durch Plakat- und Flugblattaktionen in der Uni und in Studentenwohnheimen, aber noch stärker durch persönliche Ansprache während der Einschreibungszeiten und durch Bekanntmachung in Veranstaltungen des Studienkollegs und der Deutschkurse des AStA bzw. über das Akademische Auslandsamt. Das Interesse der Studenten (es meldeten sich über 30), an diesem Projekt teilzunehmen, ist zunächst in der Kontaktsuche zu Deutschen und in der angestrebten Verbesserung ihrer Sprachkenntnisse zu sehen. Viele Studenten berichteten uns, wie schwer es doch für sie sei, in deutschen Studenten Freunde zu finden. Sie haben diese Möglichkeit begeistert angenommen.

Der erste Kontakt zwischen Student und Familie fand im Studienbüro bzw. in der Familie statt. Studenten und Familien planten dabei je nach Interesse gemeinsame Aktivitäten von Theater- und Museenbesuchen über Rad- und Wandertouren bis zu gemeinsamem Kochen und »gemütlichem Beisammensein« im Familienkreis.

In den drei Mitarbeitern des Studienbüros, die dieses Projekt leiten, finden Familien und Gaststudenten Unterstützung bei evtl. auftretenden Fragen und Schwierigkeiten. In Kürze soll ein Treffen stattfinden, um Erfahrungen auszutauschen und Anregungen für die weitere Arbeit zu sammeln.

Da nicht alle interessierten Studenten in eine Familie vermittelt werden konnten, trafen sich die »Übriggebliebenen« mit den Projektmitarbeitern, um sich gegenseitig ihre Erfahrungen auszutauschen oder um gemeinsam etwas zu unternehmen.

Erfahrungen nach einem Jahr

Durch die Projektarbeit ist das Studienbüro zwar bekannter, auch für ausländische Studenten eine Anlaufstelle geworden, wobei jedoch der Wunsch nach konkreten und praktischen Hilfen dominiert. Die Form professioneller psychologischer Beratung stößt dagegen auf Unverständnis, so daß Umdenken und Flexibilität vom Berater gefordert sind. Hinzu kommen Verständnisschwierigkeiten durch Sprache, Normen, Werte und Verhaltensmuster.

Die Beratungstätigkeit gerät schnell an ihre Grenzen, denn es können lediglich im Einzelfall Hilfestellungen gegeben werden. Schon diese »kleine«

Unterstützung setzt aber voraus, daß die Studenten ein besonderes Vertrauen zu den Projektmitarbeitern haben. Mundpropaganda spielt daher eine große Rolle. Das zeigt aber auch, daß die Kontinuität eines solchen Projektes und der Beratungspersonen erst den Erfolg der Beratungstätigkeit sichern können.

Das Angebot »Gastfamilien«, das die Projektmitarbeiter zunächst mit einer Portion Skepsis vorbereiteten, wurde vermutlich deshalb so begeistert aufgenommen, weil die meisten ausländischen Studenten kaum engeren Kontakt zu Deutschen und noch seltener Freunde finden.

Die Prophylaxe der aufgezeigten Schwierigkeiten ausländischer Studenten, die oft noch einhergehen mit einer finanziellen Notlage, erfordert ohne Frage eine umfassende Herangehensweise, d. h. eine Verknüpfung und Koordination von individuellen Beratungsangeboten und fachspezifischen Einführungsveranstaltungen. Doch lassen alle diese sicher sinnvollen Ansätze nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das politische Klima gegenüber Ausländern in der Bundesrepublik und die restriktive Gesetzgebung zunehmend verschärfen. Alle Aktivitäten im Rahmen des Projekts können somit lediglich ansatzweise helfen. Letztendlich können aber nur durch ein Zusammenwirken der politischen Kräfte sowie der mit Problemen ausländischer Mitbürger befaßten Personen und Institutionen entscheidende Verbesserungen herbeigeführt werden.

Orientierungsmaßnahmen für ausländische Studenten am Beispiel der Universität Marburg

Martina Haun

Bericht über die Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger

1. Ausgangssituation

1.1 Zur Situation ausländischer Studienanfänger

Die Aufnahme eines Studiums stellt in aller Regel einen grundlegenden Einschnitt in der Biographie dar. Schon der deutsche Studienanfänger ist mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert. Er muß sich in einer fremden Umgebung selbständig zurechtfinden, er muß sich ein Zimmer oder eine Wohnung suchen, er muß neue Lebens- und Arbeitszusammenhänge, andere Arbeitsweisen und Umgangsformen kennenlernen. Für ausländische Studierende, die erstmals ein Studium an einer westdeutschen Universität aufnehmen, potenzieren sich solche Schwierigkeiten: Sie sind nicht nur in einer anderen Umgebung, sondern vielfach mit einer ihnen fremden Kultur, mit fremden Umgangs- und Verhaltensweisen, mit einem anderen »Lernklima« und mit neuen, vielfach unverständlichen Arbeitsanforderungen konfrontiert. Hinzu kommt die fremde Sprache, die sich auch bei guter bis sehr guter Beherrschung noch häufig genug als Hindernis bei der selbständigen Orientierung in der Stadt und Hochschule erweist. Schließlich ist oft noch ein komplizierter Hindernislauf durch außeruniversitäre Institutionen notwendig; Vorbehalte der einheimischen Bevölkerung gegenüber Ausländern erschweren u. U. die ohnehin schwierige Zimmer- und Wohnungssuche.

Wenn schon für deutsche Studienanfänger die Gestaltung des Übergangs in die neue Umgebung mit entscheidend dafür ist, ob ein Studium effektiv und erfolgreich absolviert werden kann und inwieweit die Studienanfänger die Möglichkeiten, die ein Studium bietet, bewußt zu nutzen in der Lage sind, so gilt dies in noch weit höherem Maße für die ausländischen Studienanfänger. Die bestehende Unsicherheit zu Studienbeginn führt dann sehr häufig dazu, daß sich die Ausländer ihre Kontaktpersonen vorwiegend in der eigenen Nationalitätengruppe suchen. Eine Ghettoisierung wird damit gefördert. Die Weitergabe von Informationen, das Austauschen persönlicher Erfahrungen und Problemlösungsmöglichkeiten ist davon beeinflußt.

1.2 Ziel der Darstellung

Im folgenden soll die Entwicklung einer Konzeption zur Betreuung ausländischer Kommilitonen in der Studieneingangsphase in Marburg dargestellt werden. Die konkrete Entscheidung darüber, was und wie man Unterstützung für ausländische Studienanfänger anbietet, ist sicherlich abhängig von der Situation an der jeweiligen Hochschule, der Zahl der ausländischen Studienanfänger, der Bereitschaft der Betreuer usw. Die Darstellung der Entwicklung in Marburg soll hier als Anregung dienen.

2. Die Entwicklung eines Konzepts für die Betreuung ausländischer Studienanfänger

2.1 Allgemeine Zielsetzung

Aus den Problemlagen für ausländische Studienanfänger (vgl. 1.1) ergeben sich drei große Aufgabenbereiche in der Studieneingangsphase:

1. Förderung der emotionalen und sozialen Integration, welche das Einleben in einer fremden Stadt, einem fremden Land mit mehr oder minder unbekannter Kultur erleichtert.
2. Hilfestellung bei der Ausführung aller notwendigen Formalitäten.
3. Die Einführung in die Institution Universität, d. h. neben einer räumlichen Orientierung die Vermittlung inhaltlicher Studienzusammenhänge und formaler Anforderungen (z. B. Studienaufbau) sowie die Erläuterung des institutionellen Aufbaus der Universität unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten der Interessensvertretung ausländischer Studenten.

2.2 Zur Betreuungsform »Orientierungseinheit (OE)«

Orientierungseinheit (OE) ist die Bezeichnung für Blockveranstaltungen mit gegliedertem Programm, die unmittelbar vor oder zu Semesterbeginn durchgeführt werden und bei denen – hauptsächlich durch die Arbeit in Kleingruppen – versucht wird, eine verbesserte Orientierung im Hochschul- und Studienbetrieb sowie die soziale Integration der Studienanfänger zu fördern.

Orientierungseinheiten sind keine spezifische Form für die Betreuung ausländischer Studienanfänger, sondern haben eine lange Geschichte und werden als Angebot für deutsche Studienanfänger an sehr vielen Universitäten durchgeführt (vgl. dazu z. B. M. Köhne / R. Osolnek, Orientierungseinheiten. Eine Dokumentation. Hamburg 1983).

Auch in Marburg finden schon seit Mitte der siebziger Jahre an vielen Fachbereichen regelmäßig zu Semesterbeginn Orientierungseinheiten statt. Die Beteiligung von ausländischen Studienanfängern war dabei immer möglich.

In der Praxis ist aber festzustellen, daß sprachliche, psychosoziale sowie eine andere kulturelle Sozialisation (z. B. die Hemmschwelle, die es zu überwinden gilt, wenn ein ausländischer Studienanfänger als Einzelner sich in eine Gruppe deutscher Studenten integrieren möchte) dazu führen, daß von den ausländischen Studienanfängern häufig auf die Teilnahme verzichtet wird. Ein weiterer Grund für die mangelnde Beteiligung von Ausländern an Orientierungseinheiten der Fachbereiche sind die zusätzlichen Anforderungen, die auf viele ausländische Studienanfänger genau zu Studienbeginn zukommen und die sich als zeitliche Mehrbelastung auswirken.

Der Gedanke liegt also nahe, *vor* den Orientierungseinheiten an den jeweiligen Fachbereichen eine eigene Orientierungseinheit für alle ausländischen Studienanfänger durchzuführen. Dabei ersetzen die Orientierungseinheiten für ausländische Studienanfänger nicht die Fachbereichs-Orientierungseinheiten, sondern sind eine wichtige und sinnvolle, vorgeschaltete Ergänzung. Beide Orientierungsprogramme bilden eine Einheit.

Die Umsetzung der unter 2.1 formulierten Ziele ist in Form einzelner Beratungsgespräche nicht leistbar. Gerade die geforderte »emotionale und soziale Integration« zeigt die Grenzen eines im formalen Rahmen stattfindenden Beratungsgesprächs auf. Notwendig ist zusätzlich die Schaffung persönlichen Kontakts sowohl zu anderen Ausländern als auch zu deutschen Kommilitonen, die Entwicklung von Möglichkeiten eines gemeinsamen Erfahrungsaustausches und die Erarbeitung von gemeinsamen Problemlösungen; zu überwinden ist die Vereinzelnung der ausländischen Studienanfänger.

Dafür stellt die Betreuung in Kleingruppen mit deutschen und ausländischen Teamern (Studenten höherer Semester) die angemessene Form dar. Durch die Arbeit in Kleingruppen ist es möglich, den ausländischen Studenten sowohl die sachlich notwendigen Informationen zu vermitteln und ihnen konkrete Hilfestellungen (z. B. bei der Erledigung von Formalitäten: dem Gang zur Ausländerbehörde, Meldebehörde, Gesundheitsamt, Einschreibung etc.) zu geben als auch den »emotionalen Schutzraum« zu bieten, der es dem einzelnen erleichtert, seine Unsicherheiten zu überwinden. Im kleinen Kreis können Fragen direkt gestellt und konkrete Bitten geäußert werden, die unter anderen Umständen vielleicht gar nicht artikuliert worden wären. Dabei ist auch von Bedeutung, daß die Ansprechpartner und Kontaktpersonen keine Institution verkörpern, sondern eben Kommilitonen sind. Ein weiterer Vorteil der Kleingruppe ist, daß sie nicht gezwungen ist, Ausländer als Gruppe zu pauschalisieren, sondern die nationale, kulturelle, soziale und individuelle Differenzierung erlaubt. Die Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger ist damit ein Teil des auf Marburger Verhältnisse zugeschnittenen zweistufigen Einführungsprogramms, wobei im ersten Teil die ausländerspezifischen Probleme, im zweiten Teil, den üblichen Fachbereichs-Orientierungseinheiten, die fachspezifischen Aspekte im Vordergrund stehen.

Bei der Entwicklung der Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger konnte auf die Erfahrungen in vielen OEs zurückgegriffen werden, wie sie z. B. in der Broschüre »Baukasten für Orientierungseinheiten« (herausgegeben von der Zentralen Arbeitsstelle für Studienorientierung und -Beratung (ZAS) der Philipps-Universität, Marburg 1983) zusammengefaßt worden sind.

Allgemeine Bestandteile dieses Konzepts wurden mit den für Ausländer spezifisch notwendigen Informationen und Anforderungen kombiniert und zu einem verbindlichen Leitfaden zusammengefaßt. Mit diesem Programm wird gewährleistet, daß eine umfassende und gleiche Informationsmöglichkeit in allen Kleingruppen besteht und es nicht den einzelnen Teamern oder dem Zufall überlassen bleibt, ob die ausländischen Kommilitonen in der zur Verfügung stehenden Zeit die für sie notwendigen Informationen tatsächlich bekommen.

3. Planung und Durchführung der Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger

3.1 Organisatorische Voraussetzungen

Das in Marburg entwickelte und durchgeführte Programm ist Ergebnis der guten Zusammenarbeit der Zentralen Arbeitsstelle für Studienorientierung und -Beratung (ZAS) und des Akademischen Auslandsamts der Philipps-Universität. Während das Akademische Auslandsamt insbesondere die inhaltlichen Punkte des Programms vorgibt – anhand der Erfahrungen aus der täglichen Beratungspraxis im Akademischen Auslandsamt wurde festgelegt, »was« vermittelt werden sollte –, übernimmt die ZAS die didaktische Ausformung und Umsetzung des Programms – insbesondere das »wie«.

Das Zusammenwirken dieser beiden Abteilungen ist die Basis, von der aus ein »Beratungsassistent« (= nebenberuflich tätiger Student in der Studienberatung) in enger Zusammenarbeit mit beiden Stellen die organisatorische Planung und Durchführung der Orientierungseinheit gewährleisten kann. Die umfangreiche und vielfältige Arbeit des Beratungsassistenten erfordert sowohl Interesse an der Sache als auch starken persönlichen Einsatz.

Die Tauglichkeit eines Konzepts erweist sich in der Praxis. Es ist von daher auch nicht statisch, sondern es entwickelt sich weiter. Im Laufe der »Marburger Erfahrungen« von nun 8 Semestern haben sich jedoch die bisher genannten Leitlinien einer zielgruppenorientierten Arbeit mit ausländischen Studienanfängern grundsätzlich bewährt. Die detaillierte Ausgestaltung hat sich hingegen von Orientierungseinheit zu Orientierungseinheit weiterentwickelt.

3.2 Vorbereitung und Durchführung der Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger

Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung einer Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger und deren kontinuierliche Weiterentwicklung erfordert folgende Schritte:

- Die Erstellung eines Maßnahmeplans.
- Ein Vorbereitungsseminar für die studentischen Teamer.
- Die Erstellung eines detaillierten Programmes für den Ablauf der Orientie-

- rungseinheit, das aus vorangegangenen Erfahrungen beständig überprüft und weiterentwickelt bzw. auf veränderte Bedingungen zugeschnitten wird.
- Die Entwicklung eines Leitfadens zur Auswertung der Orientierungseinheit.
 - Ein Auswertungstreffen mit Teamern und Teilnehmern.
 - Ein Auswertungstreffen mit den Teamern.

3.2.1 Maßnahmeplan zur Durchführung einer Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger im Sommersemester / Wintersemester

- | | |
|-------------------------------------|--|
| 1. Ende Oktober /
Ende April | Auswertungstreffen der vorangegangenen OE mit Beteiligung von Teamern und Teilnehmern |
| 2. Anfang November /
Anfang Mai | Auswertungstreffen nur mit den Teamern |
| 3. November / Mai | Festlegung der Termine für das Vorbereitungsseminar, die Info-Woche, das Auswertungstreffen |
| 4. Ende November /
Ende Mai | Entwurf für das Programm des Vorbereitungsseminars und das Programm der OE |
| 5. Anfang Dezember /
Anfang Juni | Festlegung des Ortes für das Auswertungstreffen; Termin- und Programmabsprache mit Hochschullehrern, UB, Studentenwerk, ausländischen Studentenvereinen; Festlegung des Termins und der Räumlichkeiten für das Freundschaftsfest |
| 6. Anfang Juni /
Dezember | Diskussion des Programmes für das Vorbereitungsseminar für die Teamer und Diskussion über die geplante OE anhand des Entwurfs. |
| 7. Januar /
Mitte Juni | Fertigstellung der Programme |
| 8. Februar /
September | Kontrolle der unter 5. getroffenen Terminabsprachen und Programmabsprachen |
| 9. Februar /
September | Endgültige Regelung der gesamten Organisation der OE |
| 10. Anfang März /
Ende September | Zusammenstellen der Informationsmappen für die Teilnehmer einschließlich der Aktualisierung der Informationen:
Mappeninhalte:
- Stadtplan
- DAAD-Info
- Meldebogen für das Einwohnermeldeamt
- Merkblatt für ausländische Studierende
- Veranstaltungskalender der Stadt
- Programm für Hochschulort
- Beratungskalender |

- Liste mit Hilfestellungen zur Wohnungssuche
 - Liste mit Einkaufsmöglichkeiten
 - Liste mit Kultur- und Freizeitangeboten
 - Liste mit »Tips für Studenten«
(Billige Möbel, Mitfahrgelegenheiten etc.)
11. Anfang März /
Ende September Erfassen der Anmeldungen der ausländischen Studenten
12. Einen Tag nach der Auswertung der OE in den Kleingruppen im gemütlichen abgeschlossenen OE-Rahmen:
Anfertigung von Kurzprotokollen über den Verlauf der OE

3.2.2 Vorbereitungsseminar für die studentischen Teamer

Das Vorbereitungsseminar dient der inhaltlichen und organisatorischen Qualifizierung der Teamer. Die Teamerinnen und Teamer nehmen eine besondere Rolle innerhalb ihrer zukünftigen Kleingruppen ein und haben eine besondere Verantwortung hinsichtlich einer erfolgreichen Durchführung der Orientierungseinheit. Die damit verbundenen Anforderungen müssen von daher auf dem Vorbereitungsseminar thematisiert werden.

Zielsetzung des Vorbereitungsseminars:

- Vorbereitung auf die Gruppensituation (Gruppenleben mit Teilnehmern unterschiedlicher Kulturen, unterschiedlicher Sprachkenntnisse, unterschiedlicher Erfahrung und Sozialisation etc.)
- gegenseitiges Kennenlernen, um Vertrauen unter den Teamerinnen und Teamern zu entwickeln, das nicht zuletzt der gegenseitigen Unterstützung dient
- Vertrautmachen mit der Situation und den Problemen ausländischer Studienanfänger
- Abklärung aller zu behandelnden Themen einer Orientierungseinheit, wie Fragen der Sprachprüfung, aller Amtsfomalitäten, Immatrikulation, universitärer Aufbau, Beratungseinrichtungen, des Wohnens, der Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten etc.
- Diskussion des genauen inhaltlichen und organisatorischen Ablaufs der OE

Das Vorbereitungsseminar findet zweitägig unmittelbar vor der Orientierungseinheit statt.

3.2.3 Detaillierte Zielsetzung und inhaltliche Bestandteile der Orientierungseinheit

- 1.1 Vermittlung eines überschaubaren sozialen und personellen Bezugsrahmens
- 1.2 Thematisierung des Vergleichs zwischen bisheriger und neuer Umgebung
- 1.3 Orientierung auf das selbständige kompetente Verhalten und Bewegen in der unmittelbar neuen Umgebung

- 1.3.1 Kennenlernen wichtiger Orientierungspunkte der Stadt, wichtiger Behörden und Institutionen.
Das Erlangen von Selbstsicherheit im Umgang mit Behörden und Institutionen.
Informationen über Möglichkeiten der Freizeitgestaltung
- 1.3.2 Kennenlernen wichtiger Orientierungspunkte der Universität
Vermittlung wichtiger Informationen über die Fachbereiche und wichtige Bezüge innerhalb des Aufbaus der Universität
Vermittlung und Information wichtiger Beratungseinrichtungen in bezug auf das eigene Studium
Selbstsicherheit im Umgang mit Kommilitoninnen und Kommilitonen und bundesdeutschen Studiengruppen
- 1.3.3 Informationen über Angebote des Akademischen Auslandsamtes
- 1.4 Vermittlung eines historischen Verständnisses von der neuen kulturellen und politischen Umgebung
- 1.5 Thematisierung der sozialen Grundversorgung
Vermittlung von Informationen über die finanzielle Absicherung
Vermittlung von Informationen über das Wohnen und Einkaufen
- 1.6 Vermittlung von Informationen über die Interessensvertretungsorgane der ausländischen Studenten, der ausländischen Vereine und Initiativen

3.2.4 Durchführung der Orientierungseinheit für ausländische Studienanfänger

- Begrüßungsveranstaltung bei Kaffee und Kuchen
Die Studienanfänger werden vom Präsidenten oder Vizepräsidenten der Universität, dem hauptamtlichen Betreuer des Akademischen Auslandsamtes und den studentischen Teamern in einer möglichst warmen Atmosphäre begrüßt
- Einteilung der Studienanfänger in Kleingruppen und erstes Kennenlernen.
Diese erste Phase der Gruppenarbeit ist sehr wichtig für den weiteren Verlauf der OE. Durch das gegenseitige Kennenlernen, die Schaffung der Grundlage eines Vertrauensverhältnisses sollen Hemmschwellen abgebaut werden und die Studienanfänger sollen sich aufgehoben fühlen können.
Sie haben die Möglichkeit, erste Fragen zu stellen, der Ablauf der Woche wird besprochen, und es erfolgt die Einweisung in die vorübergehenden Übernachtungsmöglichkeiten für die Studienanfänger, die noch kein Zimmer haben.
- Thematisierung des Vergleichs zwischen bisheriger und neuer Umgebung (wie z. B. durch Erzählungen der Studienanfänger und Teamer von für sie wichtigen Lebenssituationen im Heimatland und der Bundesrepublik)
- Stadtführung (Kennenlernen der Stadt)
- Informationen über Kultur-, Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten
- Informationen und Gespräche über finanzielle Absicherung des Stu-

- diums, arbeitsrechtliche Fragen und Fragen des Wohnens etc.
- Erarbeiten und Erledigen aller Amtsformalitäten (wie Einwohnermeldeamt, Ausländerbehörde, Gesundheitsamt, Krankenkasse etc.)
- Informationen über Angebote des Akademischen Auslandsamtes
- Informationen über die fachbezogenen Orientierungseinheiten, Einführungsveranstaltungen und andere Beratungsangebote an den einzelnen Fachbereichen
- Treffen mit Vertretern der Fachbereichs-Orientierungseinheiten
- Besuch der Universitätsbibliothek
- Informationen über die Sprachprüfung
- Information über die Immatrikulation
- Veranstaltung zur Geschichte der Bundesrepublik und Marburgs
- Vorstellung der Interessensvertretungsorgane der ausländischen Studierenden
- Freizeitgestaltung in den Kleingruppen (wie z. B. gemeinsames Kochen etc.)
- abschließendes Freundschaftsfest

3.2.5 Zur Auswertung der Orientierungseinheit

Im Zeitraum von ca. 2 bis 4 Wochen nach der Orientierungseinheit finden zwei Auswertungstreffen (das eine mit Teilnehmern und Teamern, das andere nur mit den Teamern) statt.

Ziele dieser Auswertungstreffen sind:

- Feststellen von Schwächen und Stärken der Konzeption
 - Überprüfen der Ziele der OE, ihres inhaltlichen und organisatorischen Ablaufes
 - Diskussion über Probleme und Schwierigkeiten bei der Durchführung, in den Kleingruppen etc.
 - Erarbeitung von Veränderungs- und Verbesserungsvorschlägen
- Für diese Auswertungstreffen wurde ein Auswertungsleitfaden ausgearbeitet, der folgende Fragenkomplexe enthält:
- Erwartungshaltung zu Beginn der OE
 - Sind die Erwartungen erfüllt worden oder nicht
 - Besonders positive / negative Eindrücke im Ablauf der Woche
 - Diskussion der einzelnen Programmpunkte
 - Veränderungs- und Verbesserungsvorschläge für die OE

Bei den Auswertungsseminaren werden Protokolle erstellt, die Grundlage für den Auswertungsbericht sind und der Vorbereitung der nächsten Orientierungseinheit dienen.

Eine ausführliche Darstellung (40 S.) kann in der ZAS, Biegenstr. 12, 3550 Marburg angefordert werden.

Bernd Sandhaas

Ausländische Studenten als paraprofessionelle Berater: Das tutorengestützte Orientierungsprogramm für ausländische Studenten (TOFAS)

TOFAS an der Universität Marburg

Seit dem Sommersemester 1985 bietet das Akademische Auslandsamt der Philipps-Universität Marburg ein spezielles Orientierungsprogramm für ausländische Studienanfänger, insbesondere aus Ländern der Dritten Welt, an: TOFAS! Das Kürzel steht für »tutorengestütztes Orientierungsprogramm für ausländische Studenten«.

Das Programmangebot besteht aus zwei Orientierungskursen, von denen der erste wenige Wochen nach Vorlesungsbeginn und der zweite ebenfalls an einem Wochenende am Ende des ersten Studiensemesters stattfindet. Ausländische Student(inn)en – mit einer Ausnahme aus der Dritten Welt – mit unterschiedlichen Studienfächern moderieren jeweils von Freitag bis Sonntag Sitzungen von unterschiedlich großen Kleingruppen mit Studienanfängern aus verschiedenen Ländern nach einem festen Programm.

Bei den Teilnehmern der jeweiligen Gruppensitzung handelt es sich um Studierende gleicher Fachrichtung bzw. Fachbereichszugehörigkeit, die ein grundständiges Studium an der Marburger Universität beginnen. Die als Tutoren bezeichneten Moderatoren stützen sich auf schriftliche Materialien in einer eigenen Tutorenmappe, die die Kleingruppensitzungen thematisch und methodisch strukturieren und die Moderation erleichtern sollen. Zu jedem Thema erhalten die Studienanfänger von ihrem Tutor Arbeits- und Informationsmaterialien, die ebenfalls in einer eigenen (Studenten-)Mappe gesammelt werden.

Am Ende des ersten Wochenendes vereinbaren der Tutor und seine Gruppe drei bis vier Termine für weitere Gruppensitzungen im laufenden Semester, bei denen sogenannte kritische Entscheidungssituationen zu Studienbeginn, neue Lernerfahrungen und Erfahrungen in der Erkundung der universitären Lernumwelt weiterdiskutiert und reflektiert werden. Weiterhin bietet jeder Tutor individuelle Einzelberatungen während des Semesters für Teilnehmer des Orientierungsprogrammes, aber auch für sonstige ausländische Studenten (z. B. Hochschulwechsler) an. Sie finden teilweise an festen Terminen, teilweise an individuell vereinbarten Terminen in einem zentral gelegenen Universitätsgebäude statt.

Bei diesen Aktivitäten werden die Tutoren unterstützt und betreut durch eine für diesen Zweck beim Akademischen Auslandsamt der Universität Marburg angestellte Koordinatorin. Sie ist für die Tutoren Ansprechpartnerin in allen Projektangelegenheiten außerhalb der Trainingskurse und ist insbesondere zuständig für die organisatorische und finanztechnische Abwicklung der

einzelnen Kurse, von Tutorentreffen und anderen Projektaktivitäten sowie für die Gewinnung der studentischen Zielgruppe. Sie betreut die Tutoren auch im Blick auf Kontakte, Informationsbeschaffung und Kommunikation mit der Universität, zwischen und innerhalb universitärer Einrichtungen sowie zu studienrelevanten außeruniversitären Stellen in Marburg.

Die Entwicklung, Erprobung und Evaluierung von TOFAS ist Gegenstand eines Forschungsprojektes, das vom Akademischen Auslandsamt der Philipps-Universität Marburg und einer Projektgruppe der Abteilung Allgemeine Didaktik und Unterrichtsforschung am Institut für Kommunikationswissenschaften der Georg-August-Universität in Göttingen beantragt wurde und seit Dezember 1984 läuft. Das Projekt ist als Pilotprojekt angelegt, d. h. das zu entwickelnde Orientierungsprogramm soll – entsprechend modifiziert – auf andere Hochschulen übertragbar sein und Empfehlungen für studienbegleitende Anschlußmaßnahmen liefern.

Begründung und Zielsetzung des Forschungsprojektes

Die Notwendigkeit von studieneinführenden und -begleitenden Maßnahmen für ausländische Studierende ist durch wissenschaftliche Untersuchungen der letzten Jahre nachhaltig belegt worden. Vor allem Untersuchungen zum Studium von Ausländern aus Ländern der Dritten Welt haben deutlich gemacht, daß Probleme des Lernverhaltens und der Studienorganisation neben Sprach- und Kommunikationsschwierigkeiten sowie Problemen der Studienfinanzierung die Hauptursachen sind für

- eine überdurchschnittliche Studiendauer,
- unterdurchschnittlichen Prüfungserfolg, vor allem aber für
- eine relativ hohe Studienabbruchquote.

Bei der Betreuer tagung des DAAD im November 1983 in Marburg bestand weitgehend Übereinstimmung, daß die bisherige Betreuungsarbeit nur einen Teil der für ein erfolgreiches Ausländerstudium relevanten Bedingungen betrifft. Insbesondere werden Studienschwierigkeiten im engeren Sinne davon kaum erfaßt. Aus der jüngsten empirischen Ausländerstudienforschung, die sich mit der Hochschulsozialisation dieser Studentengruppe und deren Voraussetzungen befaßt, weiß man, daß Studenten aus Ländern der Dritten Welt ihr Auslandsstudium mit einem oft grundsätzlich anderen Lernverständnis und Studienverhalten beginnen, als es hierzulande von Studenten erwartet wird.

Das unterschiedliche Lernverhalten ist wesentlich dadurch bedingt, daß Studenten aus Ländern vor allem aus Asien und Afrika in ihrem heimatlichen Bildungssystem (in Schulen und Universitäten) eine andere Lernersozialisation erfahren haben als deutsche Studienanfänger. Dies heißt zunächst, daß sich die dortigen Lehr- und Lernpraxen in verschiedener Hinsicht von den in der Bundesrepublik üblichen unterscheiden.

Beispielhaft und notwendigerweise grob verallgemeinernd sei zur Erläuterung dieser Aussage auf folgende Punkte hingewiesen:

- Lang- und mittelfristige Studienplanung, d. h. die Wahl von Studienfach und Studienort sowie die Erstellung von individuellen Jahres-, Semester-, Term- oder Wochenstudienplänen liegt in den meisten Ländern der Dritten Welt nur zum geringsten Teil in der Entscheidungsbefugnis des Studierenden. Familie und Hochschule entscheiden mit bzw. schreiben vor.
- Die Anzahl der zu besuchenden Lehrveranstaltungen ist vorgeschrieben, der Student hat nicht die Qual der Wahl zwischen verschiedenen Lehrangeboten, Dozenten und Unterrichtsformen. Der Lehrveranstaltungsbesuch wird kontrolliert.
- Die vorherrschende Unterrichtsorganisation besteht in der Regel aus einer Vorlesung, in der von seiten des Professors diktiert und von den Studenten entsprechend wörtlich mitgeschrieben werden muß.
- Dozenten lehren ihr Fach in der Regel über das ganze Studium hinweg, so daß im Laufe der Zeit ein persönliches Lehrer-Schüler-Verhältnis entsteht.
- Der Dozent ist alleiniger Wissensträger, da sein Vorlesungsstoff für Prüfungszwecke auswendig gelernt und wiedergegeben werden muß. Andere Lehrmeinungen, wie sie etwa in Fachbüchern enthalten sind, können deshalb nicht verwirren, weil über ihre Verwendung und ihren Stellenwert ebenfalls der Dozent entscheidet.
- Da man im Klassenverband studiert, sind alle Kommilitonen in etwa auf dem gleichen Erfahrungsniveau und alle verfügen über gleichviel oder gleichwenig Zugangsmöglichkeiten zu zusätzlicher Information.
- Insgesamt müssen an den Hochschulen der Dritten Welt wesentlich mehr Wochenstunden belegt werden als bei uns. Umgekehrt erfordert das Selbststudium weniger Zeit als in der Bundesrepublik und ist für die Studenten einfacher zu bewältigen.
- Die Eigenaktivitäten bestehen ganz wesentlich im individuellen Wiederholen und Auswendiglernen. Partner- und Kleingruppenarbeit sind von daher kaum gewohnt, selbsterarbeitete Beiträge, wie sie hierzulande zu Seminaren und Kolloquien erwartet werden, selten erforderlich.
- Leistungsnachweise bestehen aus regelmäßig abgehaltenen Klausuren, in denen das im Selbststudium Erlernte überprüft wird - in ausschließlich schriftlicher Form.
- Die alljährlich abzuhaltenden Prüfungen werden oft systematisch vorbereitet. Ähnlich wie auch in den Schulen wird Wochen vor dem festgesetzten Prüfungstermin der Prüfungsstoff im regulären Hochschulunterricht wiederholt und zu Hause so lange individuell auswendig gelernt, bis sich das Gefühl einstellt, ihn zu beherrschen. Die Hochschulprüfungen sind in diesem System weit weniger furchterregend als im hiesigen Bildungssystem; sie werden stattdessen zur festen und daher vertrauten Bezugsgröße im Studienverlauf.

Wohlgemerkt, dies sind sehr vereinfachende Zusammenfassungen von höchst komplexen Zusammenhängen. Angesichts solcher Dispositionen, die den heimatlichen Bildungssystemen durchaus angemessen sein mögen, sind Studien- und Lernprobleme an bundesrepublikanischen Hochschulen geradezu zwangsläufig zu erwarten.

Andererseits kann man davon ausgehen, daß die Entwicklung eines Stu-

dienverhaltens, das der durchschnittlichen Situation an einer deutschen Universität angemessen ist, ohne spezielle Förderung ein sehr langwieriger Prozeß ist, der in aller Regel bis weit in das Hauptstudium hineinreicht und bei den meisten ausländischen Studenten auch bis zum Studienende nur partiell gelingt.

Die wenigsten deutschen Universitäten bieten spezielle Einführungsveranstaltungen oder studienbegleitende Hilfen für ausländische Studenten an, und nur sehr vereinzelt existieren gezielte Studienangebote für Studenten aus Entwicklungsländern. Das heißt also, daß an den Universitäten in der Regel - wie auch in Marburg - kein Personal für die Durchführung qualifizierter fächerübergreifender Orientierungsprogramme zur Verfügung steht.

Angesichts dieser Situation bietet sich ein Betreuungsprogramm an, das sich auf das Prinzip einer Hilfe zur Selbsthilfe, und das heißt hier ganz wesentlich auf ausländische Tutoren unterschiedlicher Studienfächer als Berater stützt. Dafür sprechen auch Ergebnisse der Ausländerstudienforschung bzw. aus ihnen gefolgerte Annahmen:

- Studenten, insbesondere ausländische Studenten, lassen sich leichter und öfter von Gleichgestellten helfen als von Institutionen. Die Aussicht, die eigentlich Betroffenen überhaupt zu erreichen, ist für einen studentischen Tutor besser als für Studienberater oder Dozenten.
- Insgesamt gesehen lassen sich über Tutoren mehr Studierende erreichen als über die institutionalisierte Studienberatung.
- Der Lerngewinn auf seiten der vom Tutor betreuten Studenten dürfte höher sein als bei anderen Beratungskonzepten, weil die Betreuung im Rahmen von Lernsituationen geschieht, in denen Gleichgestellte (Studenten und Ausländer) miteinander zu tun haben, die vergleichbare Probleme haben bzw. hatten. Ihre Kommunikation wird wahrscheinlich wegen des geringeren Autoritätsgefälles günstigere Voraussetzungen haben.
- Im Hinblick auf die spezielle Zielgruppe ausländischer Studienanfänger wird man davon ausgehen müssen, daß das Ausmaß an benötigten Hilfen unterschiedlich ist, und daß zweitens die ausländischen Studierenden in unterschiedlicher Weise willens und in der Lage sind, an einem entsprechenden Programm teilzunehmen. Das Betreuungsprogramm muß deshalb im Angebot wie auch in zeitlicher und personeller Hinsicht flexibel sein.

Zusammenfassend ist es Ziel des TOFAS-Projektes, spezifische Bedingungen von Studienschwierigkeiten aufzuklären, die Studenten aus Ländern der Dritten Welt an Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland haben.

Die Ergebnisse dieser Analyse nutzend und um entsprechende Erhebungen zu ermöglichen soll durch Training von ausländischen Tutoren und durch Entwicklung von Trainingsmaterialien ein Orientierungsprogramm konzipiert und erprobt werden, das zur Verringerung jener Studienschwierigkeiten führt. Dabei sollen im besonderen die im Bildungssystem des Heimatlandes erworbenen subjektiven Lerntheorien und das daran ausgerichtete Lernverhalten aufgeklärt werden, und es sollen diejenigen Dispositionen und Fähigkeiten vermittelt werden, die für selbstgesteuerte Studienorganisation in einem durch akademische Freiheit gekennzeichneten Universitätsmilieu

nötig sind.

Der Entwicklungs- und Trainingsprozeß, die Organisation des Orientierungsprogrammes unter Realbedingungen durch einen speziellen Koordinator, die produzierten Materialien sowie die Programmwirkungen auf die Teilnehmer sollen – soweit möglich – systematisch evaluiert werden.

Ausländische Studenten als »Paraprofessional Staff«

Wir haben die Rolle der studentischen Berater mit der Bezeichnung Tutor umschrieben, weil mit diesem Begriff alle am Projekt Beteiligten und Interessierten eine gewisse Vorstellung verbinden. Außerdem ist es in der Bundesrepublik Deutschland zumindest in den letzten beiden Jahrzehnten üblich geworden, Studenten, die Lehr- oder Beratungstätigkeiten – wie weit auch immer – übernommen haben, als Tutor zu bezeichnen.

Studierende aus Nordamerika oder Großbritannien sind erstaunt darüber, daß man an deutschen Hochschulen oft allein schon aufgrund seines Ausbildungsstandes bzw. seiner Verweildauer an der Hochschule zum Tutor ernannt bzw. befördert werden kann. Was solche Tutoren von ihren gleichfahrenen Kommilitonen unterscheidet, mag ihr Engagement und ihre Erfahrung in der Arbeit mit studentischen Klienten (und manchmal auch die Teilnahme an einer Training genannten Einführung) sein, ist aber objektiv in der Regel lediglich der relativ zufällig zustandegewordene Akt der Ernennung sowie die damit verbundene Vergütung.

Die den TOFAS-Tutoren zugedachten Aufgaben erfordern höhere und komplexere Qualifikationen als etwa der Job eines Teamers in herkömmlichen Orientierungswochen. Sie sind auch verschieden von denen eines graduierten Fachtutors.

Über Ausbildung und Einsatz ausländischer Studenten als Tutoren und Berater (wie in TOFAS geplant) liegen im deutschsprachigen Raum kaum verschriftlichte Erfahrungen vor, ebensowenig wie über Konzeptionen und Materialien eines spezifischen Orientierungsprogrammes für Studienanfänger aus Ländern der Dritten Welt. Da sich das Forschungsprojekt sowohl hinsichtlich der Klienten als auch hinsichtlich des Betreuungspersonals und des Betreuungsprogramms weitgehend im Neuland bewegt, scheint der Blick in die Praxis vergleichbarer Studienländer angebracht.

Erfahrungen in Intercultural Training, in Counseling und Advising auch für ausländische Studenten sowie in Paraprofessional Programming sind beispielsweise an den meisten Hochschulen in den USA anzutreffen.

In verschiedenen Untersuchungen von Betreuungsprogrammen für nicht-graduierte Studenten an amerikanischen Universitäten, die sich studentischer Dienste bedienen, wurden sechs wesentliche Bedingungen als Charakteristika anspruchsvollen Paraprofessional Programmings identifiziert. Auch TOFAS erfüllt alle diese Bedingungen, so daß es angesichts der den Tutoren zugedachten Aufgaben (und auch um Begriffsverwirrungen zu vermeiden) sinnvoll erscheint, sie als »paraprofessional staff« bzw. als paraprofessionelle Berater zu

verstehen.

Anspruchsvolle und funktionierende Programme mit studentischen Paraprofessionals zeichnen sich durch Charakteristika aus, mit deren Hilfe sich das TOFAS-Konzept als auch die Aufgaben der das Programm tragenden Tutoren systematisch verdeutlichen lassen:

1. Sie entwickeln in ihrem Verlauf Programmziele und machen diese durch Verschriftlichung explizit und öffentlich!

TOFAS konzentriert sich auf Orientierungsschwierigkeiten und damit verbundene Lernschwierigkeiten, die ausländische Studierende zu Beginn ihres Studiums haben.

Damit ist der Rahmen des zugrundgelegten Orientierungskonzeptes angedeutet. Orientierung wird verstanden als Prozeß, in dem diese Studierenden ihre aus der Heimat mitgebrachten Einstellungen sich bewußt machen und verändern sowie neue von der Hochschule geforderte Kompetenzen kontinuierlich erwerben.

Das Orientierungshandeln der Studienanfänger bezieht sich auf die im weitesten Sinne als Lernumwelt verstandene universitäre Umwelt. Weitere Sozialisations- und Handlungsbereiche sind auf die studentische Lebenswelt, das Fachwissen und auf Berufsrollen bezogen. Sie werden von TOFAS nur indirekt erfaßt, nämlich insofern, als sie über die für die Lernumwelt relevanten Informationsbeschaffungs- und Problemlösungsstrategien erschlossen werden können.

2. Hilfen werden nur hinsichtlich der normalen Persönlichkeitsentwicklung und damit zusammenhängender Bedürfnisse angeboten!

Für TOFAS bedeutet dies, daß Probleme beispielsweise pathologischer oder sonstiger Art, die professioneller Behandlung bedürfen, nicht abgedeckt werden können oder sollen. Allerdings wird erwartet, daß ein seiner Kompetenzen und Grenzen bewußter paraprofessioneller Berater bei Vorliegen solcher Probleme seinen Klienten auf die Stellen verweist, wo professionelle Beratung oder Behandlung geleistet werden kann.

Wohl aber ist damit gemeint, daß herkunfts- und sozialisationsbedingte Studienschwierigkeiten, die bei Ausländern im deutschen Studiensystem auftreten, als normal gelten. Kulturspezifisches Lernverhalten wird nicht etwa als »feudalistisches« abqualifiziert, sondern – tendenziell jedenfalls – als lösbares Passungsproblem zwischen Lerner und Lernumwelt angesehen.

Aufgrund von langjährigen Vorarbeiten auf seiten der Göttinger Projektgruppe sind wesentliche Studien- und Lernschwierigkeiten von Studenten aus Ländern der Dritten Welt bekannt. Welche Schwierigkeiten allerdings die Studienanfänger in Marburg haben, und was somit als Problem normaler Hochschulsozialisation gelten kann, muß sich im Projektverlauf zeigen.

3. Die studentischen Paraprofessionals werden in ihrer Arbeit durch schriftliche Job-Beschreibungen angeleitet!

Von der Göttinger Projektgruppe wurden und werden Materialien verschiedener Art erstellt, die im Verlauf des Tutorentrainings von jedem potentiellen

Tutor in einem eigenen, systematisch gegliederten Aktenordner gesammelt werden:

- a) TOFAS-Texte, die Basis- und Hintergrundinformationen über Ziele und Ablauf von TOFAS und die generellen Aufgaben der Tutoren enthalten oder beispielsweise beschreiben, was ein studentisches Lerntagebuch ist und was man damit anfangen kann.
- b) TOFAS-Materialien, die Selbsterfahrungs- sowie Tutoren- bzw. Beratertraining anleiten sollen; dann sogenannte Stichwörterlisten, die der Vorbereitung der Orientierungskurse mit den Studienanfängern und der Durchführung der einzelnen Kleingruppensitzungen dienen; außerdem Protokollbögen – insgesamt Materialien, die der Tutor in seinen verschiedenen Rollen als Organisator, als Moderator, als Informator und als Protokollant benötigt.
- c) TOFAS-DOKUMENTE können Texte sein, die relevante Personaldaten enthalten und dem gegenseitigen Kennenlernen dienen sollen, aber auch die Koordination des Tutoreneinsatzes sowie die Zuweisung von Ratsuchenden erleichtern sollen.

Schließlich erhalten die Tutorenanwärter konkrete Job-Beschreibungen für ihre Tätigkeiten als Tutor bzw. als Moderator sowie als Berater.

Außerdem werden die im Selbsterfahrungstraining benutzten und mit biographischen Daten ausgefüllten Materialien nun zu persönlichen Dokumenten.

Die gleichen Materialien, die der angehende Tutor für seine Selbsterfahrung benutzte, dienen ihm während der Orientierungskurse als Trainings- und Unterrichtsmaterialien für die von ihm betreuten Studienanfänger.

4. Rekrutierung, Auswahl und Training der Tutoren werden als integrierter und kontinuierlicher Prozeß angesehen!

In Marburg wurden die ersten 15 Tutor(inn)en rekrutiert mittels eines Auswahls in Universität und Wohnheimen. Ausgewählt wurden sie im wesentlichen nur anhand ihrer Bewerbungsunterlagen und teilweise aufgrund ihres Bekanntheitsgrades bzw. ihrer Vertrautheit mit Betreuungsmaßnahmen für ausländische Studierende an der Marburger Universität.

Die wichtigsten Auswahlkriterien waren Studienfach bzw. Fachbereichszugehörigkeit, Herkunftsregionen (Lateinamerika, Schwarzafrika, Nordafrika und Naher Osten, Südosteuropa, Asien), Geschlecht sowie Studienerfolgswahrscheinlichkeit. Die schließlich getroffene Auswahl ist im Blick auf die beiden ersten Kriterien weitgehend repräsentativ für die Gruppe der in Marburg studierenden Ausländer aus der Dritten Welt.

Aus verschiedenen Gründen war es nicht möglich, als potentielle Tutoren nur Studierende des dritten und vierten Semesters auszuwählen, wie es von der Konzeption her vorgesehen war. Als problematisch hat sich die Tatsache erwiesen, daß Studenten bzw. Doktoranden zu Tutoren gemacht werden mußten, bevor sie ihre Eignung nachweisen konnten bzw. bevor ihre Qualifikation im und nach dem Training überprüft werden konnte.

Es kann nach der Hälfte der Projektlaufzeit bereits gesagt werden, daß für Rekrutierung und Auswahl eine längere Vorlaufzeit benötigt wird, als sie im

TOFAS-Projekt zur Verfügung stand. Damit ist auch gesagt, daß über das Procedere der Rekrutierung und der Auswahl aufgrund der bisherigen Erfahrungen und auch aufgrund der zwischenzeitlich gesammelten Erfahrungen in vergleichbaren Programmen in den USA inzwischen detailliertere Vorstellungen existieren, als dies zu Projektbeginn der Fall war.

Die Rekrutierung von neuen Tutoren für ein bereits existierendes tutoren-gestütztes Orientierungsprogramm erscheint wesentlich einfacher. Aus dem Kreis der am Orientierungsprogramm (d. h. am Orientierungskurs I, an wenigstens drei Kleingruppensitzungen während des Semesters sowie am Orientierungskurs II) teilnehmenden Studienanfängern werden geeignet erscheinende Anwärter in ihrem zweiten oder dritten Semester zu einem Tutorentraining eingeladen und im darauffolgenden Semester unter Supervision als Tutor eingesetzt.

Je nach Bewährung erhalten sie dann einen Tutorenvertrag, in dem festgehalten ist, daß sie als potentielle Tutoren zur Verfügung stehen und ihre Dienste je nach Einsatz vergütet werden. Auf diese Weise entstehen ein Selbstrekrutierungssystem, das vom Koordinator des Orientierungsprogrammes weitgehend selbständig organisiert werden kann, und gleichzeitig eine Tutorenreserve, auf die er jederzeit zurückgreifen kann.

Das Training verläuft in zwei Phasen. Die erste besteht – organisatorisch gesehen – aus zwei jeweils 16-20stündigen Wochenendkursen, wobei der erste Selbsterfahrung im Blick auf kritische Entscheidungssituationen zu Studienbeginn, eigenes Lernverhalten im heimatlichen Schulsystem bzw. in der Familie (die individuelle Lernbiographie), Zurechtfinden und Lernverhalten an der Universität Marburg sowie die Vorstellung potentieller Zukunftsperspektiven hinsichtlich des Auslandsstudiums und etwaiger Berufspraxen ermöglichen soll.

Im zweiten Wochenendkurs werden zunächst die zwischenzeitlich erledigten Hausaufgaben (hinsichtlich der eigenen Lernbiographie, Erkundungen an der Universität sowie neuer Lernerfahrungen) reflektiert und dann Tutorenrollen, Beraterrollen sowie die Rollen von Studienanfängern in der Kleingruppe und als Klient anhand von verschiedenen Themen und Fälle mit jedem Teilnehmer per Simulation systematisch durchgespielt.

Die zweite Phase besteht in der erstmaligen Durchführung des Orientierungsprogrammes für Studienanfänger unter kontrollierten Bedingungen, d. h. mit Supervision durch die Projektleiter (während der Orientierungskurse) und durch die Koordinatorin (während des Semesters).

5. Supervision der Tätigkeit der studentischen Paraprofessionals wird systematisch durchgeführt!

Während der Simulation von Gruppenmoderation und Einzelberatungen im zweiten Kurs der ersten Ausbildungsphase wurde Supervision von den beiden Projektleitern und – als Bestandteil ihres Inservice-Trainings – zeitweilig auch von der Koordinatorin durchgeführt.

Die Supervision der Tätigkeit der Tutoren während der Orientierungskurse bestand aus der Beobachtung der von jeweils einem Tutor geleiteten Kleingruppensitzungen an drei Tagen mit Hilfe eines Beobachtungsprotokolls. Nur

auf Wunsch erfolgten am Ende des Orientierungskurses Einzelrückmeldungen an den jeweiligen Tutor durch den entsprechenden Beobachter.

Der für diesen Zweck entwickelte Beobachtungsprotokollbogen soll auch die Supervision von Gruppensitzungen und Einzelberatungen durch die Koordinatorin während des Semesters anleiten und deren Mentorentätigkeit strukturieren.

6. Personal und Programm werden einer kontinuierlichen Evaluation unterzogen!

Die Evaluation des Gesamtprogrammes ist – wie schon erwähnt – bei TOFAS integraler Bestandteil des Forschungsprojektes, weil nur so empirisch nachprüfbar Informationen und Argumente für eine Übertragbarkeit und Verallgemeinerbarkeit des in Marburg erprobten Programmes zu erlangen sind.

Sie wird als formative Evaluierung betrieben insofern, als sie sich auf Aspekte des Entwicklungsprozesses, beispielsweise auf die Materialentwicklung des Orientierungskonzeptes bezieht, und sie soll als summative Evaluierung betrieben werden insofern, als die Programmwirkungen auf die teilnehmenden Studienanfänger erhoben werden sollen.

Die Evaluierung der Tätigkeiten der am Programm beteiligten Personen ist dabei nicht auf die Prüfung der Effektivität der Tutorenarbeit beschränkt. Auch die Organisation und Institutionalisierung von TOFAS an der Marburger Universität und damit die Tätigkeit der Koordinatorin wird einer Evaluation unterzogen werden.

Im Unterschied zur Situation an nordamerikanischen Universitäten, wo Student Paraprofessional-Programme fest etabliert sind, wo vielfältige Programme konzeptionell wie materiell zur Verfügung stehen sowie personelle und meist auch finanzielle Ressourcen vorhanden sind, stellen sich bei der erstmaligen Erprobung und Institutionalisierung eines Programmes wie TOFAS an einer deutschen Universität viele praktische Fragen, die beantwortet sein sollten, bevor TOFAS an einer anderen Hochschule implementiert werden kann.

Deshalb ist die systematische Prüfung etwa solcher Fragen, welche Qualifikationen ein Koordinator benötigt, wo und wie er institutionell angesiedelt werden sollte, wie TOFAS sinnvoll in die Struktur der bestehenden Betreuungs- und Beratungsformen und -programme eingepaßt bzw. mit ihnen koordiniert werden kann oder wie das Vertragsverhältnis zwischen Universität und Tutor beschaffen sein soll, integraler Bestandteil der Projektevaluation.

Überregionale Projekte

Ulf Baumgärtner

Das »Studienbegleitprogramm für Student(inn)en aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg« (STUBE)

Über 60% der fast 70 000 ausländischen Student(inn)en an den westdeutschen Hochschulen kamen im Sommersemester 1984 aus Ländern der Dritten Welt. Das entspricht ca. 5,5% aller Studierenden in der Bundesrepublik.

Ein einheitliches Konzept von Bundesregierung, Länderregierungen, Hochschulen und Betreuungsorganisationen gibt es für das Ausländerstudium nicht. Hinter der schönen Rhetorik (nach § 2 Abs. 5 des Hochschulrahmengesetzes sollen die Hochschulen »... insbesondere die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studenten berücksichtigen«. Und die Kultusministerkonferenz verkündete z. B. in ihrem am 8.10.1981 beschlossenen »Bericht zur Situation der ausländischen Studenten in der Bundesrepublik«: »In Übereinstimmung mit der Bundesregierung und der Westdeutschen Rektorenkonferenz messen deshalb die Kultusminister der Länder der Förderung des Studiums ausländischer Studenten einen hohen Stellenwert zu.«) herrscht ein Kompetenz-Durcheinander und seit 1981 die Tendenz, das Ausländerstudium mehr und mehr einzuschränken.

Als bescheidenes Pilotprojekt in nur einem Bundesland ist das »Studienbegleitprogramm für Student(inn)en aus der Dritten Welt in Baden-Württemberg« (STUBE) nicht entstanden, um Ordnung in dieses Durcheinander zu bringen und das Ausländerstudium neu zu gestalten. STUBE setzt gleichwohl an einem Punkt an, der allen mit dem Ausländerstudium Befassten und daran Interessierten schon immer Kopfzerbrechen bereitet hat: der Rückkehr der ausländischen Student(inn)en in ihre Herkunftsländer und ihre dortige berufliche Tätigkeit, die – definiert mensch die Herkunftsländer als Entwicklungsländer – etwas mit Entwicklung zu tun haben wird und soll. Es liegt auf der Hand, daß es gerade an diesem Punkt unterschiedliche Interessen und Meinungen gibt: Funktionäre der Innenbehörden wollen Ausländer(innen) vor allem raushalten oder abschieben. Politiker mögen der Neigung erliegen, der Ausländerfeindlichkeit nach dem Mund zu reden, Beamte des Auswärtigen Amtes sind an Kulturaustausch, jene der Bildungsbehörden am Bildungs- und Wissenschaftsaustausch interessiert, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit eben an dieser einschließlich der dazugehörigen Ausbil-

dungsförderung usw.

Die Anfänge von STUBE gehen – um die Interessenlage dieser Initiative zu skizzieren – unter anderem auf folgende Erfahrungen und Überlegungen zurück:

- Die Bundesländer haben aufgrund ihrer Bildungszuständigkeit eine besondere Verantwortung für das Ausländerstudium. Darüber hinaus setzt das Land Baden-Württemberg gerade im Ausbildungsbereich einen besonderen Schwerpunkt seiner Entwicklungspolitik.
- Die Kirchen – im Fall STUBE genauer gesagt der »Kirchliche Entwicklungsdienst« (KED) der Evangelischen Kirche in Deutschland – zählen zu ihrem entwicklungspolitischen Auftrag nicht nur die Förderung vielfältiger Projekte in den Herkunftsländern von Dritte-Welt-Student(inn)en, sondern auch deren Förderung selbst, wobei sie freilich auch die Hoffnung hegen, diese ausländischen Student(inn)en mögen, einmal in ihre Herkunftsländer zurückgekehrt, einen Beitrag leisten zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

In dieselbe Richtung, aber auch stark bezogen auf die Situation ausländischer Student(inn)en hier während ihres Studienaufenthaltes in der Bundesrepublik, arbeiten seit Jahr und Tag die Studentengemeinden.

- Obwohl immer noch vorwiegend berufseingliedernde Reintegrationsmaßnahmen von staatlicher Seite angeboten werden (über das Centrum für Internationale Migration und Entwicklung), ist die Erkenntnis nicht neu, daß Reintegration studienbegleitend sein mußte, daß das Ausländerstudium von Anfang an mit Blick auf die spätere berufliche Tätigkeit im Dritte-Welt-Land, also zugleich berufsperspektivisch und entwicklungsbezogen orientiert sein mußte.

So war die Ausgangslage, und entstanden ist STUBE als 20monatiges Pilotprojekt, das bis zur Einrichtung eines flächendeckenden entwicklungsländerorientierten Studienbegleitprogrammes durch das baden-württembergische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, voraussichtlich ab 1987, einschlägige Erfahrungen sammeln soll.

Als Instrumente dazu sind vorgesehen:

- 1-4wöchige Ferienakademien, die unter Ausschluß fachwissenschaftlicher Gegenstände interdisziplinär und an der späteren Berufspraxis orientiert die ausländischen Student(inn)en hellhörig machen wollen für begrenzte entwicklungspolitische Relevanz ihrer Studiengegenstände, frühzeitig sensibel für die Fragen einer sinnvollen späteren Berufspraxis und kritisch gegenüber dem Wissenschaftsverständnis, den Studieninhalten und -verwertungen in den Industriemonopolen. Erfahrungen mit Ferienakademien für Dritte-Welt-Student(inn)en, vor allem der Ingenieur- und Agrarwissenschaften in der Hauptstudienphase liegen vor. Geplant sind aber auch in Zusammenarbeit mit den Studienkollegs, den akademischen Auslandsämtern, dem World University Service, der Carl-Duisberg-Gesellschaft und anderen Ferienakademien für Dritte-Welt-Student(inn)en in der Studienkollegs- bzw. Grundstudienphase.
- Zwischenheimreisen für Student(inn)en in der Hauptstudienphase, durch die der persönliche Kontakt zur Familie, zum Freundeskreis, zur Verwal-

tung, Unternehmen und Hochschulen im Herkunftsland und/oder die Anfertigung von Studienarbeiten mit entwicklungsländerorientierten Fragestellungen ermöglicht werden sollen.

- Schulungen für Fachmentoren und Studienberater, wobei es unter baden-württembergischen Bedingungen zunächst darum gehen wird, solche erst einmal »einzusetzen«, was wiederum in erster Linie in der Verantwortung der Hochschulen liegt, von STUBE also nur angeregt werden kann.
- Auch die Bemühungen um eine berufsperspektivische, entwicklungsbezogene Studiengestaltung durch Dritte-Welt-Student(inn)en werden in dem Maße kontinuierlich, nachhaltig und somit folgenreich werden, wenn es gelingt, sie an den Hochschulorten zu verankern, weshalb STUBE auf die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen von Dritte-Welt-Student(inn)en und allen an den beschriebenen Aktivitäten Interessierten angewiesen ist und deshalb solche Institutionen nach Kräften finden will.

Wer die Entwicklungen im Ausländerstudium in den letzten Jahren verfolgt hat (Zulassungsbeschränkungen von 1981, Sichtvermerkzwang seit 1982) weiß, daß die Zeit für ein Projekt wie STUBE nicht gerade rosig ist. Wo sich die Rahmenbedingungen des Studiums ausländischer Student(inn)en in der Bundesrepublik (Studienfinanzierung, Wohnverhältnisse, Job-Möglichkeiten, Hochschulalltag, Ausländerfeindlichkeit usw.) laufend verschlechtern, wo sich die ausländischen Nicht-Programm-Student(inn)en, also die Mehrheit jener, die kein Stipendium bekommen, sozusagen durchs Studium und Leben schlagen müssen, bedrängt oft noch dazu von der Sorge um Familie und Freunde im Herkunftsland, ist wenig Raum für eine besonnene, vorausschauende Studienplanung und -gestaltung.

Hinzu kommt, daß die Dritte-Welt-Student(inn)en zwischen den unterschiedlichen Interessen und Kompetenzen der Außen-, Innen-, Wissenschafts- und Entwicklungspolitik hin- und hergeschoben werden und als Minderheit nicht gerade auf den Prioritätslisten der Haushaltsplaner stehen.

Gleichwohl gibt die schiere Existenz von STUBE wie auch ähnlicher Projekte in anderen Bundesländern Anlaß zur Hoffnung, und den Skeptikern sei zum Trost gesagt, daß das Ausländerstudium schon immer ein Politikfeld für Hartnäckige war.

Arun Kotenkar

Politische Bildung und berufliche Orientierung

Entwicklungspolitisches Begleitprogramm für die Stipendiat(inn)en des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED)

Situation ausländischer Studenten

Zur Zeit studieren rund 42 000 Studenten aus den Ländern der 3. Welt an den Hochschulen der Bundesrepublik. Die meisten sind frei eingereist, d. h. ohne Unterstützung durch eine Institution, ohne einen 'übergeordneten Auftrag' von Wirtschaftsunternehmen, staatlichen, kulturellen oder religiösen Organisationen. Persönliche Motivation (z. B. Familiensituation, Karriere), politische Zustände (Krieg, Diktatur, Unterdrückung) oder bildungspolitische Notsituation im eigenen Land zwingen sie, außerhalb ihres Heimatlandes zu studieren (sog. Bildungsmigration).

Nur etwa 15 % der ausländischen Studenten erhalten ein Vollstipendium. Es sind überwiegend die Studenten mit 'übergeordnetem Auftrag'. Diese werden »Programm-Studenten« genannt und haben kaum materielle und berufliche Sorgen. Sie werden von staatlichen Institutionen (z. B. Deutscher Akademischer Austauschdienst – DAAD; Carl-Duisberg-Gesellschaft – CDG usw.), nationalen Regierungen oder von kulturellen, religiösen oder politischen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Ökumenisches Studienwerk, Ford Foundation usw.) unterstützt. Weitere 15 bis 20 % erhalten von verschiedenen Institutionen ein Teilstipendium für einen bestimmten Zeitraum, z. B. für einige Monate vor dem Examen oder einen bestimmten Studienabschnitt. Fast 70 % der ausländischen Studenten sind auf finanzielle Unterstützung von Verwandten oder Freunden sowie auf Jobs neben dem Studium angewiesen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit von fast 10 % und durch ausländerrechtliche Einschränkungen hat sich ihre materielle Situation in den letzten Jahren drastisch verschlechtert.

Die Bundesrepublik verbindet als ein exportorientiertes Land, das Rohstoffe und Nahrungsmittel aus der 3. Welt importiert, sehr spezifische politische und wirtschaftliche Interessen mit dem Ausländerstudium. Sie ist auf einheimische Eliten in den Ländern der 3. Welt angewiesen, die beim Transfer von Technologien, know-how, Ideologien und 'western way of life' als »intermediaries« oder »promoter« wirken. Westlich orientierte und ausgebildete Eliten können wichtige Kontakte zu politischen, wirtschaftlichen, kulturellen sowie wissenschaftlichen Institutionen herstellen, bürokratische Hürden abbauen, Absatzmärkte eröffnen oder 'joint-ventures' ermöglichen.

Von offizieller Seite wird das Ausländerstudium als entwicklungspolitische »Bildungshilfe« charakterisiert. Entwicklung wird hier als Etablierung oder Kopierung von jenen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen verstanden, die in den Industrieländern existieren und mit ihnen 'compatible' sein können. Die Bildungshilfe umfaßt außer der Ausbildung

von Studenten auch Praktikanten-Ausbildung, kulturelle Austausch-Programme, Sprachkurse, Studienaufenthalte für Wissenschaftler, Künstler, Beamte oder Militärs. In den meisten Studienfächern orientieren sich die Studieninhalte und -methoden an den Erfordernissen der Industrieländer (in der Regel Wachstums- und Großtechnologie-Orientierung). Sie sind stark theoretisch konzipiert und gehen von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Industrieländern aus. Kritische Inhalte aus den Bereichen Ökologie, Frieden, Armut, Militarisierung, Unterdrückung, Hunger, angepaßte Technologien oder Medienkontrolle usw. haben praktisch keinen Stellenwert im curriculum.

Der Aufenthalt von Ausländern bis zur Beendigung ihres Studiums beträgt im Durchschnitt 8 bis 9 Jahre. Nur wenige von ihnen können regelmäßig nach Hause fahren, um sich über den sozialen Wandel im Lande oder Arbeitsmöglichkeiten, über Veränderungen in familiären und persönlichen Beziehungen zu informieren. Sie können kaum einschätzen, was im Lande technologisch, wirtschaftlich und sozial notwendig wäre, um aus solchen Erfahrungen ihr Studium und ihre berufsperspektivische Ausrichtung sinnvoll zu gestalten. Während ihres Studienaufenthaltes in der Bundesrepublik gibt es für sie nur selten Gelegenheit, sich mit entwicklungspolitischen Fragestellungen zu beschäftigen. Es gibt nur vereinzelt Studienangebote (z. B. tropische Landwirtschaft, Pädagogik in der 3. Welt, Medizin in Entwicklungsländern), die eine Chance bieten, intensiv und – in wenigen Fällen – kritisch zu studieren. Der überwiegende Teil der entwicklungspolitischen Bewußtseinsbildung findet außerhalb der Hochschule statt. Hier spielen die Kirchen eine beachtliche Rolle.

Man(n)/frau darf bei ausländischen Studenten aus der 3. Welt nicht von vornherein entwicklungspolitisches Verständnis und Kompetenz voraussetzen. Nur einige haben die Chance oder nehmen diese wahr, globale, nationale oder regionale Zusammenhänge im allgemeinen und bezogen auf ihr Studienfach zu studieren. Nur wenige haben fundierte Kenntnisse von entwicklungspolitischen Diskussionen über modernistische, technokratische, caritative, reformistische, grundbedürfnis-orientierte oder partizipatorische Ansätze. Soziale und finanzielle Probleme, Anpassungsschwierigkeiten und umfangreiche Studienstoffe erschweren dies zusätzlich. Entwicklungspolitisches Verständnis muß als ein Prozeß verstanden werden. Je früher, intensiver und kritischer die ausländischen Studenten sich mit diesen Inhalten befassen, um so stärker können sie im Sinne entwicklungspolitischer Zielsetzungen wirken.

Das Begleitprogramm (siehe Skizze)

Das entwicklungspolitische Begleitprogramm für die Stipendiat(inn)en des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) beabsichtigt, den obengenannten Prozeß zu initiieren und dahin zu führen, daß die Studenten stärker als bisher entwicklungspolitisch relevante Fragestellungen in ihr Studium miteinbeziehen und ihre berufliche Perspektive in diese Richtung legen. Es beabsichtigt nicht, im Sinne staatlicher »Bildungshilfe« zu wirken und Eliten für den sog.

Neokolonialismus zu fördern, sondern möchte den in der Denkschrift: »Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt« formulierten Grundsätzen nachgehen. Beispielsweise: »Lange hat die Ansicht geherrscht, daß wirtschaftliches Wachstum gleichbedeutend mit Entwicklung sei und die Industrienationen deshalb lediglich in großem Umfang finanzielle und personelle Hilfe leisten müßten, um dieses Ziel zu erreichen. In mehrfacher Hinsicht hat sich das als nicht haltbar erwiesen. Wirtschaftliche Veränderungen in der Dritten Welt beruhen auf dem komplizierten Zusammenwirken von materiellen Voraussetzungen, kulturellen und institutionellen Gegebenheiten. So ist es für einen sozialen Strukturwandel unerlässlich, daß die Mehrheit der Bevölkerung für den Entwicklungsprozeß mobilisiert wird und sich mit dessen Zielsetzungen identifiziert. Die Diskrepanz zwischen Zielvorstellungen und Ergebnissen von Entwicklungsplänen und -projekten wird weitgehend dadurch verursacht, daß soziale, gesellschaftliche und kulturell-religiöse Faktoren gar nicht oder zu wenig berücksichtigt werden.« (Nr. 22, S. 23)

Um einerseits die Not zumindest einiger ausländischer Studenten zu lindern und andererseits die obengenannten inhaltlichen Ziele zu erreichen, werden aus den Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes (KED) zwei Inlandsstipendien-Programme finanziert:

- KED-Stipendienprogramm für frei eingereiste ausländische Studenten, die ihre Zwischenprüfung abgeschlossen haben und entwicklungspolitisches Engagement gezeigt haben. Dauer: max. 36 Monate
- Flüchtlingsstipendien-Programm für Personen, die aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen verfolgt werden und eine Ausbildung in der Bundesrepublik machen können. Dauer: u. U. ganze Ausbildung.

Zur Zeit erhalten fast 270 Studenten diese Stipendien. Es wird von ihnen erwartet, daß sie – ohne ihr Leben zu gefährden – in der Bundesrepublik erworbene Qualifikationen in ihren Herkunftsländern oder anderen Ländern der 3. Welt anwenden, um soziale Gerechtigkeit, unabhängige und demokratische Entwicklung zu ermöglichen.

Um dies zu erreichen, sind im Begleitprogramm drei Maßnahmen entwickelt worden:

1. Maßnahmen zu entwicklungspolitischer Bildungsarbeit
2. Beratung auf individueller Ebene zusammen mit den Evangelischen Studentengemeinden
3. Maßnahmen zur Berufsplanung

Zu 1: In diesem Bereich geht es darum, den Stipendiaten Information über entwicklungspolitische Fragen zu vermitteln. Diese Fragen beziehen sich auf globale Zusammenhänge, länderspezifische Besonderheiten sowie fachspezifische bzw. themenbezogene Aspekte. Dazu zählen: Entwicklungstheorien, Angepaßte Technologien, Dorfentwicklungen, Basismedizin, Ökologie, Rassismus, Frauen in der 3. Welt, Basisbewegungen, Kinderarbeit usw. Diese Angebote werden in Form von Versammlungen, Seminaren oder Fachkursen durchgeführt.

Zu 2: Es sind zahlreiche Beratungsgespräche mit den Studenten notwendig, um sie bei der Lösung von Studienproblemen oder persönlichen Schwierig-

keiten zu unterstützen, mit ihnen ihre berufliche Perspektive zu planen und ihnen Kontakte zu Institutionen und Organisationen, die im Entwicklungsbe- reich tätig sind, zu vermitteln. Diese Arbeit geschieht in enger Kooperation mit den Studentengemeinden.

Zu 3: Der Bereich 'Maßnahmen zur Berufsplanung' ist gegenwärtig noch in Entwicklung. Ein Baustein aus diesem Bereich ist die Hospitation (oder Praktikum) in den von der Evangelischen Kirche unterstützten Projekten in Übersee.

Hintergründe des Vorbabens: Die meisten Stipendiat(inn)en stehen am Ende ihres Studiums vor der Frage, wo und was sie beruflich sinnvoll machen können; wie sie ihre Fachkenntnisse mit der Entwicklungsarbeit verbinden können. Viele möchten weder für Wirtschaftsunternehmen noch für staatliche Behörden in ihrem Herkunftsland oder einem anderen Land der 3. Welt arbeiten. Nur wenige haben jedoch Informationen über nationale oder internationale Entwicklungsprojekte. Nur wenige haben persönliche Verbindungen zu Organisationen und Personen in der 3. Welt, die Projekte betreiben. Leider werden viele Projekte seitens der Betreiber und Betroffenen in einem relativ geschlossenen Kreis betrieben. Außenstehende haben es schwer, einen Einblick in die Projektarbeit zu erhalten, auch wenn sie interessiert wären. Für ausländische Studenten ergibt sich die Information über Entwicklungsprojekte und eine Berührung mit ihnen in der Regel zufällig. Die Stipendiat(inn)en haben deshalb nur einen vagen Wunsch, entwicklungspolitisch sinnvoll arbeiten zu wollen. Sie können aber keine konkrete Berufsplanung in dieser Richtung machen.

Entwicklungspolitisches Engagement ist, wie oben bereits erwähnt, ein Prozeß, der sich bei jedem allmählich »entwickelt«, und ist im wesentlichen von Erfahrungen und Erlebnissen bestimmt, die in diesem Bereich gemacht werden. Praktische Erlebnisse und Begegnungen in den Projekten spielen hier eine entscheidende Rolle, wie es sich aus den Erfahrungen mit deutschen Studenten gezeigt hat. Rund 40 % von deutschen Studenten, die sich während des Studiums für einige Zeit in den Entwicklungsprojekten aufgehalten haben, arbeiten nach dem Studium im Bereich der Entwicklungsarbeit (bei nationalen oder internationalen Organisationen, Entwicklungsprojekten, voluntary-agencies etc.). Sie beziehen die Entwicklungsfragen in ihr Studium viel stärker ein als andere Studenten und nutzen gezielt die wenigen Studienmöglichkeiten in diesem Bereich aus, die inner- und außerhalb der Hochschulen angeboten werden. Es wäre wichtig, derartige Entwicklungsorientierung auch den ausländischen Studenten aus der 3. Welt zu ermöglichen.

Die fehlende Praxiserfahrung ist eines der Hindernisse, warum ausländische Stipendiat(inn)en nicht in ein Projekt vermittelt werden können, warum sie dort nicht vollverantwortlich und qualifiziert arbeiten können. Die meisten Studiengänge in der Bundesrepublik sind insgesamt wenig praktisch orientiert. Sie können die Praxis aus der 3. Welt noch weniger einbeziehen. So kennen die ausländischen Studenten so gut wie nicht das Arbeitsfeld von Entwicklungsprojekten.

Das Hospitations- (oder Praktikums-)Vorhaben soll helfen, solche Defizite in der entwicklungspolitischen Berufsperspektive für ausländische Stipendia-

t(inn)en zu minimieren. Der Aufenthalt in einem Projekt kann zwar die praktische Erfahrung nicht ersetzen. Sie kann aber entscheidende Anregungen für die zukünftige berufliche Planung geben. Sie soll deshalb als eine »praktische Phase zur Berufsorientierung« verstanden werden.

An der Ludwig-Maximilians-Universität:

Jetzt Studenten aus allen Ländern der Welt

Mit 559 Immatrikulierten stellen die Griechen an Uni und TU den größten Anteil / 4350 Ausländer insgesamt

Von unserem Redaktionsmitglied Rudolf Reiser

Die Ludwig-Maximilians-Universität hat jetzt das erreicht, was nur wenige Institutionen der Welt mit ihr gemeinsam haben: alle Staaten sind dort nach Auskunft der Studentenkanzlei vertreten. Der jüngste Student kommt aus Somalia, der sich im Fach Betriebswirtschaftslehre eingeschrieben hat. In einem sehr hohen Grad wird auch die TU von Ausländern besucht. Den stärksten Ausländeranteil an beiden Universitäten zusammen stellen die Griechen. Insgesamt sind an der Universität 3290, an der TU 1070 Gäste aus anderen Ländern immatrikuliert. Beliebtestes Studienfach an der Universität ist Germanistik, an der TU Elektrotechnik. Das größte Problem für die Ausländer ist nicht die deutsche Sprache, sondern die Wohnungssuche.

„Bei uns sind Studenten aus allen Staaten der Erde immatrikuliert“, sagte Wolfgang Matschke, Leiter der Studentenkanzlei der Ludwig-Maximilians-Universität, an der sich 3290 junge Leute aus dem Ausland auf ihren Beruf vorbereiten. Bevor sie aufgenommen werden, müssen sie eine Deutschprüfung absolvieren. „Wer da durch ist, ist sprachlich kompetent“, erklärte Matschke. Bei dieser Vorprüfung versagen weniger als 20 Prozent.

Den größten Ausländeranteil stellen an beiden Universitäten die 559 Griechen (380 an der Universität, 179 an der TU). Es folgen die Österreicher mit 552 Immatrikulierten (371 an der Uni, 181 an der TU). An dritter Stelle rangieren die 400 Studenten aus den USA (444 an der Uni, 46 an der TU). Viertstärkste Gruppe sind die Türken mit 215 (149 an der Uni, 66 an der TU).

Warum zieht es gerade die Griechen so sehr nach München? Matschke: „Das ist auf die traditionelle Bayernfreundlichkeit in Griechenland zurückzuführen“. Jeweils gleichviel von ihnen (nämlich 57) studieren Germanistik, Wirtschaftswissenschaften und Jura. Gerade das Jura-Studium hat bei uns Tradition“, sagte Matschke von der Studentenkanzlei. „Die Griechen haben nämlich ein Rechtssystem, das dem unseren sehr gleicht“.

Germanistik beliebtestes Fach

Insgesamt aber ist an der Ludwig-Maximilians-Universität Germanistik das mit Abstand beliebteste Fach. 498 Studenten fremder Nationalität belegen es. Es folgen die Fächer Medizin (380 Studenten), Politik/Sociologie (304), Geschichte/Kunst- und Theaterwissenschaft (275) und Jura (237). An der Technischen Universität sind die meisten Ausländer in Elektrotechnik (219 Studenten) eingeschrieben. In Maschinenwesen sind es 149, in Bauingenieurwesen 88, in Informatik 59, in Architektur 54, in Medizin 47 und in Chemie 46.

Aus Rußland nur Damen

An der TU sind nur knappe fünf Prozent der Ausländer weiblichen Geschlechts. An der Ludwig-Maximilians-Universität dagegen haben sich genausoviele junge Damen wie Herren eingeschrieben. Doch sieht man sich die einzelnen Nationalitäten der Studenten an, macht man erstaunliche Feststellungen. Von folgenden Ausländern sind die Mädchen eindeutig in der Mehrzahl: Russen (100 Prozent), Damen, insgesamt sechs), Finnland und Frankreich (je 78 Prozent), Schweden (73 Prozent), Brasilien (65 Prozent), Großbritannien und Kolumbien (je 64 Prozent), Mexiko und Jugoslawien (je 60 Prozent). Von den Ägyptern, Türken, Indern, Chinesen sind eindeutig die Studenten männlichen Geschlechts in der Mehrzahl.

Erfolg im Studium haben die Ausländer nahezu im selben Ausmaß wie die Deutschen. Während den Deutschen rund 20 Prozent der Immatrikulierten die Ludwig-Maximilians-Universität vor-

zeitig verlassen, beträgt bei den Fremden die entsprechende Quote rund 25 Prozent. Allerdings sind unter den ausländischen Abbrechern sehr viele Germanisten, die nach genügend Deutschkenntnissen wieder in ihr Heimatland zurückkehren, um dort dann weiter zu studieren. In Fächern, in denen aber ein Examen unbedingt notwendig ist (zum Beispiel Medizin), sei die Abbrecherquote erheblich geringer, sagt Matschke.

Optimale Betreuung lohnt sich

Er ist auch der Meinung, daß sich eine optimale Betreuung der Ausländer in der Zukunft auf jeden Fall auszahlen wird. Tschou-En-Lai, beispielsweise, habe in den zwanziger Jahren in Deutschland studiert und auch in unruhigen Zeiten, wie der Kulturrevolution, die Beziehungen zu den Deutschen nie abreißen lassen. Matschke hat die Erfahrung gemacht, daß die Deutschfreundlichkeit vieler Ausländer, die in ihrer Heimat hohe Ämter bekleiden, auf ihre Studienjahre bei uns zurückzuführen ist. Deshalb auch sein Appell an die Münchner, insbesondere auch den ausländischen Studenten bei der Wohnungssuche behilflich zu sein.

S.Z.
13./5.85

ANHANG

Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/3635

Große Anfrage

der Abgeordneten Daweke, Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Hornhues, Dr. Stercken, Frau Rönsch, Frau Dr. Wisniewski, Rossmann, Schemken, Frau Hoffmann (Soltau), Frau Geiger, Lowack und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Neuhausen, Dr.-Ing. Laermann, Kohn, Dr. Rumpf, Frau Seiler-Albring, Frau Dr. Hamm-Brücher, Dr. Hirsch, Baum, Frau Dr. Segall, Dr. Haussmann, Schäfer (Mainz) und der Fraktion der FDP

Situation und Perspektiven des Studiums ausländischer Studierender in der Bundesrepublik Deutschland

Das Studium ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen ist ein wesentlicher Teil der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft, Forschung und Technologie, auf die alle Länder – sowohl die Industrie- als auch die Entwicklungsländer – angewiesen sind. Die Bundesrepublik Deutschland muß als rohstoffarme Industriegesellschaft in der Mitte Europas ein großes Interesse daran haben, daß Ausländer sich an deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen aus- und weiterbilden können, wie dies auch der kulturellen und wissenschaftlichen Tradition an der deutschen Hochschule entspricht.

Das Ausländerstudium leistet einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Verständigung und zur Entwicklung der internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten.

Viele der in unserem Land Ausgebildeten werden nach ihrer Rückkehr in ihr Heimatland Partner der Bundesrepublik Deutschland in Wissenschaft und Forschung, in der technologischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Dies dient auch der Entwicklung der Handelsbeziehungen und der zukünftigen Exportchancen der Wirtschaft.

Ein tieferes Verständnis für Menschen anderer Nationalität und Kultur ist zudem ein Beitrag zum Frieden.

Eine besondere Gruppe innerhalb der ausländischen Hochschüler stellen die Kinder ausländischer Arbeitnehmer dar, die in der Bundesrepublik Deutschland aufgewachsen sind. Für sie muß es – soweit erforderlich – besondere Bestimmungen geben, um ihre Chancen im Hochschulbereich zu sichern.

Bund, Länder und Hochschulen müssen dafür Sorge tragen, daß eine ausreichende Zahl qualifizierter Bewerber ihre Studienabsichten in der Bundesrepublik Deutschland realisieren. Das Studium muß so vorbereitet und angelegt sein, daß die ausländischen Studenten hier erfolgreich studieren können und daß die Studienangebote den unterschiedlichen Belangen der ausländischen Studenten entsprechen. Dabei ist zu bedenken, daß die Studienangebote keineswegs nur im Interesse ausländischer Studenten liegen, sondern auch von deutschen Studenten, die später im Ausland beruflich tätig werden.

Die Sicherung der entsprechenden Rahmenbedingungen wie die Vermittlung hinreichender Sprachkenntnisse, gesicherter finanzieller Grundlagen, angemessener Wohnmöglichkeiten ist dabei von ebenso großer Bedeutung wie die Toleranz und das Verständnis der Bürger für die Belange der ausländischen Studenten und die Unterstützung durch deutsche Studenten und die Lehrenden an den Hochschulen.

Obwohl die Mehrzahl der ausländischen Studenten wegen zum Teil unzureichend ausgebauter Hochschulsysteme, besonders in der Dritten Welt, zu einem Vollstudium in die Bundesrepublik Deutschland kommt, sollen die Möglichkeiten zu einem Postgraduiertenstudium, in dem auch entwicklungsländerspezifische Schwerpunkte gesetzt werden, ausgebaut werden.

Ein Rückgang des Ausländerstudiums wäre kulturpolitisch, entwicklungspolitisch und insbesondere hochschul- und forschungspolitisch nicht zu vertreten. Die Sicherung und Verbesserung des Ausländerstudiums ist deshalb für die Bundesrepublik Deutschland selbst, für die Studienbewerber aus Industriestaaten und Entwicklungsländern sowie für die hier aufgewachsenen Ausländer (sog. Bildungsinländer) von großer Bedeutung.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

1. Wie hat sich die Zahl der ausländischen Studenten und Studienanfänger (Ausländer, Ausländer mit deutscher Hochschulzugangsberechtigung, EG-Ausländer) in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin und ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studenten / Studienanfänger in den zurückliegenden Jahren, differenziert nach Nationalität, Studiengang und Hochschultypen, entwickelt?
2. Wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung, insbesondere die Veränderungen im Hinblick auf Nationalität, Studiengänge und Hochschultypen?
3. Wie hat sich die Zahl der Bewerber und Zulassungen zu Studienkollegs entwickelt, und gibt es dabei wesentliche Veränderungen im Hinblick auf Nationalitäten, Studienwahl und Auslastung der Ausbildungskapazitäten der Studienkollegs?
4. Welche Ursachen gibt es für die Veränderungen bei der Entwicklung der Zahl der Studienanfänger und für den Rückgang der Bewerberzahlen an den Studienkollegs?
5. Welche Probleme sind im Zusammenhang mit der 14. Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Ausländergesetzes entstanden, und welche

- Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um diese Probleme zu beseitigen?
6. Wird die Bundesregierung neue Initiativen ergreifen, um im Zusammenwirken mit den Ländern sicherzustellen, daß qualifizierte Studenten aus Entwicklungsländern und Industriestaaten zu Studienaufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland verstärkt ermutigt werden und angemessene Zulassungschancen an den Hochschulen erhalten?
 7. Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation hier aufgewachsener junger Ausländer, und sieht sie die Notwendigkeit, für sie eine eigene Quote im Zulassungsverfahren vorzusehen und sie in das ZVS-Verfahren einzubeziehen?
 8. Inwieweit werden sog. Bildungsinländer bei der Studienfinanzierung
 - durch Ausbildungsförderung
 - durch öffentliche und private Stipendien
 berücksichtigt, und welche Einschränkungen sind hier im Vergleich zu deutschen Studenten festzustellen?
 9. Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der neuen Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zu Fragen der Mobilität im Bildungsbereich hinsichtlich der Zulassung und Förderung ausländischer Studenten aus EG-Mitgliedstaaten?
 10. Welche Probleme sind im Hinblick auf die Studienfinanzierung und soziale Integration in das Hochschulleben insbesondere für Studenten aus Entwicklungsländern aufgetreten, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß in diesem Bereich Maßnahmen dringlich sind, um bestehende Probleme zu entschärfen?
 11. Wie groß ist der Anteil ausländischer Studenten, die ihren Studienaufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich Berlin durch Stipendien der Mittlerorganisationen der auswärtigen Kulturpolitik oder ihrer Regierungen finanzieren? Wie groß ist die Summe der Mittel, die die Bundesregierung für Stipendien an ausländischen Studenten vergibt? Wie verteilen sich diese Mittel auf die einzelnen Ressorts der Bundesregierung? Wie verteilen sich diese Stipendien – unterschieden nach Kurzstudienaufenthalten und Vollstudien – auf die einzelnen Nationalitäten?
 12. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bedeutung des besonderen Studienangebots der Fachhochschulen für ausländische Studenten, dies insbesondere im Hinblick darauf, daß rd. 90 v. H. der ausländischen Studenten, die ein Vollstudium absolvieren, aus Entwicklungsländern stammen? Welche Initiativen hat die Bundesregierung eingeleitet, etwaige Probleme bei der Anerkennung der Fachhochschuldiplome einer Lösung zuzuführen?
 13. Berücksichtigt nach Auffassung der Bundesregierung das Studienangebot der Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland hinreichend entwicklungspolitische und internationale Fragestellungen, um dem Interesse der ausländischen Studenten und an einer Tätigkeit im Ausland interessierter deutscher Studenten zu genügen?
 14. Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, für ausländische Studierende aus Entwicklungsländern nach Abschluß des Studiums geeignete, zeitlich begrenzte Reintegrationsmaßnahmen vor allem im Bereich der Medizin und Technik vorzusehen?
 15. Wie beurteilt die Bundesregierung die Bemühungen der Mittlerorganisationen der auswärtigen Kulturpolitik zur Nachbetreuung ihrer Stipendiaten? Welche Maßnahmen sind aus der Sicht der Bundesregierung geeignet, die Nachbetreuung ggf. zu intensivieren und zu verbessern?
 16. Welche konkreten Maßnahmen zur Sicherung und Verbesserung des Ausländerstu-

diums sind z. Z. in Bund und Ländern in der Diskussion, und welchen Beitrag wird der Bund hierzu leisten?

17. Welche Faktoren spielen nach Auffassung der Bundesregierung eine besonders wichtige Rolle, den Studienerfolg ausländischer Studenten zu gewährleisten? Trifft es zu, daß 25 v. H. der Studienabbrüche ausländischer Studenten bereits nach dem dritten Fachsemester erfolgen? Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung geeignet, diese Quote zu senken?
18. Welche Gremien befassen sich mit für das Ausländerstudium relevanten Fragestellungen, und sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die Koordinierung dieser Arbeiten im Interesse sachgerechter Gesamtlösungen zu verbessern?
19. Welche Instrumente stehen der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Förderung des Ausländerstudiums zur Verfügung, und wie weit sind sie geeignet, die eingangs genannten Ziele zu erfüllen?

Bonn, den 9. Juli 1985

Fritz Knacke
**Protokoll der Podiumsdiskussion mit
 Bundestagsabgeordneten zum Thema:
 »Ausländerrecht für Studierende –
 gegenwärtiger Stand und mögliche Entwicklung«**

Der besonders durch den Visumszwang zu verzeichnende Rückgang von Bewerbern aus Entwicklungsländern war Anlaß für die Universität, am 5.6.1985 eine Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten im KSG Zentrum zu veranstalten.

Die Bedeutung dieser Veranstaltung ging weit über Dortmund hinaus, was auch daran deutlich wurde, daß Vertreter der WRK, des Auswärtigen Amtes, des World University Service wie auch von verschiedenen Auslandsämtern und ASten anderer Hochschulen anwesend waren.

Grundsätzlich wurde die Bedeutung des Ausländerstudiums in der Bundesrepublik von allen Podiumsteilnehmern mit den üblichen Argumenten bejaht. Unterschiede gab es allerdings in der Gewichtung der einzelnen Gründe. Während Vertreter der CDU und FDP zwar bestritten, daß die wirtschaftlichen Gründe Priorität hätten und auch für sich in Anspruch nahmen, daß entwicklungspolitische Gründe im Vordergrund stehen, hielten sie die Verflechtung mit wirtschaftlichen Gründen für legitim. Der Vertreter der SPD hob die entwicklungspolitische Bedeutung hervor, wie sie auch von dem Vertreter der Grünen bestätigt wurde, der aber noch stärker den bildungspolitischen Gesichtspunkt betonte. Entsprechend unterschiedlich waren auch die Ansichten zur Regelungsbedürftigkeit des Ausländerstudiums durch Ausländerrecht. Dr. Olderog (CDU) vertrat die Ansicht, daß zum Schutz vor Mißbrauch ausländerrechtliche Regeln erforderlich seien. Er gab zu, nicht über ausreichende Detailkenntnisse zu verfügen und äußerte sein Interesse, Informationen und Vorschläge zu erhalten, wie die ausländerrechtlichen Regeln zu verbessern sind, um unerwünschte Nebenwirkungen auszuschließen.

Der Kommissionsbericht (1) sei immer noch aktuell und Gegenstand von Gesprächen. Die Empfehlungen seien eingeflossen in Gesetzentwürfe von Herrn Zimmermann (die von anderen Podiumsteilnehmern als Geheimpapiere bezeichnet wurden) und wurden in Koalitionsgesprächen verhandelt, wobei Herr Zimmermann Positionen zurücknehmen mußte wie auch die FDP, im übrigen habe Herr Kohl aus eigener Überzeugung im wesentlichen die Positionen der FDP übernommen. Um welche Punkte es sich handelt, wurde nicht gesagt.

Am Schluß sagte Herr Olderog: »Was die Sichtvermerksregelung angeht [...], so war mir auch vorher schon klar, daß das nicht funktioniert und gerade auch in den Beiträgen, die mehr sachlich waren, ist darauf hingewiesen worden, daß das Wirkungen ausgelöst hat, die wir nicht wollen, daß die Zahl der Studienbewerber zurückgegangen ist. Ich persönlich werde mich auch nach dieser Diskussion dafür einsetzen, daß das geändert wird.«

Gerd Wartenberg (SPD) betont die entwicklungspolitischen und bildungspolitischen Ziele des Ausländerstudiums und hält von daher die Empfehlungen des Kommissionsberichts für nicht vereinbar mit diesen Zielen. Er spricht sich gegen eine Vermischung von ausländerpolitischen und ausbildungspolitischen Gesichtspunkten aus. Er hält die Visumpflicht für nicht tauglich, um Probleme des Mißbrauchs zu verhin-

dern, und ist für eine Abschaffung nach Ablauf der Erprobungsphase des Studienbewerbers. Er hält die ganzen ausländerrechtlichen Regelungen für ausländische Studenten als zu große Hämmer gegen geringe Zahlen.

Gerd Wartenberg verdeutlicht, daß allein die Diskussion über eine Verschärfung des Ausländerrechts häufig dazu führt, daß Behörden bereits restriktiv vorgehen, indem sie Empfehlungen aus dem Kommissionsbericht bereits als geltendes Recht handhaben, besonders in Berlin und Baden-Württemberg. Er weist darauf hin, welche Belastung es für einen ausländischen Studenten bedeutet, wenn er unter der Kontrolle und Begutachtung der Ausländerpolizei steht. Die SPD lehnt eine noch stärkere Verlagerung von hochschul- bzw. bildungspolitischen Bereichen in den ausländerpolitischen Bereich ab.

Rolf Schniedermann (FDP) hat die Einbeziehung des Ausländerstudiums in die Empfehlungen des Kommissionsberichtes für falsch angesehen. Er gibt ebenfalls zu, daß der Visumzwang Einschränkungen gebracht hat, meint aber, daß dieses ja bereits korrigiert sei. Diese Lösung müßte aber verlängert werden und vereinfacht. Andererseits weist er darauf hin, daß das Bundesbildungsministerium sich gegen die Empfehlung des Kommissionsberichtes ausgesprochen hat, da die Mißbräuche durch die Hochschulen verhindert werden können. Obwohl er selbst nur für eine Reform der Sichtvermerksregelung eintritt, weist er darauf hin, daß sein Parteikollege Dr. Hirsch diese 1983 schon als zu bürokratisch abgelehnt hat. Er betont nochmals besonders, daß die Möglichkeiten für eine praktische Vertiefung und ein Ergänzungsstudium offen gehalten werden müssen, warnt vor Einwanderungsabsichten, sagt aber gleichzeitig, daß dieses ja auch von den meisten Studenten gar nicht beabsichtigt wird. Außerdem kritisiert er die Praktiken der Ausländerbehörden und bestätigt, daß Prüfungsmißerfolge nicht zur Ausweisung führen sollten und daß Ausländerbehörden nicht über Qualifikation von Studenten und Studienbewerbern entscheiden dürften.

Christian Ströbele (Die Grünen) weist zunächst darauf hin, daß im Dritten Reich mehr als achthunderttausend Deutsche im Ausland Asyl sowie Studien- und Arbeitsplätze gefunden haben. Für ihn ist die Ausbildung von ausländischen Studenten die sinnvollste Entwicklungshilfe. Da sich die Industrienationen einschließlich der Bundesrepublik Deutschland in der Kolonialzeit an diesen Ländern erheblich bereichert haben, wäre die Förderung des Ausländerstudiums eine Bringschuld für die Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Grunde lehnt er alle ausländerrechtlichen Reglementierungen ab. Im Gegenteil behauptet er, es ginge nicht lediglich um eine Gleichberechtigung der ausländischen Studenten, sondern aufgrund ihrer benachteiligten Situation um eine bevorzugte Förderung.

Besonders stark weist er den Widerspruch nach zwischen der Familienpolitik des Herrn Geißler, der die Ehe unter den besonderen Schutz stellt, und dem Verbot des Ehegattennachzugs für ausländische Studenten. Er zeigt die Rechtslage auf, die nach dreijähriger Trennung grundsätzlich das Zerrüttungsprinzip anerkennt, und verdeutlicht, daß ausländische Studenten in die Scheidung getrieben werden. Er hält diese Regelung grundsätzlich für verfassungsfeindlich und fragt die CDU: »Was sagt eigentlich der Papst dazu?«

Finanzierungsfragen

Christian Ströbele betont, daß bereits der geforderte Finanzierungsnachweis eine Selektion durchführt, die benachteiligte Minderheiten aus vielen Ländern ausschließt. Da auch Dr. Olderog für den Zugang von benachteiligten Minderheiten aus anderen

Ländern an deutschen Hochschulen ist, sind eigentlich alle dafür, daß es finanzielle Hilfen geben muß. Dr. Olderog fürchtet aber, daß aufgrund der Haushaltslage nur geringe Möglichkeiten vorhanden sind. Er sagt, die Bundesregierung prüft eine Lösung im bescheidenen Umfang. Die FDP diskutiert gegenwärtig eine Bafög-Förderung nach dem Grundstudium. Die SPD ist für eine Förderung in Notlagen, wie z. B. bei Iranern, über die bestehenden Förderungsorganisationen. Die Grünen schlagen vor, alle Beschränkungen abzuschaffen und zusätzlich Bafög zu gewähren ab Beginn des Studiums einschließlich der Studienvorleistung Deutschkurs, Studienkolleg. Man sollte das einfach mal probieren, da der Anteil ausländischer Studenten so gering ist und kein echtes Problem besteht. Wenn die Zahlen dann wirklich auf 10 Prozent zugehen, dann könnte man ja erneut über Regelung nachdenken.

Asylantenfragen

Alle Podiumsteilnehmer waren einer Meinung, daß keine weiteren Verschärfungen eingeführt werden sollten. Dr. Olderog sprach sich auch gegen eine Unterscheidung von Asylbewerbern aus sozialistischen Staaten und anderen aus. Während Dr. Olderog die Angst verbreitet, daß zu viele Asylanten die Ausländerfeindlichkeit verstärken, zeigt Gerd Wartenberg auf, daß von 1951 bis heute lediglich 52 000 Asylbewerber anerkannt wurden. Eine Verschärfung des Asylrechts führt zur Entrechtung und löst das Problem nicht. Die Ortsgebundenheit sei unsinnig; wenn man die Freizügigkeit einschränken will, sollte dieses bis zu den Ländergrenzen ausgeweitet werden. Er hält bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage auch das Arbeitsverbot für unsinnig.

Rede und Gegenrede

Dr. Olderog behauptet, daß die meisten Restriktionen durch die Verwaltung gehandhabt werden, sprich Ministerien und untergeordnete Behörden, und ihm nur bekannt sei, daß das Parlament lediglich das Asylverfahrensgesetz behandelt hat. Christian Ströbele weist darauf hin, daß man doch nicht leugnen könne, daß die 14. Änderung ... eine der ersten Taten der damals amtierenden Koalition war.

Stimmen aus dem Plenum

Herr Pollak von der WRK weist anhand von Zahlen die negativen Auswirkungen der Sichtvermerksregelung auf den Bewerberrückgang nach, spricht sich aber nur für eine Verbesserung des Studienbewerbersverfahrens aus.

Herr Ghawami von »World University Service« möchte das Ausländerstudium unter rein bildungspolitischen Gesichtspunkten sehen und weist von daher alle ausländerrechtlichen Regelungen zurück. Er spricht sich für ein Menschenrecht auf Bildung aus und fordert eine Bafög-Förderung von Beginn des Studiums an. Er bittet aber zunächst einmal die anwesenden Politiker, den Antrag von WUS zur Unterstützung von in Not geratenen bona-fide-Flüchtlingen zu unterstützen.

Ein Diskussionspunkt war die Ausländerfeindlichkeit, zu der ein Plenumsteilnehmer sagte, daß diese von den Politikern unterstützt wird wie z. B. durch eine Äußerung von Herrn Albrecht, der gesagt haben soll, daß jeder Ausländer, der zurückkehrt, einen Arbeitsplatz freimacht. Dieses wird von Herrn Gerd Wartenberg noch verstärkt durch ein Beispiel, daß die CDU bei der Hessen-Wahl Anzeigen mit der Aussage herausgege-

ben hat, daß ein rot-grünes Bündnis Hessen zum »el dorado« für ausländische Kriminelle machen würde. Ein Student fordert, daß die politischen Parteien, besonders die CDU, eine bundesweite Demonstration gegen Ausländerfeindlichkeit durchführen sollte, um ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Dr. Olderog erklärte seine Bereitschaft, an solch einer Demonstration teilzunehmen. Christian Ströbele wies darauf hin, daß wahrscheinlich im Herbst eine Fülle von Gesetzen Rechtskraft erhalten würde, besonders im Ausländerbereich, und daß es da sicher sehr viele Demonstrationen geben würde, an denen die CDU dann teilnehmen könnte.

Der Student wies auch die Gewichtung in den Medien nach, indem über den bedauerlichen Vorfall in Brüssel mit 38 Toten eine Viertelstunde im Fernsehen berichtet wurde und über die tausend Toten aus Bangladesch nur 20 Sekunden. »Der Tod der Armen ist billiger als der Tod der Reichen.« Daß wirtschaftliche Gesichtspunkte doch eine erhebliche Rolle spielen, wies der Ausländervertreter des AStA der Universität Hamburg nach an folgenden Beispielen:

1. Die Firma Bloom & Voß baut eine Werft im Persischen Golf. Daraufhin wurde für 30 Maschinenbauingenieure aus dem Iran auf Antrag der iranischen Regierung an der Universität ein Sonderstudiengang und Sonderlehrgang zum Schiffsingenieurbaustudium eingerichtet. Diese jungen Leute wurden ohne bürokratische Schwierigkeiten und außerhalb der üblichen Quoten zugelassen.
2. Saudiarabische Gewerbelehrer konnten ohne bürokratische Schwierigkeiten mit ihren Ehefrauen zu einer Magisterausbildung in Erziehungswissenschaften technisch gewerblicher Fachrichtung ausgebildet werden. Einige gingen an die Gesamthochschule Kassel, um diesen Studiengang vor dem Aussterben zu bewahren. Die Technische Hochschule Hannover nahm Leute auf, um das Studienkolleg zu füllen, und die Universität Hamburg hat aus wirtschaftlichem Interesse dafür einen Studiengang eingerichtet. Dieses alles wurde veranlaßt nach einem Besuch des Herrn Bangemann in Saudiarabien.

Von den Studenten wird immer wieder betont, daß sie nur auf Zeit hier sind: »Die Deutschen und Westeuropäer sonnen sich an unseren Stränden, unsere Heimat ist schön, wir wollen wieder zurück, aber nicht mit Rausschmiß.« Sie beklagen die Schwierigkeiten mit den Behörden: »Das weiß nur jemand, der schon mal gezittert und geschwitzt hat, um diesen Stempel zu bekommen.« Sie beklagen die eingeschränkte Möglichkeit, sich nach dem Studium praktisch zu vertiefen, da sie mit dem rein theoretischen Wissen in ihrer Heimat kaum arbeiten können. Sie beklagen die rechtlichen Schwierigkeiten bei der Arbeitsaufnahme, die ihnen nur im Jahr zwei Monate gestattet und sonst von einer Arbeitserlaubnis vom Arbeitsamt abhängig ist, die selten zu erhalten ist, weil Deutsche und EG-Angehörige bevorzugt sind. D. h. selbst wenn sie auf dem knappen Arbeitsmarkt eine Stelle bekommen und ein Unternehmen bereit ist, sie einzustellen, kann dieses noch an der rechtlichen Voraussetzung scheitern. Ein iranischer Student weist auf die Schizophrenie hin, daß einmal die Zulassungsbeschränkung für Iraner erlassen wurde zu einer Zeit, als im Iran die Hochschulen geschlossen waren, daß diese Zulassungsbeschränkungen gleichzeitig nur regierungstreuen Iranern ermöglicht, in der Bundesrepublik zu studieren. Er weist aber auch auf die politischen Verhältnisse hin, daß die Bundesregierung aus wirtschaftlichem Interesse das Khomeini-Regime weiter stützt und durch die Wirtschaft und direkte und indirekte Waffenlieferung. Dadurch sei dieser wahnsinnige Krieg nur möglich und das habe zur Folge, daß viele junge Menschen aus dem Iran flüchten und ihren Aufenthalt hier durch ein Studium sinnvoll nutzen wollen. Aber für ihren Lebensunterhalt fühle sich hier niemand verantwortlich, mit anderen Worten: Die Bundesrepublik unterstütze aus wirtschaftlichem Interesse ein unmenschliches System und lasse die Opfer verhungern.

Wissenschaftsrat: Stellungnahme zum Studienangebot für Studenten aus Entwicklungsländern

Vorbemerkung

Bund und Länder haben sich an den Wissenschaftsrat mit der Bitte um eine Stellungnahme zu hochschulspezifischen Aspekten des Studiums von Studenten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland gewandt. Es ging dabei nicht um eine umfassende Darstellung und Analyse der allgemeinen Studiensituation dieser Studenten. Die Anfrage zielte ebensowenig auf die Erörterung von allgemeinen politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen ihres Studiums, also z. B. von Fragen der Zulassungsregelung, der Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung, der Bedingungen und Folgen der quantitativen Entwicklung der Nachfrage etc. Diese und weitere Aspekte der allgemeinen Thematik sind in den letzten Jahren wiederholt Gegenstand von Beratungen und Empfehlungen insbesondere der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und der Bundesregierung gewesen. Die Stellungnahme sollte sich vielmehr schwerpunktmäßig auf zwei Fragen konzentrieren:

- Welche Teile des Studienangebots der deutschen Hochschulen erscheinen für Studenten aus Entwicklungsländern als besonders geeignet?
- Können und sollen für Studenten aus Entwicklungsländern besondere Studienangebote bereitgestellt werden und gegebenenfalls welche?

Zur Vorbereitung der Stellungnahme hat der Wissenschaftsrat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der auch Sachverständige angehörten, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Außerdem wurden weitere Informationsgespräche mit einer Reihe in diesem Feld besonders erfahrener Wissenschaftler geführt. Der Wissenschaftsrat dankt allen, die ihm ihren Rat zur Verfügung gestellt haben. Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 10. Mai 1985 verabschiedet.

I. Allgemeine Gesichtspunkte

a) Studenten aus Entwicklungsländern bilden eine in sich sehr heterogene Gruppe, auch unabhängig von ihrer Differenzierung nach Herkunftsländer¹. Nicht alle Untergruppen sind im Hinblick auf ihre Studiensituation von gleicher Bedeutung für die folgende Darlegung.

So brauchen hier die Studenten aus Entwicklungsländern, die die Hochschulzugangsberechtigung im Bundesgebiet erworben haben (»Bildungsinländer«), keine besondere Beachtung zu finden. Diese Qualifikation sichert ihnen im Prinzip die gleichen Studienmöglichkeiten wie den deutschen Studienbewerbern. Angesprochen wird im folgenden auch nicht die Situation der Studenten aus Entwicklungsländern, die ihre Heimat aus politischen und sozialen Gründen verlassen haben und bei denen im Zeitpunkt des Studienbeginns nicht davon ausgegangen werden kann, daß sie in absehbarer Zeit in ihr Heimatland zurückkehren. Deren Situation ist zwar häufig besonders problematisch, dies aber nicht aus Gründen, die über die Gestaltung der Studienangebote der Hochschulen weitlich zu beeinflussen wären.

Die folgenden Überlegungen und Vorschläge beziehen sich speziell auf jene Studen-

ten aus Entwicklungsländern, die ausschließlich zum Zwecke des Studiums in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind und die Absicht haben, in ihr Heimatland zurückzukehren. Für diese stellt sich das besondere Problem, wie ihr Studium so eingerichtet werden kann, daß es sich bei späterer Arbeit in ihrem Heimatland als nützlich und sinnvoll erweist. Eine Voraussetzung dafür ist jenseits aller Fragen der inhaltlichen Ausrichtung ihres Studiums, daß dieses nicht schon wegen der Überlänge der Studiendauer und der dadurch bedingten langen Abwesenheit vom Heimatland zur Entfremdung von heimischen Verhältnissen mit der Folge beiträgt, daß der Rückkehrwille dieser Studenten schwindet. Dies wäre mit den entwicklungspolitischen Zielsetzungen der Bundesrepublik Deutschland nicht vereinbar. Von größerer Bedeutung ist es deshalb, für die Studenten Bedingungen zu schaffen, die es möglich machen, daß zeitlich begrenzte Studien zügig und erfolgreich absolviert werden können. Dies wird nicht zu sichern sein ohne eine Aufnahme- und Zulassungspraxis, die dem Vorhandensein der erforderlichen fachlichen und sprachlichen Vorkenntnisse eine besondere Aufmerksamkeit schenkt. Im Hinblick darauf spielen in der Vorstudienphase die sogenannten Studienkollegs eine entscheidende Rolle.

b) Fragen und Folgeprobleme der Studiendauer sind gegenwärtig von besonderem Gewicht, weil sich ein erheblicher Anteil (schätzungsweise 80 %) der Studenten aus Entwicklungsländern in der Bundesrepublik Deutschland in einem grundständigen Studium befindet; sie absolvieren hier ein volles Studium, dem in aller Regel noch das einjährige Studienkolleg vorgeschaltet ist. Dies bedeutet zwangsläufig einen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland von mindestens vier bis sechs Jahren. Im Hinblick auf Reintegrationschancen erscheinen Studien weniger problematisch, die z. B. erst im Hauptstudium (vgl. III. 2) oder erst nach einer Graduierung im Ausland (postgraduale Studien, vgl. IV) einsetzen.

c) Insofern wird es begrüßt, daß in den Entwicklungsländern eigene Hochschulsysteme entstanden sind und teilweise – auch über den Bachelor-Abschluß hinaus – noch ausgebaut werden. Damit wird in Zukunft die Notwendigkeit, ein Vollstudium in einem Industrieland zu absolvieren, abnehmen und die Möglichkeit zunehmen, sich dort auf kürzere postgraduale Studien – als wünschenswerte Ergänzung der heimischen Studienangebote – zu konzentrieren.

Dieses Ziel wird bereits seit längerem verfolgt und ist auch in einschlägigen Dokumenten der Europäischen Gemeinschaft und des Europarates begrüßt worden. Wenn sich die Entwicklung in diese Richtung allmählich auswirkt, so ist damit auf längere Sicht der Förderung der Entwicklungsländer mehr und besser gedient als mit Maßnahmen, die auf die Förderung von Vollstudien in der Bundesrepublik Deutschland gerichtet sind und immer nur für vergleichsweise wenige in Betracht kommen können.

d) Eine grundsätzliche Aussage zu den Fachrichtungen, die für Studenten aus Entwicklungsländern besonders wichtig sind und deshalb mit Vorrang zu empfehlen wären, hält der Wissenschaftsrat nicht für erforderlich. Die Erfahrung zeigt, daß die Studenten von sich aus überwiegend eine zweckmäßige Studienfachwahl treffen. Grundsatz sollte auch weiterhin sein, daß für Studenten aus Entwicklungsländern ebenso wie für alle anderen ausländischen Studenten alle Fachrichtungen offenstehen.

II. Bedingungen der Studierfähigkeit

a) Der Wissenschaftsrat ist der Auffassung, daß eine besondere Förderung von Studenten aus Entwicklungsländern nicht dazu führen darf, die fachlichen Anforderungen des normalen Studiums für sie herunterzusetzen und ihnen auf diese Weise einen er-

folgreichen Studienabschluß zu erleichtern. Anspruchslose Sonderprogramme und lässige Prüfungspraktiken sind nicht nur den Hochschulen nicht zuzumuten; sie würden auch zur Entwertung der Studienabschlüsse führen und langfristig einer negativen Auslese ausländischer Studienbewerber Vorschub leisten. Sinnvoll könnte es sicher sein, in die Lehr- und Prüfungsstoffe in stärkerem Maße entwicklungs-länder-spezifische Problem- und Anwendungsbereiche aufzunehmen. Die Möglichkeiten dazu sind aber begrenzt (vgl. III. 1, III. 2 und IV).

Dagegen erscheint es zweckmäßig und möglich, einige wichtige Bedingungen für erfolgreiches und zügiges Studieren zu verbessern (vgl. II. b, c und d). Dadurch wird es sich freilich nicht erübrigen, bereits bei der Zulassung ausländischer Studenten auch in deren Interesse zu fordern, daß die notwendigen sprachlichen und fachlichen Vorkenntnisse vorhanden sind. Vorhandene Defizite können während eines Studiums in den Hochschulen nur in engen Grenzen ausgeglichen werden. Die nachfolgende Studienzeit bleibt am Ende doch vergeblich, wenn bei der Zulassung allzu große Toleranzen eingeräumt werden.

b) Die gravierendsten Probleme ergeben sich für Studenten aus Entwicklungsländern dann, wenn sie die deutsche Sprache nur unzulänglich beherrschen. Erfolgreiche Studien oder überlange Studienzeiten resultieren in erster Linie aus sprachlichen Verständnis- und Darstellungsschwächen. Hier vor allem ist anzusetzen, um die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium zu verbessern. Die sprachlichen Anforderungen bei der Zulassung müssen sich an einem angemessenen Standard orientieren². Wichtig ist die verstärkte Förderung der Sprachausbildung vor Studienbeginn. Unabhängig davon sollten aber auch den Hochschulen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, um fachbereichsorientierte Sprachkurse für Studenten der Entwicklungsländer dort anbieten zu können, wo diese in größerer Zahl vertreten sind. Darüber hinaus sollte von der Fernuniversität Hagen geprüft werden, ob und gegebenenfalls unter welchen Voraussetzungen sie sich an Sprachprogrammen beteiligen kann.

c) Die unzureichende Fortentwicklung der Sprachfähigkeit während des Studiums und Orientierungsprobleme, die zu einer Beeinträchtigung der Studieneffizienz führen, sind auch und nicht zuletzt eine Folge sozialer Isolierung von Studenten aus Entwicklungsländern. Dieser Umstand gibt Anlaß zu besonderer Sorge. Der Wissenschaftsrat gewann den Eindruck, daß es diesen Studenten allzu häufig unmöglich ist, dauerhafte intensive Kontakte zu deutschen Kommilitonen zu knüpfen, und daß ihre Beziehungen sich allzu häufig auf den Umgang mit Landsleuten oder Studenten beschränken, die in einer ähnlichen Lage sind wie selbst. Hochschulen und Studentenschaften müssen stärkere Anstrengungen unternehmen, um Isolation und Enklavenbildung ausländischer Studenten zu verhindern. Dabei sollten auch folgende Maßnahmen versucht werden:

- Die Hochschulen sollten für Studenten aus Entwicklungsländern – über die schon üblichen allgemeinen Betreuungsmittel hinaus – Mittel für Tutoren erhalten, die den Fachbereichen oder auch Instituten oder Seminaren zugeordnet werden. Ihre Aufgabe ist es, Studenten aus Entwicklungsländern fachlich zu betreuen – dies auch während der vorlesungsfreien Zeit.
- Studenten und studentische Vereinigungen sollten mit Nachdruck angeregt werden, »Patenschaften« für einen oder mehrere Kommilitonen aus Entwicklungsländern zu übernehmen und auf diese Weise ihre soziale Integration zu fördern.
- Bei der Belegung von Studentenwohnheimen sollte einerseits dafür gesorgt werden, daß für Studenten aus Entwicklungsländern Plätze auch dann bereitgehalten werden, wenn sich ihre Immatrikulation verzögert. Andererseits sollte konsequenter als bisher auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen ausländischen und deutschen Stu-

dentem geachtet werden, so daß die Chancen, in einem Studentenwohnheim Kontakte zu deutschen Kommilitonen zu gewinnen, nicht zu sehr begrenzt oder gar ausgeschlossen werden.

d) Das Ziel, innerhalb angemessener Studienzeiten einen erfolgreichen Studienabschluß zu erlangen, wird von einer offensichtlich wachsenden Zahl von Studenten aus Entwicklungsländern auch aufgrund finanzieller Probleme nicht erreicht. Die in den letzten Jahren erheblich erschwerten Verdienstmöglichkeiten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland schließen die Finanzierung eines Studiums durch Arbeit praktisch aus. Auch wenn die Art der Finanzierung möglich wäre, würde sie keine angemessene Lösung darstellen, da sie mit dem Ziel, für zügige und konzentrierte Studien zu sorgen, nicht vereinbar wäre.

Bund und Länder sollten sich verpflichtet wissen, die finanzielle Förderung von Studenten aus Entwicklungsländern zu verstärken. Beide haben in den letzten Jahren immer wieder die Bedeutung eines Studiums von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland betont. Auch das Hochschulrahmengesetz (§ 2 Abs. 5) bestimmt, daß die Hochschulen den Austausch zwischen deutschen und ausländischen Hochschulen fördern und die besonderen Bedürfnisse ausländischer Studenten berücksichtigen sollen. Konsens besteht darüber, daß diese Bemühungen gerade auch den Studenten aus Entwicklungsländern gelten sollen. Die Verwirklichung der politischen Absichtserklärungen von Bund und Ländern zur Förderung des Studiums von Studenten aus Entwicklungsländern setzt aber voraus, daß entsprechende Stipendienmittel in größerem Umfang als bisher zur Verfügung gestellt werden.

III. Studienangebote für ein Vollstudium

Wegen der zur Zeit zum Teil unzureichend ausgebauten Studiensysteme oder noch nicht voll ausgestatteten Hochschulen in Entwicklungsländern ist bis auf weiteres damit zu rechnen, daß Studienbewerber aus Ländern der Dritten Welt in größerer Zahl ein Vollstudium in der Bundesrepublik Deutschland anstreben werden.

III. 1. Grundstudium

Der Wissenschaftsrat hat erörtert, ob im Rahmen grundständiger Studiengänge bereits im Grundstudium (erster Studienabschnitt bis zur Zwischenprüfung) Studiemöglichkeiten mit Ausrichtung auf spezifische Probleme der Entwicklungsländer entwickelt und angeboten werden können. Die Frage ist zu verneinen. Unabdingbar ist, daß im Grundstudium die wissenschaftlichen Grundlagen einer Disziplin gelehrt und gelernt werden, und hier kommen regionale Gesichtspunkte nicht in Betracht.

III. 2. Hauptstudium

Anders als im Grundstudium ist es im Hauptstudium (zweiter Studienabschnitt nach der Zwischenprüfung bis zum berufsbefähigenden Studienabschluß) vielfach möglich, regionalspezifische Gesichtspunkte in Lehre und Studium aufzunehmen, darunter auch Problem- und Anwendungsbezüge, die Entwicklungsländer besonders betreffen. In einzelnen Fällen sollten solche Studiemöglichkeiten eröffnet und als Wahlpflicht- oder Wahlfächer auch prüfungsrelevant gemacht werden. Diese könnten für Studenten aus Entwicklungsländern von besonderem Interesse sein, sollten aber auch interessierten deutschen Studenten offenstehen. In Betracht kommen solche

Angebote wohl vor allem in den Agrarwissenschaften, in den Geowissenschaften, in einigen ingenieurwissenschaftlichen Disziplinen, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in der Humanmedizin und in der Veterinärmedizin. Multidisziplinär eingerichtete Schwerpunkte, z. B. über Lateinamerika, Afrika und Südostasien, werden unter verschiedenen Aspekten auch spezifische Fragen der Entwicklungsländer in den Blick nehmen und in Einzelfällen auch entsprechende Studien anbieten können. In den meisten Fällen aber beschränkt sich der fachwissenschaftlich qualifizierbare Bezug der Disziplinen hinsichtlich der Entwicklungsländer auf so enge Themen und Fragestellungen, daß sie kein Sonderprogramm tragen können. Nur wo dieses möglich ist, sollten einschlägige Bemühungen um Schwerpunktbildung einerseits gefördert, andererseits den ausländischen Studienbewerbern schon vor deren Wahl eines Studienortes auch bekannt gemacht werden. Dies hat nicht zum Ziel, für Studenten aus Entwicklungsländern besondere Studiengänge oder Fachbereiche zu schaffen, schon gar nicht eine eigene Hochschule.

Unabhängig davon, ob spezielle Schwerpunkte in der zweiten Studienphase entwickelt und angeboten werden, stellt sich beim direkten Einstieg in das Hauptstudium die Frage nach den Zulassungsvoraussetzungen, d. h. nach der Anrechnung vorgängiger Studienleistungen oder -abschlüsse im Heimatland oder im Ausland. Im Einzelfall sollte für die Prüfung die einzelne Hochschule zuständig sein; sie wird sich teils an der Herkunftshochschule orientieren können, teils eine Individualprüfung vornehmen müssen. Die Anerkennung von Prüfungen und die Anrechnung von Studienzeiten und -leistungen erfolgt nach Maßgabe der Hochschulgesetze der Länder und der einschlägigen Prüfungsordnungen gemäß dem Grundsatz der Gleichwertigkeit.

IV. Postgraduale Studien

a) Als besonders geeignet für Studenten aus Entwicklungsländern, die bereits eine entsprechende Eingangsqualifikation erworben haben, können postgraduale Studienangebote gelten, soweit sie strukturiert und damit auch terminiert sind. Postgraduale Studien kommen derzeit zwar nur für eine relativ kleine Zahl von Studenten aus Entwicklungsländern infrage. Sie sind deshalb kein Mittel zur Lösung der offenkundigen Probleme, die bei der großen Mehrheit der Studenten aus Entwicklungsländern existieren. Andererseits ist diese Gruppe der Fortgeschrittenen in wissenschafts- und entwicklungspolitischer Hinsicht von herausragender Bedeutung. Sie werden später aller Voraussicht nach einflußreiche Positionen in ihren Ländern erreichen und als Lehrer und Forscher sowie in Führungspositionen von Wirtschaft, Verwaltung und Politik wirksame Multiplikatoren und werbende Botschafter deutscher Wissenschaft und Kultur sein können. Insofern besteht ein Interesse daran, sowohl die Zahl solcher Studenten eher noch zu vergrößern, als auch an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland für sie geeignete postgraduale Studiemöglichkeiten anzubieten. Da ihre Zahl in einzelnen Fachrichtungen und insgesamt nicht sehr groß sein wird, sind die Chancen, ihnen eine gute Ausbildung zu geben, relativ gut.

b) Im Hinblick auf die Möglichkeiten postgradualer Ausbildung sind mehrere Varianten in Betracht zu ziehen.

In einzelnen Fällen geht es darum, einen bereits graduierten Studenten für eine begrenzte Zeit als Mitarbeiter in eine deutsche Hochschuleinrichtung aufzunehmen und an bestimmten Forschungsprojekten zu beteiligen, ohne daß ein formeller Ausbildungsabschluß abgestrebt wird. Solche Hospitationen gehen in der Regel auf internationale Beziehungen einzelner Hochschullehrer zurück.

In einigen Entwicklungsländern besteht, z. B. im Gebiet der Ingenieurwissenschaften, ein Interesse daran, Personen mit abgeschlossener Ausbildung, die schon im Beruf stehen, zu Kursen mit spezieller Fächerkombination und spezifischer Programmausrichtung in die Bundesrepublik Deutschland zu entsenden.

Besonders wirksam kann die Einbeziehung von Studenten aus Entwicklungsländern in postgraduale Studienangebote sein, die inhaltlich deutlich strukturiert und auf bis zu zwei Jahre (Promotionen nicht mehr als drei Jahre) begrenzt sind. Sie sollten Studenten aus Entwicklungsländern ebenso offenstehen wie den deutschen. Besondere Stipendienprogramme sollten ihre Mitwirkung finanziell absichern.

Im Hinblick auf die Zulassung wird, sofern nicht spezielle Aufnahmeprüfungen vorgesehen sind, auf die entsprechenden Ausführungen zur Zulassung zum Hauptstudium verwiesen.

c) Spezifisch auf Entwicklungsländer ausgerichtete Studienprogramme erscheinen in der postgradualen Phase noch geeigneter als im Rahmen des Hauptstudiums, wenn gleich die Möglichkeiten dazu aus ähnlichen Gründen und im Hinblick auf die gleichen Fächer ebenfalls begrenzt sind (vgl. III. 2). Dennoch empfiehlt der Wissenschaftsrat mit Nachdruck die Einrichtung solcher Studienangebote, wenn folgende Bedingungen erfüllt werden können:

- Die Studienangebote müssen von fachwissenschaftlich anspruchsvoller Forschung getragen werden.
- Forschungserfahrungen deutscher Hochschullehrer sollten auch in den Entwicklungsländern selbst entstanden sein.
- Auf jeden Fall müssen intensive Beziehungen und möglichst auch Absprachen mit Hochschulen, anderen wissenschaftlichen Einrichtungen oder zuständigen Stellen der betroffenen Entwicklungsländer vorliegen.
- Eine hinreichend starke und hinreichend qualifizierte Nachfrage von Studenten aus Entwicklungsländern und deutschen Studenten muß gegeben sein.

In Einzelfällen können Studien der postgradualen Phase auch in einer Fremdsprache angeboten werden.

Wieder wird man erwarten können, daß diese Voraussetzungen am ehesten in den Agrarwissenschaften, in den Geowissenschaften, in einigen ingenieurwissenschaftlichen Fächern, in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie in der Humanmedizin und in der Veterinärmedizin vorhanden sind. Liegen sie vor, dann sollten entsprechend ausgerichtete Studienangebote zielstrebig entwickelt und gefördert werden. Die Förderung sollte einerseits die Finanzierung von Stipendien von Forschungsprojekten einschließen, andererseits die Finanzierung von Austauschprogrammen und Reisen der beteiligten Hochschullehrer – sowohl der deutschen als auch gegebenenfalls der ausländischen. Der Wissenschaftsrat ist der Ansicht, daß sich auf diesem Felde Investitionen lohnen.

d) Die Teilnahme an einem postgradualen Studienangebot wird bescheinigt (Zertifikat). Das Abschlußzeugnis sollte in einer deutschen und außerdem in einer englischen oder französischen Ausfertigung ausgestellt werden. Der Einführung einer besonderen Abschlußbezeichnung für Ausländer kann der Wissenschaftsrat bei allem Verständnis für die Situation der ausländischen Studenten aus Sorge um eine weitere Ausdehnung des Berechtigungswesens in der Bundesrepublik Deutschland nicht beipflichten.

V. Fachhochschulen

Der Anwendungsbezug prägt das Studienangebot der Fachhochschulen. Sie kommen damit dem spezifischen Bedarf von Entwicklungsländern nach praktisch orientierten Führungskräften in Wirtschaft und Verwaltung besonders entgegen. Auch wenn sich der Anwendungsbezug deutscher Fachhochschulen im wesentlichen auf die technische, wirtschaftliche und soziale Umwelt der Bundesrepublik Deutschland bezieht, erscheinen die Art der Ausbildung und die Methoden der Erfahrungsgewinnung und -umsetzung, die an Fachhochschulen üblich sind, für Studenten aus Entwicklungsländern besonders empfehlenswert. Das klar strukturierte, überschaubare und vergleichsweise kurze Studium ist für sehr viele an grundständigen Vollstudien interessierte Studenten aus Entwicklungsländern besonders geeignet. Das Kurssystem, dem die Lehre an den Fachhochschulen überwiegend folgt, trägt im übrigen erheblich dazu bei, den einzelnen Studenten in eine Gruppe zu integrieren und damit in aller Regel auch in sein Studium und in die Hochschule.

Bisher werden die Studienmöglichkeiten an den Fachhochschulen von Studenten aus Entwicklungsländern, die an grundständigen Vollstudien interessiert sind, insgesamt noch zu wenig genutzt. Deshalb hält es der Wissenschaftsrat für empfehlenswert, diese Studenten und ihre Heimatländer in stärkerem Maße als bisher auf die Fachhochschulen hinzuweisen. Das setzt einerseits eine entsprechend zielstrebige Beratung dieser Studenten voraus. Es erfordert andererseits zusätzliche Anstrengungen, um die deutschen Fachhochschulen mit ihren besonderen Studienmöglichkeiten und Funktionen im Ausland besser bekannt zu machen als bisher und die Anerkennungsproblematik zu lösen; hier ist den Auslandsvertretungen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufgabe von weittragender Bedeutung gestellt. Das gilt im Hinblick auf die Unterschiede zwischen dem deutschen Bildungssystem und ausländischen Bildungssystemen allgemein und hier besonders im Hinblick auf die von Fachhochschulen vermittelten Qualifikationen. Gelingen diese Bemühungen, so sollten die in Abschnitt II angesprochenen finanziellen Unterstützungen in besonderem Maße den Fachhochschulen zukommen.

Die Fachhochschulen verdienen in einer weiteren Hinsicht besondere Unterstützung. Gerade für Studenten aus Entwicklungsländern ist die in vielen Fachhochschulstudiengängen verbindliche Vorschrift, Praktika und Praxissemester zu absolvieren, außerordentlich nützlich. Auf diese Weise können sie fachliche und allgemein soziale Erfahrungen sammeln, die theoretisch nicht zugänglich zu vermitteln sind. Die Fachhochschulen berichten aber von Schwierigkeiten bei ihren Versuchen, Praktikumsplätze den Studenten aus Entwicklungsländern zu vermitteln. Hier müssen sich Wirtschaft und Verwaltung ihrer Verantwortung stärker bewußt werden und sich von kurz-sichtigen Vorurteilen freimachen. Gerade die Wirtschaft sollte erkennen, daß es ihren eigenen Interessen dient, wenn sie diese Verantwortung wahrnimmt. Der Praktikant von heute kann sehr wohl in seinem Heimatland der Geschäftsfreund von morgen sein.

VI. Zusammenarbeit

Die Zusammenarbeit zwischen einzelnen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und in Entwicklungsländern unter Beteiligung der in diesen Ländern zuständigen Stellen und mit der Zielsetzung bestimmter Wechselwirkungen kann besonders zweckmäßig sein, und zwar für beide Partner. Es wird empfohlen, solche Bestrebungen zu fördern.

Ein wichtiges Mittel der Förderung besteht in der gezielten Pflege der Beziehungen von deutschen Hochschulen und Förderungsorganisationen zu ihren Absolventen in den Entwicklungsländern (Nachkontakte, Weiterbildung). In einzelnen Fällen hat sich dieses Verfahren bereits ausgezeichnet bewährt. Stiftungen sind an solchen Bestrebungen durch Initiativen und Förderungsmaßnahmen mit Erfolg beteiligt. Dazu gehören auch Veranstaltungen vor Ort, die von deutscher Seite durchgeführt werden. Insbesondere der Deutsche Akademische Austauschdienst, die Carl Duisberg-Gesellschaft, die Alexander von Humboldt-Stiftung und die Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung sind in dieser Hinsicht bereits seit längerem erfolgreich tätig. Der entwicklungs- und kulturpolitische Effekt solcher Veranstaltungen ist hoch zu veranschlagen. Auch die Auslandsvertretungen der Wirtschaft können und sollten hier tätig werden. Diese Kontakte sowie die Nachbetreuung sollten noch intensiviert werden.

VII. Schlußfolgerungen

Verschiedene der hier vorgetragenen Vorschläge für Verbesserung der Studienbedingungen für Studenten aus Entwicklungsländern laufen darauf hinaus, daß zu ihrer Verwirklichung besondere und das heißt zusätzliche Mittel benötigt werden. Ohne solche Mittel ist das entwicklungs- und kulturpolitische Ziel, Studenten aus Entwicklungsländern an die Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland zu ziehen und ihnen hier die angemessenen Studienbedingungen zu bieten, nicht zu erreichen. Die Mittel sollten Hochschulen und Mittlerorganisationen gezielt und insbesondere für folgende Aufgaben zur Verfügung gestellt werden:

- die Überwindung von Sprachhemmnissen,
- die Förderung von durch Leistungsnachweise als qualifiziert ausgewiesenen Studenten der Entwicklungsländer, auch schon zur Verbesserung der deutschen Sprachkenntnisse,
- die Ausweitung der Stipendienmittel für grundständige Studien an den Fachhochschulen,
- die Entwicklung und den Ausbau postgradualer Studienangebote und Studien,
- die Unterstützung der projektbezogenen Zusammenarbeit zwischen deutschen Hochschulen und Hochschulen in Entwicklungsländern und zwischen deren Hochschullehrern einschließlich des Austauschs von Lehrkräften,
- die Förderung von Vorhaben, bei denen die Initiative von einem Entwicklungsland ausgeht und die auf Zusammenarbeit mit deutschen Partnern zielen,
- die Pflege von Nachkontakten mit ehemaligen Studenten aus Entwicklungsländern, insbesondere in den Heimatländern.

Es wird aber nicht nur zusätzliche Mittel bedürfen, wenn die Studienbedingungen für Studenten aus Entwicklungsländern besser werden sollen, als sie es bisher sind, es bedarf auch eines hohen Maßes an persönlichem Engagement und sozialer Aufgeschlossenheit. Aufgeschlossenheit und Engagement sind von jedem gefordert, der in Bund und Ländern, in Hochschulen oder in anderen Einrichtungen an dieser wichtigen Aufgabe teil hat.

ANMERKUNGEN

1 An den Hochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen) der Bundesrepublik Deutschland befanden sich im Studienjahr 1983

	Studenten	darunter Studienanfänger
a) Deutsche und Ausländer insgesamt	1232013	222513
darunter:		
b) Ausländer	69617	15130
% von a)	5,7	6,8
darunter:		
c) aus Entwicklungsländern		
Anzahl	43839	7118
% von a)	3,6	3,2
darunter:		
d) an Fachhochschulen		
Anzahl	9631	1844
% von c)	22,0	25,9
darunter:		
e) Bildungsinländer		
Anzahl 1982		2569
darunter:		
f) an Fachhochschulen		
Anzahl 1982	1162	

Für die Bildungsinländer stehen die Angaben nur für 1982 zur Verfügung. Der Wissenschaftsrat empfiehlt, sie künftig regelmäßig in den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik auszuweisen. – Etwa 10% der Studenten aus Entwicklungsländern erhalten ein deutsches Stipendium, etwa derselbe Anteil erhält ein Stipendium des Heimatlandes, d. h., daß rund 80% ihr Studium selbst finanzieren müssen.

2 Um die Gleichwertigkeit der Sprachprüfungen für ausländische Studienbewerber an den deutschen Hochschulen zu gewährleisten, weist der Wissenschaftsrat auf die Rahmenordnung für die Prüfung zum Nachweis deutscher Sprachkenntnisse (PNDS) hin, die von der Westdeutschen Rektorenkonferenz im Juli 1983 und anschließend von der Kultusministerkonferenz beschlossen worden ist. Der Wissenschaftsrat empfiehlt den Hochschulen, ihre Sprachprüfungen stärker als bisher zu standardisieren und dabei auf die Materialien des Arbeitskreises Deutsch als Fremdsprache zur PNDS zurückzugreifen.

Nachlese zu Heft 1

*Der Journalist ist vom Termin angeregt.
Er schreibt schlechter, wenn er Zeit hat.*

Karl Kraus

Günter Rietbrock Ein Nachrichtenmagazin weiß Rat

Im Jahre 2000 könnte es, so schätzen Bildungsexperten, in der Bundesrepublik Deutschland vier Millionen Akademiker geben – annähernd doppelt so viele wie heute.

Da sorgt sich nun ein bekanntes Nachrichtenmagazin aus Hamburg und fragt:

»Wohin nur mit all den Studierenden?«

Das ist eine ernste Frage, der sich dieses Magazin über viele Seiten seit dem Ende des Frühlings widmet. Fragen nach all den anderen qualifizierten und gar den nicht-qualifizierten jungen Menschen sind zwar auch zu stellen und zu beantworten, das geschieht aber vielleicht an anderem Ort zu anderer Zeit.

Welche Antworten gibt das Magazin seinen Lesern, die, nach Selbstdarstellung des Blattes, »mehr wissen«?

Zunächst stellt es fest, daß es fast von allem zu viele Studierende gibt. Nur Informatiker stünden zur Stunde noch nicht in der Warteschlange des Arbeitsamtes. Und die, die sich nicht im Arbeitsamt aufhalten, gebrauchen die Alma mater als »Wärmehalle« wider das Frösteln vor der Zukunft, richten die Universität als »Arbeitslosen-Zwischenlager« ein.

Es ist jedermann und auch jederfrau evident, daß es sich hier um eine mißverständene Nutzung des Hortes von Forschung und Lehre handelt. Diese allgemeinen Hinweise auf die schlechte Lage vermögen sicher nicht allen Hochschulzugangsberechtigten des Sommers 1985 die Studienwünsche auszutreiben zugunsten anderer Tätigkeiten außerhalb der Hochschulen.

Daher geht das Magazin, seiner Verantwortung für das Ganze und besonders einzelner Teile voll gerecht werdend, nun einen Schritt weiter. Das Magazin zeigt im 1. Streich, daß die Hoffnungen der Lehrer sehr geschwächt worden sind, in dem Bereich arbeiten zu können, für den sie sich qualifiziert haben. Die Chancen seien geringer als die eines Abiturienten, einen Studienplatz im Numerus-clausus-Fach Medizin zu erhalten. Da die Gestaltung des öffentlichen Schulwesens in der Hand der Finanzminister liegt, kann man zukünftig wohl keine Besserung erwarten. Der/die Interessent/in wendet

sich mit Grausen.

Das Magazin zeigt im 2. Streich, daß bei den Juristen »Lehrerverhältnisse« eingekehrt sind. Und die Chancen in einer eigenen Anwaltskanzlei als Selbständiger erfolgreich zu wirken, werden als gering beschrieben. Und der Deutsche Anwaltsverein, die Standesorganisation, warnt davor. Der/die Interessent/in wendet sich mit Grausen.

Das Magazin zeigt im 3. Streich, daß am Ende des Jahrhunderts die begründete Aussicht besteht, »daß die Ärzteschaft den Wettlauf mit den Lehrern um die höhere Zahl an Arbeitslosen gewinnt«. Und da dachte noch der Laie, wenigstens in diesem Bereich sei es möglich, mit dem Studienabschluß einen angemessenen Arbeitsplatz zu finden. Schließlich gibt es doch planwirtschaftliche Maßnahmen wie den Numerus-clausus und die ärztliche Vorprüfung und darüberhinaus kraftvolle Standesorganisationen. Der/die Interessent/in wendet sich mit Grausen.

Das Magazin zeigt im 4. Streich, daß der vielbeschworene Aufschwung selbst die Volks- und Betriebswirte gegenwärtig nicht in die vor Jahren üblichen gut dotierten Positionen katapultiert. Aber es gibt auch eine Gewißheit: »Die Wahrscheinlichkeit, daß das Studium [...] der Karriere nutzt, ist größer als die Wahrscheinlichkeit, daß es der Karriere schadet.« Der/die Interessent/in wendet sich mit Grausen.

Das Magazin zeigt im 5. Streich, daß die Arbeitsmarktsituation für die Geistes- und Sozialwissenschaftler besonders trist ist. Die Typologie der Motive, ein bestimmtes Fach zu studieren, die das Magazin konstruiert hat, ist von großer intellektueller Bescheidenheit und hilft auch nicht weiter. Und es scheint, daß selbst Hochqualifizierte ohne Chance sind, wenigstens beim Magazin eine Stelle in der Dokumentation zu finden. Der/die Interessent/in wendet sich mit Grausen.

Das Magazin zeigt im 6. Streich, daß es bei den Naturwissenschaftlern und Ingenieuren Lichtblicke gibt. Wenn man sich zum rundum gebildeten, mobilen Vielzweck-Alleskönner entwickelt, so besteht jetzt gerade eine gute Arbeitsmarktlage. Wobei man vielleicht bei Architekten, Bauingenieuren, Biologen, ... Einschränkungen zu machen hätte.

Das gibt ja denn doch noch zuguterletzt Mut.

Aber da meldet sich schon wieder eine ständische Cassandra in Gestalt des Vereins Deutscher Ingenieure und warnt davor, »daß sich derzeit chancenreiche Studienfächer schon in wenigen Jahren als Karriere-Sackgassen erweisen«.

Dann schweigt das Magazin.

Im tiefsten Sommerloch ist es wieder da mit einem Spiegel-Gespräch, in dem vier Kultusminister über die Berufsaussichten der Akademiker parlieren und den Abiturienten amtlichen Rat zur Ausbildungswahl bieten.

Nun bleibt trotz der wohlmeinenden Empfehlungen bei den Interessentinnen und Interessenten eine Restunsicherheit bei der Entscheidungsfindung bestehen.

Dieser Ratsuchenden nimmt sich das Magazin dann in einem Report über die neue Gründergeneration an. Wenn, wie dargestellt, keine zügigen politischen Maßnahmen zu erwarten sind, und alles dicht ist, was nur zu dichten ist,

wie Schulen, Hochschulen, Behörden, Krankenhäuser, große Unternehmen, kleine Firmen, die freien Berufe, die Medien, dann gibt es immer noch echte Chancen für Leute mit »Gespür für neue Produkte, fixer Reaktion auf Wünsche der Kundschaft und besessenem Arbeitseinsatz«. Das Magazin beschreibt unsystematisch und lückenhaft die Vita einiger aus der »jungen Garde der Turnschuh-Unternehmer«.

Was findet der/die Interessent/in an für die Ausbildungswahl hilfreicher Hardware? Von den zehn Existenzgründern haben immerhin acht eine Ausbildung abgeschlossen. Die beiden Abbrecher konnten in der Firma der Familie starten. Aber auch die anderen hatten, mit einer Ausnahme, solide familiäre Unterstützung.

Also gibt es doch eine gute Perspektive für richtige Männer aus soliden Familien mit abgeschlossener Ausbildung.

Ein Teil des Problems ist gelöst.

Die Frage kann nun präzisiert werden: Wohin nur mit den studierten Frauen?

Bei aller Nostalgie für die 50er Jahre im Zeichen der Wende, die Rolle einer Gemahlin des neuen Unternehmers wird nach Darstellung des Magazins nicht besetzt: der neue Unternehmer ist eindimensional unbeweibt.

Wann wird das Magazin hier Rat wissen?

Oder ist dessen Rat entbehrlich, da nichts zu erwarten ist?

Über 90% (in Worten: neunzig) der Redaktionsmitglieder sind männlich.